

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Pf. für ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

# Vorwärts

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichterstattung und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Wort über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

**Berliner Volksblatt.**

**Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Eine Viertelmillion im Kampf!

**Die Christen streifen mit. Alle Forderungen abgelehnt. Die ersten Todesopfer!**

Der heiße Wunsch so mancher Herrenhäuser geht in Erfüllung. Die Flinten schießen und die Säbel hauen im Ruhrrevier. Einen jungen Arbeiter haben sie totgeschossen. In Herne sollen junge Burken ein Schutzmanns-Kommando mit Schüssen angegriffen haben. Daß irgendein Schuß getroffen hat, behauptet nicht einmal die Polizei. Der Kommissar gab den Befehl zum Waffengebrauch, und diesmal trafen die Schüsse. Der siebzehnjährige Mathea stürzte tot nieder. Er gehörte nicht zu den „Tumultuanten“. Er war in seinen Keller gegangen, um Kohlen zu holen. Als er heraufkam, hörte er Lärm, trat vor das Haus und stürzte, von der Kugel in den Kopf getroffen, tot zusammen. Und die Polizeidirektion Bochum schreibt ihm den Nachruf: Der Erschossene sei ein vorbestrafter Mensch gewesen. Auch seine drei Brüder seien sämtlich wegen Raubes, gefährlicher Körperverletzung und sonstiger Verbrechen bereits mit schweren Strafen belegt. Die ganze Familie sei als rauschhaft bekannt.

Mathea war völlig unbeteiligt, er ist infolge eines „Zufalles“ getötet worden. Die Polizei tröstet alle Gutgesinnten: es war ja nur ein vorbestrafter Mensch.

Mathea ist das erste Todesopfer. Aber mit Wangen denkt man daran, was noch werden soll dort unten, wo zur Verzweiflung getriebene Arbeiter von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen und die Arbeit niederlegen, um einen winzigen Anteil für ihre Lebensnotdurft von den immensen Profiten der Kohlenmonopolisten zu erhalten. Die englischen Arbeiter sind weit temperamentvoller und weniger diszipliniert als die deutschen. In England ist alles ruhig geblieben. Die englische Regierung hat keine Massenansammlungen von Polizei und Gendarmerie veranstaltet, sie hat mit den Vertretern der Organisationen verhandelt und war bemüht, die Grubenherren zur Reue zu bringen. Ihrem Bemühen scheint der Erfolg nicht verlag zu bleiben. Die deutsche Regierung sucht anderen Ruhm.

Vergeblich haben alle Kundigen gewarnt. Vergeblich haben sie darauf hingewiesen, daß die drei Organisationen alles aufbieten werden — im eigenen Interesse der Arbeiter —, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Man hat massenhaft fremde Polizei ins Revier geschickt, die, des Landes und der Leute unfähig, die Erregung erst hervorruft, die ihr dann den Grund zum Einschreiten liefert. Die Regierung hatte nur eine Sorge: die Wünsche der Scharfmacher zu befriedigen. Als Wohlfahrtsausschuß des Bergkapitals hat sich das Herrenhaus konstituiert, hat der Regierung befohlen, rücksichtslos die staatliche Gewalt den Grubenherren zur Verfügung zu stellen, und die Regierung beifolgt, zu gehorchen. Sie läßt halbamtlich mitteilen:

Aus dem Verlaufe der gestrigen Herrenhausdebatte über den den Schutz der Arbeitswilligen betreffenden Antrag von Puttkamer ist in der Presse hier und da gefolgert worden, daß es die Staatsregierung bei dem gegenwärtigen Stande im Ruhrgebiete an dem genügenden Maße von Energie bei der Durchführung des Arbeitwilligen-schutzes fehlen ließe. Wie unzutreffend eine derartige Annahme ist, geht aus den strengen Instruktionen hervor, die sogleich vom Beginne der Bewegung an in dieser Beziehung an die mit der Durchführung des Schutzes beauftragten Provinzialbehörden ergangen sind. Diese Behörden sind veranlagt worden, mit Hilfe der wesentlich verstärkten Polizei- und Gendarmemacht den Schutz der Arbeitswilligen in umfassendstem und voll ausreichendem Maße durchzuführen. Auch sind die Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß, wenn der hiernach unbedingt zu gewährleistende Schutz der Arbeitswilligen mit den vorhandenen zivilen Polizeikräften nicht durchgeführt werden kann, rechtzeitig militärische Hilfe heranzuziehen ist.

Man muß sich nur immer wieder die Wahrheit vergegenwärtigen. Im Ruhrrevier war alles ruhig. Zwar werden von offiziöser Seite immer wieder Schauernachrichten verbreitet. Sie sind unwahr. Selbst die „Rhein-Westf. Ztg.“ verböhnt die Lügenmeldungen. Die Verichtersteller der bürgerlichen Presse stellen sofort die Unrichtigkeit oder die maßlose Uebertriebenheit dieser infamen Tendenzmeldungen fest. Unterdessen werden die Strafen unaufrührlich von Polizisten und Gendarmen geräumt. Stündlich wird, so wird uns aus Bochum telephoniert, die Polizei nervöser. Allenthalben werden Attaken a la Moabit geritten. In Hamborn wurde Mittwochnachts ein Bergmann bei einer solchen Attake der Arm durchgeschlagen. In Erle bei Wuer wurden Streikende, die in die Versammlung gingen, von Polizisten angegriffen und mit Säbeln und Karabinerkolben auseinander gesprengt. Die Erregung wächst und die Regierung will Militär schicken.

Wünscht man wirklich ein zweites Moabit, das man anders als das erste ausnützen will? Fast möchte man es glauben, wenn man die konservativen Presse liest. Die „Deutsche Tageszeitung“ tobt und droht. Die Regierung sei zu zaghaft. Von vornherein müsse mit den „denkbar wirk-

samsten Mitteln“ die Ordnung gesichert und der Schutz der Arbeitswilligen durchgeführt werden. Herr Dertel, der sächsische Volksschullehrer, der im Dienste des Brotwuchers so schöne Karrieren gemacht hat, fühlt sich mit den Kohlenwäckerern solidarisch. Ihn haben die Ausführungen des Unterstaatssekretärs im Herrenhause „aufs schwerste verletzt“. Daß nicht jeder einzelne Arbeitswillige geschützt werden könne, das sei eine „Bankrotterklärung des preussischen Staates“. Und Herr Dertel erläßt den Tagesbefehl:

„Die Regierung hat die unabweisbare Pflicht und Schuldigkeit, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jede Gewalttätigkeit in allen Fällen zu verhindern, im Keime zu ersticken und gegebenenfalls aufs schärfste zu strafen.“

Und die Regierung handelt danach. Sie handelt danach und sie hat dafür nicht nur die Zustimmung der Bergherren, nicht nur den Beifall der Scharfmacher und aller Arbeiterfeinde, sie darf sich dafür — unerhörte Schmach! — auf das Verlangen der christlichen Arbeiterführer berufen: Die Zeitung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter hat folgende Erklärung veröffentlicht:

„Es zeigt sich immer deutlicher, daß der behördliche Schutz der weiterarbeitenden Bergleute nicht genügt, aus fast allen Bezirken des Ruhrreviers kommen begründete Klagen über Belästigungen; truppweise kommen die Vertrauensleute des Gewerkschaftsvereins zu den Bureaus und beschwerten sich; besonders wird betont, daß die Belästigungen recht oft weniger durch streikende Bergleute als durch fremdes, unbekanntes Gesindel erfolgen. Wir haben uns auf Grund der Klagen unserer Mitglieder schon mehrfach unter Angabe von Tatsachen an die Behörden gewandt, um einen ausreichenden Schutz der Nichtstreikenden zu erhalten, die Polizeibehörde hat sich bemüht, in den angegebenen, gefährdeten Punkten mehr Sicherheit zu schaffen, mit dem Erfolge, daß die Belästigungen dort ab- und an anderen Stellen zunehmen, offensichtlich genügt aber bis jetzt zur Verfügung stehende Beamtenapparate nicht, es herrscht stellenweise nicht die Behörde, sondern der Böbel, wir stellen uns genötigt, das öffentlich festzustellen. Gleichzeitg stellen wir fest, daß die Zunahme der Streikenden nicht auf Streiklust, sondern auf Furcht vor Ueberfällen und Belästigungen zurückzuführen ist. Weiter müssen wir schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Wut der zum Streik haltenden sozialdemokratischen und polnischen Menge steigt und damit auch die Gefahren für die arbeitenden Bergleute zunehmen. Wenn unsere Behörden nicht für einen ausreichenden Schutz sorgen, müssen wir sie für die kommenden ersten Ereignisse verantwortlich machen.“

Tiefer können Arbeiterführer nicht mehr sinken! Die Zentrums-Gewerkschaften hätten, wenn ihre Mitglieder solchen Führern folgten, aufgehört, Gewerkschaften zu sein, und wären zu gelben Streikbrecherorganisationen geworden. Die Zentrumsführer selbst haben anerkannt, daß die Forderungen der Bergarbeiter durchaus berechtigt sind, und jetzt rufen sie um Polizei und Militär gegen die Arbeiter, die um ihr Recht kämpfen! Das ist schändlicher Verrat, eine Schändlichkeit, die nicht mehr überboten werden kann.

Aber die häßliche Treulosigkeit ist nutzlos. Der Streik wächst und in immer größerer Zahl nehmen die christlichen Arbeiter daran teil. Nicht, wie ihre Führer lügen, aus Furcht vor den Streikenden, sondern weil die proletarische Solidarität auch bei ihnen zum Durchbruch kommt. Deshalb die Wut der Führer, deshalb der kaum mehr verborgene Wunsch, den Streik ins Blut erstickt zu sehen.

Er wird ihnen nicht erfüllt werden. Die Bergarbeiter wissen, daß sie jetzt Ruhe bewahren müssen, Ruhe um jeden Preis. Ihre Sache ist stark und gut und wird täglich besser. Die Provokation der Unternehmer wirbt für sie.

Die Bergherren haben endlich den Arbeiterauschüssen Bescheid gegeben. Sie lehnen alles ab. Sie haben Spott und Hohn mit den Arbeiterauschüssen getrieben. Sie haben vielfach erklärt, daß die Arbeiterauschüsse in Lohnfragen ja gar nicht zuständig sind. Was die Organisationen vorausgesetzt haben, ist bis auf das Wort eingetroffen. Die Institution der Arbeiterauschüsse hat sich als lächerliches, einfluß- und nutzloses Scheingebilde gezeigt. Der Streik ist glänzend gerechtfertigt, die Zentrumsführer und die Regierung, die die Arbeiter immer wieder auf diese machtlose Institution verwiesen haben, deren Mitglieder stets unter dem Druck der Entlassungsandrohung stehen, sind ins Unrecht gelehrt. Der Streik als einziges, letztes Verzweiflungsmittel nachgewiesen.

Das werden jetzt alle Arbeiter erkennen, auch die

christlichen. Schließen sie sich jetzt dem Streik einmütig an, so machen sie die Sache unwiderstehlich und den Verrat ihrer Führer zunichte. Auf ihnen lastet jetzt die größte Verantwortung, in ihre Hand ist zum guten Teil das Gelingen des Streiks gelegt.

Und wir dürfen hoffen, sie werden sich als Arbeiter, als würdige Genossen ihrer Brüder bewähren. Schon ist die Zahl der Christlichen, die streifen, so bedeutend, daß der christliche Gewerkschaftsverein Streikbureaus errichten muß. Erfüllen die christlichen Arbeiter das Gebot der Solidarität, erkennen sie ihre Pflicht, dann machen sie die Sache, die ihre eigene ist, unwiderstehlich und alle Gewalten der Herrschenden zerschanden.

### Das zweite Todesopfer.

Das rücksichtslose Vorgehen der Gendarmerie hat ein neues Todesopfer gefordert, in drei Streiktagen das zweite. Offiziös wird darüber gemeldet:

Wuer, 13. März. Wie die Polizeiverwaltung mitteilt, wurde heute nachmittag auf der Königgräber Straße der Bergmann Japolla von einem Gendarmen erschossen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die Gendarmerie wurde mit Steinen beworfen. Als sie nun zur Verhaftung eines der Beteiligten schritt, wurde sie von fünf bis sechs Personen angegriffen und abermals mit Steinen beworfen. Mehrmaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, leisteten sie keine Folge. Die Gendarmerie war schließlich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Man hat es in einem Polizeibericht noch nie anders gelesen, als daß die Polizei zum Gebrauch der Waffe gezwungen war. Ob sich die bis an die Röhne bewaffneten Gendarmen gegen die Steinwürfe von fünf bis sechs törichten Jungen nicht anders helfen konnte als durch tödliche Schüsse, ob auch nur ein einziger Gendarm von den Steinwerfern verwundet wurde, darüber meldet der offiziöse Bericht kennzeichnenderweise nichts!

Wuer ist der Ort, in dessen Nähe, wie wir an anderer Stelle melden, friedliche Versammlungsbesucher von Gendarmerie angegriffen wurde. Ob ein Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen besteht, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

### Wie Krawalle entstehen!

Bochum, 13. März. (Eig. Ber.)

Der unglückselige Vorfall in Herne, bei dem der junge Arbeiter Mathea ums Leben kam, hat hier nicht übersehen. Allgemein ist man in der Bevölkerung der Meinung, daß das so kommen mußte und daß sich Schlimmeres kaum verhindern läßt, wenn die Behörde fortfährt, so völlig verkehrte Maßregeln zu treffen, wie in den ersten Tagen des Streiks. Niemand wird der Regierung und ihren wahrscheinlich braven, aber laubfremden und ratlosen Gendarmen die Absicht unterzusehen, sie wollten Krawalle provozieren, um den Streik zum blutigen Zusammenbruch zu bringen. Es muß aber offen gesagt werden: wäre dies ihre Absicht, dann könnte gar nicht anders vorgegangen werden, als es in Wirklichkeit geschieht!

Es ist überall dasselbe typische Bild, das sich jetzt täglich am Nachmittag bei allen Zügen des Ruhrreviers entwickelt. Man muß sich vorstellen, daß all die Grubenanlagen, die zu hunderten über das ganze Revier verstreut liegen, von Anpöbelungen umgeben sind, in denen die der Zeche zugehörigen Arbeiter wohnen. Wie die Wauerndörfer um die Herrenburg, so gruppieren sich die Kolonien um den gewaltigen Arbeitslosh, des Zechenbetriebes in ihrer Mitte, und die Zugangsstraßen sind zu jeder Zeit, namentlich aber zur Zeit des Schichtwechsels, von zahlreichen Fußgängern bevölkert.

Jetzt zur Streikzeit gewinnt das Bild des Verkehres einen fast sonntäglichen Charakter. Die Arbeiter stehen im Sonntagrock mit Weib und Kindern vor den Häusern, man geht auf und ab, findet sich mit Kameraden zu kleinen Gruppen zusammen, um die Streiklage zu besprechen und wagt auch wohl, weil selbst im Bochumer Dunst und Nebel die Frühlingssonne ins Freie lacht, einen kleinen Spaziergang über die grünen Felder. Man könnte an die Osterzigen im „Bauft“ denken, hätte sich nicht das Revier diesmal statt der Blumen, die ihm fehlen — Gendarmen genommen.

Um vier Uhr ist die Schicht zu Ende. Aber schon lange zuvor beginnt auf Kommando ein Treiben, das man, hätte man es nicht selbst mit angesehen, für unmöglich halten möchte. Von der Zeche her marschieren und reiten nach allen Richtungen der Windrose Gendarmen aus, in bräulem, militärischem Kommandoton — der berlinische und ostpreussische Dialekt schlägt unerkennbar durch — fordern sie die Leute auf, umzulehren und weiterzugehen. Wer Einwendungen macht, wird angefacien, wer stehen bleibt, gefaßt und weiter geschubst. Zwischen Männern und Frauen wird kein Unterschied gemacht.

Es braucht nur ein Mann an die hohe Obrigkeit heranzutreten und sie zu bitten, seine Frau etwas höflicher zu behandeln, der „Zusammenstoß“ wäre fertig!

Aber die Menge bewahrt eine bewundernswürdige Geduld. Ruhig läßt sie sich von der Landstraße in die Kolonie hineintreiben, da beginnt aber die Gey erst recht. Man reitet in die Haustore, drängt die Menschheit in die Seitengassen und verfolgt fliehende Schwärme

hoch zu Ross bis weit in die Felder hinaus. Aber selbst das vielstimmige „Hui!“, mit dem man an anderen Orten ähnliche Taten zu begleiten pflegt, wird hier nicht gehört. Die Führung der Streikleiter und der Arbeiterpresse, unter allen Umständen Ordnung zu wahren, hat gewirkt, und die Leute scheinen sich Blut in den Adern zu haben.

Trotzdem — wenn es einmal irgendwo etwas anders kommen sollte, ein Wunder wäre es nicht! Denn die einheimischen Leute verstehen die ostelbische Behandlung nicht, die man ihnen hier angedeihen läßt. Sie gehen in der Nähe ihrer Behausungen spazieren und denken nichts Böses — plötzlich kommen die fremden Gendarmen und treten ihnen entgegen wie Eroberer im feindlichen Land. Die Masse hält dennoch eiserne Disziplin. Für Tätlichkeiten, zu denen sich vereinzelt undisziplinierte Elemente durch ein solches Schauspiel hinreichend lassen könnten, dürfte man, kämen sie hier und da vor, die Organisation nicht verantwortlich machen.

Das nennt man jetzt hier „Schutz der Arbeitswilligen“. Man trägt diesen „Schutz“ soweit, daß man die Arbeitswilligen sogar vor dem Anblick ihrer streikenden Kameraden zu schützen sucht. Man fürchtet das „Spiegeleben“ der Arbeitswilligen durch eine Menge, die ihnen schweigend ihre Verachtung bezeugt, fürchtet, daß das böse Beispiel der feindlichen Massen die „nützlichen Elemente“ zur Nachahmung verleiten könnte, fürchtet wohl auch, wenigstens mit Unrecht, daß die Arbeitswilligen beschimpft oder gar angegriffen werden könnten. Aber diese bloße durch nichts gerechtfertigte Befürchtung gibt den Behörden noch kein Recht, die streikenden Arbeiter für vogelfrei zu erklären.

In einem Regierungsverlaß ist angekündigt worden, daß sich die Behörden unparteiisch verhalten würden. Streikende, hieß es da, hätten denselben Anspruch auf behördlichen Schutz wie Arbeitswillige. Mag die Regierung ihr Versprechen wahr machen! Gegen die Arbeitswilligen werden sich die Kräfte, trotz der eisenbeschlagenen Mittel, deren Anwendung der christliche Streikbrecheragent Druff jenen empfahl, schon selber schlingen. Man bewahre sie aber vor den Pferdebesitzern, den Scharfen und den Karabinern der Gendarmerie! Es geht nicht an, eine nach Hunderttausenden zählende, friedlich um ihr Recht ringende Bevölkerung einfach als Objekt verwaltungsbehördlicher Mißgriffe zu behandeln!

### Ein Schrei nach Recht.

Bochum, 12. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat wegen der Uebergriffe der Schutzmannschaften heute abend eine längere telegraphische Beschwerde an den Ministerpräsidenten gerichtet.

Heute nachmittag gab es in verschiedenen Orten Mutige Zusammenstöße. Versammlungsbefucher wurden ohne Grund von Schutzmannschaften mit blanker Waffe angegriffen.

### Langsam, aber sicher.

Bochum, 13. März. (Privattelegramm.) Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat dem Regierungspräsidenten von den vielfach vorgekommenen Rücksichtslosigkeiten der Polizeibeamten Mitteilung gemacht und ihn gebeten, für Abhilfe zu sorgen.

Der Herr Regierungspräsident hat es indessen nicht eilig; als ob es sich darum handelte, die Wichtigkeit eines Testaments zu prüfen, erklärte er, die Beschwerde würde nicht eher geprüft, als bis sie schriftlich vorliegt unter genauer Angabe aller Umstände und der nötigen Bezeugen.

Danach zu urteilen, scheint der Herr Regierungspräsident mit einer ziemlich langen Dauer des Streiks zu rechnen. Denn unter drei Monaten darf man wohl nach dieser Grundsichtigkeit nicht auf Beilegung der Beschwerde hoffen.

### Offizielle Catakennnachrichten.

Das offiziöse Wolffbüreau versendet eine Reihe von Catakennnachrichten nach Roabiter Art. So meldet es vom 13. März: Aus Hamborn: Heute abend kam es in Oberwarfloh zu schweren Ausschreitungen. Als eine Anzahl Arbeitswilliger von einem Polizeiaufgebot nach den Wohnungen begleitet wurde, entwickelte sich ein Kampf zwischen Streikenden und Polizeimannschaften. Auch heute wurde die Polizei mit Steinen beworfen und aus den Fenstern der Häuser wurden circa 200 Schüsse auf sie abgegeben. Die Ladenbesitzer sahen sich gezwungen, ihre Läden zu verbarrikadieren. Der Mob zertrümmerte die Straßenlaternen. Eine Laterne wurde umgeworfen und das austretende Gas angezündet. Erst nach mehreren Zusammenstößen gelang es der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen. Viele Polizeibeamte, unter ihnen zwei Kommissare, wurden durch Steinwürfe erheblich verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch ein zehnjähriger Knabe. Im Laufe des Nachmittags reiste der Regierungspräsident Dr. Kruse aus Düsseldorf auf dem Schauplatz der gestrigen Straßkämpfe.

In einer außerordentlichen dringenden Stadterordnungsversammlung wurde beschlossen, zu gestatten, daß für die Dauer des Streiks die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ eine Schutzwehr von 52 Mann und die Bece „Keumühl“ eine solche von 22 Mann einrichte, welche aus Beamten der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ gebildet wird. Die Schutzwehren haben Polizeirechte und werden mit Pistolen und Polizeimitteln ausgestattet. Ihre Aufgabe ist es, die Zechenanlagen und Arbeitswillige zu schützen, doch sollen sie nur mit Polizeibeamten auftreten. Im Laufe des Nachmittags wurden wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Aus Dortmund: Vor den Zechen, die im Stadtgebiet Dortmund liegen, kam es heute nachmittag gegen 4 Uhr, als die Schicht der arbeitenden Bergleute zu Ende ging, zu Versammlungen, die aber von der Polizei ohne Zwischenfall zerstreut wurden. Einige Stunden später versammelten sich Streikende am Vorigplatz. Die Schutleute wurden mit Steinen beworfen. Das Pferd eines Schutzmanns überfiel sich und begrub den Reiter unter sich, der Verletzungen erlitt. Die Polizei mußte blank ziehen und nahm drei Verhaftungen vor. An einer anderen Stelle fiel ein Revolverbeschuß, doch wurde niemand verletzt.

Aus Herne: Wie die Polizei mitteilt, wurden heute mittig wiederum Schutzleute beschossen und machten auch ihrerseits von der Schutzwaffe Gebrauch. Der zwanzigjährige Bergmann Jaremba erhielt einen Schuß in den Unterschenkel.

Die „Rhein.-Westf. Zig.“ meldet über die Hamborner Vorgänge: Hier kam es heute nachmittag bei Schacht I der Gewerkschaft Deutscher Kaiser bei Schichtbeendigung zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden. Die Schutzleute zerstreuten die Menge. In der Nähe des Rathhauses wurde auf einen Schutzmann ein Revolverbeschuß abgegeben; der Schutzmann schoß ebenfalls scharf und verletzte seinen Angreifer leicht am Kopfe.

Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wird aus Düsseldorf gemeldet, daß von der Polizeiverwaltung Hamborn in Düsseldorf um Sendung von Militär nachgesucht worden ist. Dann wird aber weiter gemeldet: Von der Heranziehung von Düsseldorf in die westfälische Aktion genommen worden. Die hiesige Polizei ist durch ein zweites Gendarmenaufgebot und durch Polizeibeamte aus den größeren Städten des Rheinlandes verstärkt worden. Heute vormittag war alles ruhig.

### Eine Viertelmillion Streikender.

Es ist kein Zweifel mehr, daß die Kohlenförderung im Ruhrrevier fast zum Stillstand gebracht ist. Was noch arbeitet, besteht zum großen Teil aus alten, halbinvaliden Leuten, auf deren Beteiligung an der Bewegung die Streikenden keinen Wert legen, weil erfahrungsmäßig die Unternehmer solche Anlässe benutzen, diese Leute dauernd auf die Straße zu setzen. Der arbeitsfähige Teil der Kohlenfördernden hat zu tun, die Gruben vor dem Bruch und vor dem Erlaufen zu schützen. Der Bergbauliche Verein, der bisher die Presse mit — offenbar falschen — Nachrichten über den Stand der Bewegung versorgte, hat das unangenehme Geschäft der Stimmungsmache aufgegeben. Er verweigert jetzt jede Mitteilung an die Presse! Man kann sich denken, warum! Wer die im „Vorwärts“ wiedergegebenen unzweifelhaft feststehenden Zahlen über den Umfang der Bewegung mit den vom Bergbaulichen Verein der bürgerlichen Presse mitgeteilten vergleicht, der wird nicht bedauern können, daß diese trübe Quelle das Schicksal der Verleumdung erlitten hat.

Mit einem Schläge kommen denn nun auch andere Nachrichten durch die Depesch-Bureau zu uns. So meldet die „Berg-Centrale“ allein aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund:

Dortmund, 13. März. Wie das Oberbergamt Dortmund der „Berg-Centrale“ mitteilt, sind bei der Morgenschicht am heutigen Tage von 311 000 Mann 123 000 Mann eingefahren. Demnach streiken im Oberbergamtsbezirk Dortmund 188 000 Mann. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Von einigen kleinen Ausfahrungen abgesehen, ist es in Dortmund und in der Umgegend bisher zu keinerlei ernstlichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen.

Ueber die Gesamtzahl der Streikenden berichtet daselbe Bureau in Uebereinstimmung mit uns zugegangenen Privatmeldungen:

Bochum, 13. März. Wie der Alldeutsche Bergarbeiterverband der „Berg-Centrale“ mitteilt, beträgt die Zahl der bis jetzt Streikenden 250 000 Mann. Das Bureau Herold teilt mit:

Bochum, 13. März. Bei der heutigen Frühschicht war eine starke Abnahme der Arbeitswilligen zu bemerken, das galt besonders für die Zechen der Meiere Dortmund und Hamm, wo einzelne Zechen schon jetzt von nahezu sämtlichen Arbeitern entleert sind. Aus mehreren Zechen des Meieres Hamm, wo der christliche Gewerksverein eine große Mitgliederzahl hat, arbeitet nur noch ein kleiner Prozentsatz der Belegschaft. Man schließt daraus, daß die christlichen Bergleute eine Schwelung vollziehen und über die Köpfe ihrer Führer hinweg den Streik mitmachen.

### Die Christen streiken mit!

Bochum, den 12. März.

Wie die christlichen Bergarbeiter der Streikbruchparole ihrer Führer Folge geleistet haben, davon zeugt die Zahl der Streikenden aus ihren Reihen. Es gibt Gruben, wo sämtliche christlichen Bergarbeiter sich mit den Streikenden solidarisch erklärt haben. So auf der Grube Viktoria bei Lünen. Hier streiken 20 christlich organisierte Bergarbeiter. Die Gewerksvereinsführer sind geradezu sprachlos. Sie halten geglaubt, die christlichen Bergarbeiter wie bei den Reichstagswahlen an der Stütze zu haben, und jetzt wird ihnen ihr verräterisches Treiben durch ihren Anhang gründlich verfaßt, das heißt, wenn man bei den christlichen Streikenden von einem Anhang des christlichen Gewerksvereins noch reden kann. Die christlichen Arbeiter traten z. B. auf Viktoria mit 50 Mann zum Verbandsüber. Um die anderen nicht zu verlieren, erklärte der christliche Bezirksleiter Hiege, daß sie doch nicht über-treten sollten, der Gewerksverein würde die streikenden Mitglieder unterstützen!!! Wir sehen, wie der Gewerksverein wider Willen in den Geldbeutel greifen muß, um den Streik, den er niederringen wollte, zu unterstützen! Hoffentlich lassen sich die christlichen Arbeiter nicht betören und entfernen sich aus einer Organisation, die nicht mehr wert ist, daß ihr auch nur ein einziger ehrlicher Arbeiter angehört!

Während wir dieses schreiben, gehen uns Meldungen zu, daß die christlichen Bergarbeiter, die streiken, aber dem christlichen Gewerksverein weiter angehören wollen, selbständige Streikbureaus errichten!

### Wo ist Effert?

Diese Frage ist zur Preisfrage geworden. Der Mann, der 1905 eine hervorragende Rolle in der Streikführung spielte, der auch später bei allen sonstigen Aktionen des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter diesen repräsentierte, läßt sich diesmal im Streikrevier nicht sehen. Die Zentrumspresse schiebt sich veranlaßt, den verschiedenen Gerüchten über den Verbleib Efferts entgegenzutreten. Sie schreibt, daß Effert nicht aus dem Vorstand des Gewerksvereins ausgeschlossen sei, weil er sich für den Streik erklärt habe! Das ist sonderbar. Uns ist nicht bekannt, daß eine derartige Behauptung bisher aufgestellt worden ist.

Wahr ist aber, daß Effert vor Wochen schon das Ruhrbecken verlassen hat. Er, der Generalsekretär des Gewerksvereins, ist nach einem für den deutschen Bergbau und für die Bergarbeiterbewegung mehr oder weniger belanglosen Revier veretzt worden. Seine bisherige Stellung im Gewerksverein hat er aufgeben müssen, um als Bezirksleiter im Siegerland weiter für seine Organisation zu arbeiten. Er wohnt mit seiner Familie in Vegdorf.

Versammlungen hat Effert während der Bewegung der Bergleute im Ruhrbecken nicht abgehalten, und obwohl er bisher als der eigentliche Kopf bzw. Führer des Gewerksvereins angesehen werden mußte, hat er auch an der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerksvereins, die am Mittwoch vergangener Woche den Streikbruch proklamierte, nicht teilgenommen. Glaubt die Zentrumspresse und weismachen zu können, daß die Entfernung Efferts aus seiner bisherigen Stellung und aus dem Ruhrrevier von ohngefähr käme! Ach nein! Hat sich Effert persönliche Verfehlungen nicht zuschulden kommen lassen, dann bleibt nur bestehen, daß er mit der jetzigen Führung in Organisationsfragen nicht mehr übereinstimmen kann. Wie uns mitgeteilt worden ist, ist Effert tatsächlich entfernt worden, weil er in der Lohnbewegung die Taktik seiner Kollegen nicht gutheißt.

### Die Komödie.

Die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse am Mittwoch, die, wie zu erwarten war, völlig ergebnislos verliefen, haben bereits am letzten Sonnabend auf den Homborner Kaiserhöfen ein Vorspiel gefunden. Das offizielle Protokoll über diese Sitzung liegt vor, und man kann sich aus ihm eine Vorstellung davon machen, wie es am Mittwoch ungefähr überall zugegangen ist. Das Protokoll berichtet:

Der die Verhandlungen leitende Betriebsdirektor eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis darauf, daß er die Sitzung einseitig auf Wunsch verschiedener Mitglieder des Arbeiterausschusses (christliche Gewerksvereins), andererseits aber auch im Auftrag der Bergwerksdirektion der Gewerkschaft Deutscher Kaiser einberufen habe, um dem Arbeiterausschuss in der gegenwärtigen Bewegung Zeit Gelegenheit zu geben, die Wünsche und Beschwerden der Belegschaftsmitglieder vorbringen zu können.

Hierauf nahm ein Mitglied des Arbeiterausschusses (christlicher Gewerksvereins) das Wort und erklärte, daß er und seine Kameraden eine Einberufung des Arbeiterausschusses angetregt hätten, weil durch Flugblätter und Zeitungsnachrichten die Belegschaftsmitglieder beunruhigt würden. Es wäre höchste Zeit, hier festzustellen, daß viele Bergarbeiter, besonders die christlich organisierten Arbeiter, aber auch viele andere Belegschaftsmitglieder gegen den Streik seien. Der Redner erklärte, daß er für seine Person Wünsche nicht vorzubringen habe.

Ein anderes Ausschussmitglied erklärte, daß auch er keine Wünsche der Arbeiterschaft vorzubringen habe, denn auch die Schmelze und Schloffer der Belegschaft seien mit dem Gebotenen zufrieden, wie auch die übrige Arbeiterschaft, soweit er Zahlung mit derselben habe, gegen jeglichen Streik sei.

Ein drittes Arbeiterausschussmitglied hatte den einen Wunsch, daß die Lohnstatistik verlesen werden möchte. Der Vorsitzende erklärte diesem Wunsch gegenüber, daß er, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen Lohnfragen mit den Arbeiterausschüssen nicht verhandelt werden müßten, und solche auch gar nicht zu der Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse gehörten, doch entgegenkommenderweise bereit sei, die Lohnfrage zu besprechen, jedoch nur außerhalb der Tagesordnung.

Nachdem noch von einem Mitglied des Arbeiterausschusses Mängel beim Verhältnissen gerügt worden waren, für die sofortige Abhilfe zugesagt wurde, schloß der Vorsitzende, nachdem weitere Wünsche nicht laut wurden, die Sitzung.

Anschließend daran wurde sofort in die Besprechung der Lohnfrage eingetreten und vom Betriebsdirektor den Anwesenden eine Lohnstatistik ausgehändigt. Der Betriebsdirektor wies hierbei auf die seit längerem sich fortsetzende Steigerung der Löhne bei den einzelnen Arbeiterkategorien wie auch im Durchschnitt sowie auf die jüngste, erst am 1. März eingetretene Lohnsteigerung hin. Seitens der einzelnen Mitglieder des Arbeiterausschusses wurde die behauptete Steigerung der Löhne auf den Kaiserhöfen anerkannt.

Daß es unmöglich ist, nach derartigen Methoden zu fruchtbaren Verhandlungsergebnissen zu gelangen, liegt auf der Hand. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse werden nicht als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer, sondern als willenslose Untergebene behandelt, ein Recht, die Lohnfrage zu diskutieren, wird ihnen überhaupt nicht eingeräumt.

Indem das Wolffsche Telegraphenbureau auf die vermittelnde Tätigkeit der Arbeiterausschüsse vertraute und den Organisationsleitern einen Vorwurf daraus machte, daß sie dieser Tätigkeit nicht vertrauten, hat es sich einer gründlichen Irreführung der öffentlichen Meinung schuldig gemacht.

### Lohnbewegung der lothringischer Bergarbeiter.

Der Bergarbeiterstreik greift auch auf das Lothringische Steinkohlenrevier über. Die Belegschaft der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft in Merlenbach hielt eine Versammlung ab. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: 15prozentige Lohnerhöhung, Aufbesserung der Leistungen der Anwartschafts-, Pensions- und Krankenkasse, Herabsetzung der Schichtzeit auf acht Stunden einschließlich Seilfahrt, Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen gleichwertigen Bauern, Verkürzung der Fristen, nach denen Lohn- und Abzinsungszahlungen erfolgen, Verteilung der 160 000 M. enthaltenden Unterstützungskasse, Beseitigung des jetzigen Arbeiterausschusses. — Mittwochnachmittag fanden Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuss statt.

### Die Bewegung in Oberschlesien.

Prompt antworten die ober-schlesischen Grubenmagnaten auf die Eingaben der Bergarbeiterorganisationen, prompter sogar als die Kohlenbarone im Ruhrgebiet. Aber ihre Antwort ist die gleiche: ein entschiedenes und bestimmtes „Nein!“ Am 20. Februar ging die erste Lohneingabe an den Berg- und Hüttenmännischen Verein ab und am 26. erfolgte schon die ablehnende Antwort, und am 7. März wurde die zweite Lohnforderung an die einzelnen Verwaltungen abgeschickt. Schon am 8. ging die erste Antwort ein, die also lautet:

„Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 6. d. Mts. erwidern wir ergebend, daß wir Sie nicht als Vertreter unserer Belegschaft anerkennen vermögen. Wir sind daher auch nicht in der Lage, mit Ihnen in Verhandlungen über die Höhe unserer Arbeiterlöhne einzutreten zu können.“

Wir erkennen die Arbeiterorganisationen als Vertreter unserer Arbeiter nicht an; wir verhandeln nicht, sondern wir sind die Herren im Hause und bestimmen selbstherrlich, was unsere Lohnkassen „verdienen“, und lassen uns von niemand hineinreden. Das wird mit harten Worten ausgesprochen, und es war vorauszu-sehen, daß die Antworten so ausfallen würden. Die ober-schlesischen Grubenmagnaten, wie die westfälischen Kohlenbarone nehmen für sich das Recht in Anspruch, sich in großen geschlossenen Organisationen zu vereinigen und die Macht der Organisation für sich auszunutzen; aber den Arbeitern erkennen sie dieses Recht nicht zu, die sind nach ihrer Meinung Anrecht, und wer Anrecht ist, soll Anrecht haben. Daß auch die übrigen Antworten genau so lauten werden, unterliegt keinem Zweifel, da das Konzept sicherlich im Berg- und Hüttenmännischen Verein entworfen worden ist. Die Frage ist nun: Was werden die Bergarbeiterorganisationen und was werden die Bergarbeiter selbst zu dem prohenhaften Verhalten der hoch-beligen und überchristlichen Grubenfürsten und Grafen sagen? Unter den Bergarbeitern herrscht allgemeine Kampfstimmung.

### Sachsen vor dem Streik.

Im Lugau-Celadiner Revier sind die Forderungen der Bergleute abgelehnt. Darauf hat der Verein der Königstreuen Knappen folgende Erklärung erlassen:

„An die Mitglieder des Vereins ergeht hiermit die Aufforderung, bei der jetzigen Lohnbewegung die Mannhaftigkeit zu zeigen und die §§ 2 und 9 unserer Satzungen zu beachten.“

Diese Paragraphen besagen, daß die Mitglieder der Königstreuen Knappenvereine sich an Streiks von sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen.

Zwischen, 13. März. Von der hiesigen Zeitung des Bergarbeiterverbandes ist das königliche Bergamt in Freiberg um Vermittelung zwischen den Arbeitern und den Berlen ersucht worden. Das Bergamt hat sich zu der Vermittelung bereit erklärt. Die Vermittelungsversuche werden im Laufe dieser Woche stattfinden. Am Sonntag finden wiederum Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit der neugeschaffenen Lage befassen werden.

### Bergarbeiterbewegung in Oesterreich.

Am 8. März hat die Union der Bergarbeiter Oesterreichs für das nordböhmisches Revier, in dem ungefähr 20 000 Bergarbeiter beschäftigt sind, Forderungen abgelehnt. Es wird eine 15prozentige Lohnerhöhung verlangt und das Lohngedinge soll beac-

festgesetzt werden, daß der Heuer zum mindesten 450 Kronen = 8,82 M. verdienen kann. Das Quantum der Hausbrandkohle soll erhöht werden. Am 7. und 8. März fand in Leipzig eine Reichskonferenz statt; aus den erstatteten Situationsberichten ging hervor, daß sowohl im Rührsch-Nrauer Revier wie im Falkenau-Elbogener Braunkohlenrevier seit einiger Zeit Forderungen gestellt sind und die Bergarbeiterbewegung im lebhaften Steigen begriffen ist. Wenn die Unternehmer nicht nachgeben, dürfte ein Streik unvermeidlich sein. Die Spekulation auf die mangelhafte Organisation der Bergleute dürfte sehr gehen. Nicht nur, daß die Bergarbeiter jetzt besser organisiert sind, auch die absolute Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wird sie in den Lohnkampf treiben, wenn die Unternehmer jedes Entgegenkommen verweigern. Die Bergarbeiter sind sich einig, daß die günstige Konjunktur ausgenutzt werden muß. Die Unternehmer rechnen damit, daß die Separatisten und Anarchos einen Streik bald zum Zusammenbrechen bringen würden. Auch diese Rechnung geht sehr, denn diese beiden Gruppen agitieren auch schon längst für eine entschiedene Lohnbewegung der Bergleute.

### Bergarbeiter-Interpellation im preussischen Landtage.

Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Fortschrittler und Zentrumsmitglieder haben im preussischen Landtage Interpellationen eingebracht, die sich auf den Bergarbeiterzustand beziehen.

#### Die konservative Interpellation lautet:

Ist die kgl. Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wie weit die Nachrichten über Ausschreitungen in den Streikgebieten den Tatsachen entsprechen? und ob vollengehende Maßregeln getroffen sind, um den Arbeitswilligen unbedingten behördlichen Schutz zu gewähren und die Ordnung aufrechtzuerhalten?

#### Die freikonservative Interpellation lautet:

Ist die kgl. Staatsregierung bereit, über den Stand des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, insbesondere über die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen und deren Wirksamkeit Auskunft zu erteilen?

Die Nationalliberalen fragen ebenfalls, ob die Regierung bereit ist, über die Lage des Ausstandes Auskunft zu erteilen, und ob zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Streikgebiet Vorkehrungen getroffen sind.

Die Fortschrittler wollen wissen, ob die Regierung rechtzeitig Schritte getan hat, dem Ausbruch der Arbeitsstreitigkeiten im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier vorzubeugen, und was die Regierung gedenkt zur Beendigung des Streiks beizutragen.

Dem Zentrum wird die Regierung darüber interpelliert: ob 1. ihr die Ursachen des Streiks bekannt sind, 2. in welchem Maße die fiskalischen Grubenarbeiter am Streik beteiligt sind, 3. welche Stellung die Regierung zu den Forderungen der Bergarbeiter einnimmt.

## Der Krieg.

### Kinzara von den Italienern geräumt?

Konstantinopel, 13. März. Das Kriegsministerium veröffentlicht eine Depesche des türkischen Truppenbefehls habers von Tripolis, in der es heißt: Nachdem wir erfahren hatten, daß der Feind Kinzara teilweise geräumt und seine Stellung rückwärts verlegt hätte, begannen wir am 10. dieses Monats den Kampf und stellten dabei fest, daß der Feind wirklich Kinzara geräumt, sich nach Norden auf die Höhen zurückgezogen und hier eine neue Verteidigungsstellung eingerichtet hatte. Bei dem Angriff auf die italienische Stellung hatten wir fünf Tote und neun Verwundete.

Rom, 13. März. Die Agenzia Stefani erklärt, daß die Meldung des osmanischen Kriegsministeriums, nach der die Italiener im Kampf vom 10. d. M. Kinzara geräumt hätten, den Tatsachen nicht entspreche. Kinzara werde vielmehr fortgesetzt von den Italienern besetzt gehalten.

### Ein Gefecht bei Benghasi.

Rom, 13. März. Die Agenzia Stefani meldet aus Benghasi vom 12. März: Die italienischen Truppen griffen heute zwei Oasen nördlich von Fejat an, die vom Feinde tapfer verteidigt wurden, und eroberten sie. Der Feind wurde zur Flucht gezwungen und mit dem Bajonett verfolgt. Er verlor sicherlich mehr als 1000 Tote (?), von denen 400 von den Italienern aufgefunden wurden. Die Zahl seiner Verwundeten ist noch größer. Bei den Italienern fielen 8 Offiziere und 26 Mann, 7 Offiziere und 55 Soldaten wurden verwundet.

### Italienische Heldentaten in der Luft.

Tripolis, 13. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh unternahm Luftschiffe eine Kreuzfahrt über Jangur und Savia. Sie bemerchten dort viele Feinde sowie Schaf- und Pferdeherden. Andere Lager mit Herden wurden zwischen Savia und Wira Terrina bemerkt. Aus den Lagern wurden zahlreiche, jedoch durchaus mizungelose Schiffe gegen die Luftschiffe abgegeben, die aus einer Höhe von mehr als 1000 Meter 26 Bomben auf eine Gruppe Bewaffneter hinabwarfen und diese zu wilder Flucht veranlaßten. Die Bomben, die mit je einem Kilogramm Explosivstoff gefüllt waren, erreichten alle ihr Ziel und riefen nicht nur eine materielle, sondern auch moralische Wirkung hervor. Nachdem die Luftschiffe noch eine von Savia nach Agiza ziehende Karawane von 50 bis 60 Kamelen mit zwei Bomben beworfen hatten, kehrten sie mittags zurück.

### Die bevorstehende Flottenaktion Italiens.

Konstantinopel, 13. März. Die Posten hat Nachrichten, nach denen sich zwei italienische Kriegsschiffe im Archipel befinden sollen. Man glaubt jetzt, daß ein Vorgehen der Italiener gegen eine der Inseln unmittelbar bevorsteht. Die Minister des Krieges, der Marine und des Innern hielten heute unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Beratungen ab; der Kriegsminister hatte auch eine Besprechung mit dem Großvezir.

Die Posten hat auch Nachrichten über die Konzentration russischer Truppen in der Gegend von Kard und Erivan erhalten. Die offiziellen Kreise glauben aber nicht, daß diese Truppenbewegungen sich gegen die Türkei richten.

Das Ministerium des Innern veröffentlichte eine Rundgebung von Russen aus aller Welt, in der die Türkei beschworen wird, in dem Kampfe gegen Italien auszuweichen. — Um Unruhen zu vermeiden, ist die Abhaltung von politischen und literarischen Konferenzen außerhalb der Klubs verboten.

### Die Ausweisung der Italiener aus Kleinasien.

Konstantinopel, 12. März. Der Minister des Innern hat die Minister des Krieges, des Innern und des Aussenwesens von Jerusalem und dem Albanien angewiesen, die Italiener, die morgen, nach Ablauf der bei der Ausweisung gestellten Frist von

15 Tagen, sich noch am Ort befinden, mit Gewalt aus dem Lande zu schaffen.

## Die Revolution in China.

### Anerkennung Juanshilais durch die Mächte.

Tokio, 13. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Japan soll den Mächten eine gemeinsame Aktion zur Anerkennung Juanshilais als Präsidenten der chinesischen Republik vorgeschlagen haben. Die Mehrzahl der Mächte soll den Vorschlag bereits angenommen haben, aber eine gewisse Macht (natürlich ist damit Rußland gemeint. D. Red.) regt hinsichtlich der Mongolei einen Vorbehalt an. — Japan hat bisher auf den Vorschlag, sich an den Anleihen zu beteiligen, nicht geantwortet, da es aus finanziellen Gründen nicht wünscht, einen größeren Beitrag zu zahlen, als zur Wahrung des Rechts der Beteiligung erforderlich ist.

### Das internationale Kapital will Sicherheit.

London, 13. März. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die Konferenz der englischen, deutschen, amerikanischen und französischen Banken ihre Sitzungen hier beendet und beschlossen, für die dringendsten Bedürfnisse der Republik China zu sorgen, die Frage einer großen Anleihe jedoch in der Schwebe zu lassen, bis die Republik durch die Mächte anerkannt sein wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März 1912.

### Maul- und Klauenseuche und Reichsschulgesetz.

Aus dem Reichstag, 13. März. Selbst ein fanatischer Anhänger des parlamentarischen Stetinitismus wird in seinen verlassenen Augenblicken nicht behaupten können, daß Verhandlungen, wie die getrigge zu fünf Sechsteln eine war, zu den Licht- und Höhepunkten des menschlichen Lebens gehören. Mag die Maul- und Klauenseuche auch zu den wichtigsten Fragen für die deutsche Landwirtschaft gehören und ihre schadenhafte Bekämpfung deshalb von ganz hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung sein, mit fast vierstündigem Reden über diese Frage schafft man nicht einer einzigen Auh Sicherheit vor der furchtbaren Krankheit. In der Frage selbst sind sich alle Parteien des Hauses einig: daß nämlich gegen die Maul- und Klauenseuche wirksame Maßregeln ergriffen werden müssen, nur daß auf der rechten, wo das Herz lebhafter für den Braut des Großgrundbesizers als für die Not des Kleinbauern schlägt, der Seuchenschutz zu einer Abperung des deutschen Volkes auch von gutem und gesundem Fleiß mißbraucht wird. Im übrigen traf Genosse Scheidemann den Nagel auf den Kopf, als er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß die Parteien, die das Seuchengesetz geschaffen, jetzt über seine allzu bürokratische Anwendung klagen. Im übrigen vertrat er den sozialdemokratischen Antrag, der mit Einrichtung einer Viehsuchenversicherung dem Landmann wirklich helfend beizutragen will. Sonst trieb das beliebte Thema alle die auf die Tribüne, denen ein Gott gegeben zu klagen, was sie leiden, und auch die andern: Herr Mayinger vom Zentrum und Herr v. Holko von den Konservativen, den Nationalliberalen Wamhoff und den Fortschrittler Blund, und nochmals Zentrum und nochmals Nationalliberale und Antimiliten und Polen, wer zählt die Völker, nennt die Namen? Mancher erbauliches Lied wurde angestimmt von mancher Kuh, die an den Grenzen deutscher Vaterländer widrige Schicksale gehabt, aber als dann über die verschiedenen Resolutionen abgestimmt wurde, siehe da! da fand sich für die sozialdemokratische Viehsuchenversicherung zwar eine Mehrheit, aber die „bauernfreundliche“ Rechte blieb, was von der Linken mit lautem Aha festgestellt wurde, ablehnend auf ihren Bänken sitzen. Die übrigen Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Vorher hatte, zum Beginn der Sitzung, der Staatssekretär Delbrück angeündigt, daß die Interpellation des Zentrums zum Bergarbeiterstreik heute beantwortet würde, und ein sozialdemokratischer Antrag, der, vom Genossen Mollenhauer begründet, die Ueberweisung des Besoldungsetats für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt an die Kommission verlangte, war nach unerheblicher Debatte zurückgezogen worden.

Der Schluß der Sitzung aber brachte mit der Rede des Genossen Schulz-Erfurt zum Titel „Reichsschulkommission“ reichliche Entschädigung für die Rede der vorausgegangenen Debatten. In klaren und sachlich, gleichwohl temperamentvollen und mit Humor gewürzten Ausführungen geißelte er einige der Hauptmängel unseres Bildungswesens. Namentlich was er über das Institut der Einjährig-Freiwilligen darlegte, fand die gespannte Aufmerksamkeit des schon ermüdeten Hauses und vielfache Zustimmung. Geschickt und scharf umriß er die sozialdemokratischen Forderungen an das Schulwesen und betonte, daß gerade im Interesse der Wehrhaftmachung des Volkes eine bessere Bildung für die Massen dringend zu wünschen sei. So war keine Rede, ohne den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie auch nur um Haarsbreite zu verlassen, von einem echten und warmen Patriotismus durchweht, den uns die Junker und Junker-genossen so gern abzusprechen pflegen und dessen Betenerung denn gerade auf der rechten mißvergnügte Gesichter hervorrief. Der letzte Teil der Ausführungen des Genossen Schulz gruppierte sich um die Forderung eines Reichsschulgesetzes.

Nächste Sitzung: heute 1 Uhr. Interpellation über den Bergarbeiterstreik.

### Allerlei aus dem Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst den Etat des Herrenhauses. Der einzige Redner, der hierzu das Wort ergriff, Genosse Hoffmann, verstand es, in humoristischer Weise die Ueberflüssigkeit der „Ersten Kammer“ darzutun. Die anwesenden Mitglieder kamen aus dem Lachen kaum heraus, und selbst die heftigsten Angriffe Hoffmanns riefen wegen der unwichtigen Form, in der er sie vorzubringen wußte, wäher Stürme von Heiterkeit hervor. Natürlich ging es ohne Ordnungsruf nicht ab, Herr v. Erffa wollte es nicht wahr haben, daß das Herrenhaus eine galvanisierte Zeichenkammer ist. Einen großen Teil der Rede unseres Genossen stülte die Schilderung von Zuständen im Herrenhaus aus, die die Notwendigkeit dokumentieren, einmal eingehende Untersuchung anzustellen und mit eisernem Wesen Auslese zu halten. Es geht doch unmöglich an, daß Diener und Beamte, deren Bezahlung aus dem allgemeinen Steuerfädel erfolgt, für Privatdienste verwendet werden.

Etwas längere Zeit nahm die Debatte über den Etat des Abgeordnetenhauses, zu dem gleichfalls Hoffmann sprach, in Anspruch. Seit Jahren haben Vertreter aller Parteien die Regierung um Gewährung von Preisfabrikanten ersucht. Endlich hat sich das Ministerium entschlossen, jedem Abgeordneten für die

Dauer der Session eine Karte zu bewilligen, die aber nur zur Fahrt zwischen Berlin und Wohnort berechtigt. Das weitere Verlangen, Fahrkarten zwischen Berlin und dem Wahlort oder gar auf allen Strecken zu gewähren, hat sie rundweg abgelehnt. Es ist erklärlich, daß darüber bis weit in die Reihen der Rechten hinein große Erbitterung herrscht; aber die Regierung bleibt nach wie vor auf ihrem kleinlich-bürokratischen Standpunkt beharren, und auch jetzt will sie von einer Ausdehnung der Fahrkarten nichts wissen, obwohl unter den Mitgliedern des Hauses über diese Frage völliges Einverständnis zutage getreten ist. Ebenso einmütig zeigte sich das Haus gegenüber einem konservativen Antrage auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage, wie das Recht der Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Vertretung des Fiskus und wie die Rechtsverhältnisse der Beamten des Landtages geregelt werden können. Auch diese Frage ist vom Hause schon wiederholt behandelt worden, ohne daß die Regierung ihre Lösung für nötig empfand. Wenn sich der Landtag eine solche Mißachtung länger gefallen läßt, so trifft auf ihn eben das Wort zu, daß jedes Parlament die Behandlung hat, die es verdient.

Endlich nahm das Haus noch einige Anträge auf Vorlegung eines Wohnungsgesetzes für die Großstädte an; dagegen lehnte es die beantragte Ausdehnung des Gesetzes auch auf Kleinstädte und das Land gegen die Stimmen der Linken ab. Unseren Standpunkt vertrat Genosse Hirsch, der sich in erster Linie für eine reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage aussprach, die Notwendigkeit von Reformen auch auf dem flachen Lande betonte, Berlin gegen den Vorwurf des schwarz-blauen Blocks, als sei Berlin die Brutstätte aller Verbrechen, in wirksamer Weise in Schutz nahm und die konservativen Angriffe auf die Freizügigkeit energisch zurückwies.

Donnerstag: Arbeitszwangs-gesetz und Etat der Zentrals-gesellschaftskasse.

### Die unbequeme Deckungsfrage.

Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ geht folgende Meldung aus Berlin zu:

„Der Reichskanzler beabsichtigt, den Führern der bürgerlichen Parteien noch in dieser Woche von dem wichtigsten Inhalt der Wehrvorlage Kenntnis zu geben, um ihre Meinung über die Deckungsfrage entgegenzunehmen. Die Besprechungen sollen, wie die „Tägl. Rundschau“ hört, durchaus vertraulicher Natur sein. Der Reichskanzler wünscht, daß überhaupt von der Wehrvorlage und ihrer finanziellen Seite nichts bekannt wird, bevor die Angelegenheit den Bundesrat passiert hat und hat an sämtliche beteiligten Stellen das Ersuchen gerichtet, über die Entwürfe strengstes Stillschweigen zu bewahren. Sogar die Vertrauensmänner der großen nationalen Parteien, die sonst stets von dem Gang der Ereignisse unterrichtet werden, sind diesmal auf besondere Anordnung völlig ausgeschaltet worden.“

Also ist die Entwicklung in der Dunkelkammer des Reichskanzlers noch nicht beendet!

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, stehen tatsächlich eine Schwänkung des Reichskanzlers und der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs von seinem Posten bevor. Das philosophische Gemüt des Herrn von Bethmann Hollweg erkennt die höhere politische Weisheit der Finanzkünstler von der Qualität Erzbergers an, das heißt der große Philosoph von Hohentinnow hat sich in die gottgegebene Abhängigkeit vom Zentrum gesunden und ist bereit, dessen Wünschen entsprechend, zunächst die sogenannten Wehrvorlagen allein ohne gleichzeitige Deckungsvorlagen einzubringen. Herr Wermuth, der nicht in gleichem Maße die Gabe der rechtzeitigen Anpassung besitzt wie das staatsmännische Genie, das zurzeit, wenn auch nicht tatsächlich, so doch nominell des Reiches Geschick lenkt, will jedoch durchaus die schöne Schwänkung nicht mitmachen — es wird ihm also nichts anderes übrig bleiben, als die bekannten Gesundheitsrücksichten zu nehmen und von seinem Posten zurückzutreten.

### Posa hat sein Herz entdeckt.

Graf Posa, der auch mit freisinniger Hilfe in Viefefeld gewählte bisher „wilde“ Abgeordnete, hat nunmehr sein politisches Herz entdeckt. Um der Reichspartei (in Preußen nennt sie sich freikonservativ) zu den Rechten einer Fraktion zu verhelfen und ihr Sitz und Stimme in den Kommissionen zu sichern, hat sich der Graf im Parteischloß, sich der Reichspartei zugewandt, um sie zu lösen. Da gleichzeitig auch der Abgeordnete Wermuth sich der Reichspartei zugewandt haben will, wäre das große Ziel glücklich erreicht, einer Partei, die eigentlich keine Wähler besitzt, zu den Ehren und Würden einer Fraktion zu verhelfen.

Wir Sozialdemokraten begrüßen es nur, daß der Erforene des Viefefelders Schmarfsch nach seinem langwierigen Redegaukel klar zu erkennen gegeben hat, wohin ihn denn nun in Wirklichkeit das Schwergewicht seiner Auffassung zieht. Daß sich der Graf Posa als Gesinnungsgenosse der Arndt, Siebert und Bedlich bekannt hat, ist uns zwar keineswegs überraschend, er liebt aber für die breite Masse die Orientierung über diesen wunderlichen Heiligen. Daß bei dem Grafen Posa der reaktionäre Einschlag sehr sehr weit gewichtiger war, als die in liberalisierenden Tendenzen sich bewegende Phrasologie, beweist ja auch die Tatsache, daß Graf Posa als Herrschaftsmitglied bei allen wichtigen und entscheidenden Sitzungen geschwänzt hat, wo es darauf angekommen wäre, gegen die ungeheure Rückständigkeit dieses politischen Nummentabernakels, um den Ausdruck Reichsches zu gebrauchen, zu protestieren. Sowohl bei den Verhandlungen über das Feuerbestattungsgesetz, wie bei den Beratungen über die Wahlrechtsvorlage im vergangenen Jahre hat sich Graf Posa, der sich doch so gern reden hört, gedrückt. Und als am Dienstag die Scharfmacherei in der preussischen Volkshammer ihre tollsten Orgien feierte, als nach Entdeckung der Gewerkschaftsbewegung, nach noch fanatischeren Schrei der Hupischen Stedenmonatstuden und nach dem Belagerungszustand in Streikgebieten geschrien wurde, da war Graf Posa entweder nicht anwesend oder er hielt es, was noch schlimmer, für nicht notwendig, gegen solche aberwitzige Rückständigkeit auch nur ein Wort des Protestes zu erheben!

Graf Posa gehört also mit Zug und Recht zur Scharfmacherpartei, folglich, zur Reichspartei!

### Landrätliche Reichsvereinsgesetz-Auslegungen.

Am verflorenen Wahlkampf waren die Schwierigkeiten, die sich der Abhaltung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel entgegenstellten, namentlich in Schlesien außerordentlich groß. Wiederholt wurden Versammlungen unter freiem Himmel verboten, weil in der Nähe des Versammlungsortes mit Stroh bedeckte Gebäude standen, so u. a. in Wiese und Langenbrück im Kreise Reustadt O-S. Wegen die wirksamen Verbote wurde zwar Beschwerde beim Landrat erhoben, aber mit negativem Erfolge.

Dieser heillosen Rechtschickerei macht nun hoffentlich die Antwort des Regierungspräsidenten von Oppeln auf die gegen den Reichsverband der Arbeiter erhabene Beschwerde ein Ende. Es heißt in der Entscheidung des Regierungspräsidenten: „Auf Ihre weitere Beschwerde vom 13. Februar 1912 habe ich hiermit unter Abänderung des abweisenden Bescheides

des Landrats zu Neustadt O.-S. vom 1. Februar 1912 die Befugung des Amtsvorstehers zu Wiese (gräflich) vom 30. November 1911 auf.

Die Gefahr, die aus der Abhaltung der Versammlung bei der Nähe der mit Stroh bedeckten Gebäude für die öffentliche Sicherheit zweifellos zu befürchten war, hätte durch ein polizeiliches Rauchverbot beseitigt werden können. Die Beschränkung der Wahl des Plazes war unzulässig, da dieses Mittel zur Abwendung einer Feuergefahr zunächst offen stand. Ich habe den Amtsvorsteher in diesem Sinne verständigt.

Ihre Annahme, daß die Genehmigung einer Versammlung seitens der Ortspolizei nicht unter einer Auflage erfolgen dürfe, ist irrig. Eine Auflage ist insofern zulässig, als sie erforderlich ist, um eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzumenden. Hierbei ist aber, wenn mehrere Möglichkeiten gegeben sind, stets das Mittel zu wählen, das die Versammlungsfreiheit im geringsten Maße beschränkt.

Dieser Bescheid zeigt, welche Energie unsere Genossen auf dem Lande anwenden müssen, um die Rechte erst zu erkämpfen, die ihnen das Reichsvereinsgesetz als selbstverständlich zusteht.

### Eine Milliarde neuer Militärausgaben.

Verschiedene Blätter melden, angeblich auf Grund zuverlässiger Information, daß die Ausgaben für Meer und Flotte innerhalb der nächsten sechs Jahre sich auf nicht weniger als eine Milliarde belaufen werden. Pro Jahr sollten nämlich zirka 170 bis 180 Millionen Mark angefordert werden.

Das ist erheblich mehr, als die Zentrumspreffe in Aussicht gestellt hat. Danach sollten nur eine einmalige Ausgabe von 100 Millionen für den Landmilitarismus, eine jährliche Ausgabe von 80 Millionen für den Landmilitarismus und 30 Millionen für die Flotte verlangt werden. Nach den Zentrumsmeldungen würde die Gesamtausgabe für die nächsten sechs Jahre also nur drei Viertel Milliarde erreichen, während nach neuerlichen Meldungen 250 Millionen für den entsprechenden Zeitraum mehr gefordert werden sollen.

Welche Meldung recht hat, läßt sich schwer entscheiden — ein Grund mehr, daß die Regierung nun endlich mit ihren Forderungen offen hertritt!

### Der gekränkte Landrat.

In der Wahlkation passierte dem Parteiführer Gen. Gehrmann in Reich das Maß, daß er bei der Besprechung der Delbrück'schen Angriffe auf die landrätlichen Steuereinschätzungen einen bestimmten Fall mit der Bemerkung kritisierte, er glaube, daß sich dieser Fall im Kreise Kreiswald zugetragen habe. Es handelte sich aber um einen Landratskreis in den halbpolsischen Provinzen. Der Landrat des Kreises Kreiswald flagte und das Schöffengericht Reich verurteilte Gehrmann zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Man sieht, die Gerichte wissen die Ehre der Landräte zu würgen. Eine Majestätsbeleidigung hätte auch nicht eine viel härtere Strafe nach sich gezogen. Es wird natürlich gegen das Urteil Berufung eingelegt werden, ob mit Erfolg, ist eine andere Frage.

### Italien.

#### Der Kommissionsbericht über die Wahlreform.

Rom, den 11. März. (Fig. Ber.) Der konservative Abgeordnete Vertolini hat als Präsident der parlamentarischen Kommission, der die Beratung über den Wahlreformentwurf obliegt, soeben den Kommissionsbericht veröffentlicht, so daß nunmehr die Beratung des Gesetzes im Parlament beginnen kann. Der Bericht hebt hervor, daß die Kommission es für zweckmäßig gehalten habe, keinerlei Ausbau des ministeriellen Entwurfes ins Auge zu fassen, sondern sich auf die drei Probleme zu beschränken, die der ministerielle Entwurf ins Auge faßt, nämlich auf die Ausdehnung des Wahlrechts, das heute nur denen zusteht, die den vierjährigen Elementarschulkurs absolviert haben, auf alle männlichen Bürger, die ihrer Militärpflicht genügt oder das 30. Lebensjahr erreicht haben; weiter auf die Reform des Wahlverfahrens und auf die Abgeordnetendiäten. Von einer neuen Einteilung der Wahlkreise auf Grund der jüngsten Bevölkerungszählung hätte man deshalb abgesehen, weil es nicht unwahrscheinlich sei, daß nach einem Versuch mit dem erweiterten Wahlrecht die Listenwahl nach Provinzen eingeführt werde, wodurch der Einzelwahlkreis ohnehin in Wegfall käme. Was das Frauenstimmrecht betrifft, so redet der Bericht in der üblichen Phrasologie von der spezifisch weiblichen Mission der Frau in der Familie und in der Gesellschaft, versagt sich aber eine prinzipielle Stellungnahme. Was das Praktische betrifft, so wird hervorgehoben, daß in Italien heute nur ein minimaler Teil der Frauen durch Bildung und wirtschaftliche Selbständigkeit eine derartige Stellung einnehme, um die Verleihung politischer Rechte an die Frau zu rechtfertigen. Die Ausdehnung des heutigen Gesetzes auf den weiblichen Teil der Bevölkerung würde 6 1/2 Millionen Frauen mit dem Wahlrecht ausstatten, unter denen rund 2/3 Analphabeten wären. Im direkten Anschluß daran rechtfertigt der Bericht mit ruhender Intonanz die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Analphabeten und betont weiter, daß bei dem heutigen Zustand des ländlichen Schulwesens das bisherige Gesetz die ländliche Bevölkerung zugunsten der städtischen benachteiligt hätte. Die Wahlrechtserweiterung wird die Zahl der Wähler von 8 auf 8 Millionen erhöhen.

Der zweite Teil des Berichts behandelt die Reform der Wahlhandlung, die sich auch dadurch nötig macht, daß die Analphabeten nicht durch Niederzeichnung des Namens ihren Kandidaten bezeichnen können. Wenn bisher die Eintragung in die Wählerliste nur auf Antrag erfolgte, wird sie in der Folge von Amtswegen vorgenommen werden. Zur Grundlage wird die Eintragung in die städtischen Nummernregister genommen, nicht wie bisher der politische Wohnsitz, der von dem tatsächlichen Wohnsitz verschieden sein konnte. Die Bestimmung, nach der fallierte Geschäftleute — solche, die durch eigenes Verschulden ihre Zahlungen einstellen müssen — ihr Wahlrecht und ihre Wählbarkeit verlieren, so lange ihre Zahlungsunfähigkeit dauert, wird aufgehoben und die Zeit des Verlustes der politischen Rechte auf fünf Jahre beschränkt. Für einfachen und betrügerischen Bankrott werden die bisherigen Bestimmungen beibehalten. Was die eigentliche Wahlhandlung betrifft, so hat die Kommission die komplizierte Operation, die der Regierungsentwurf vorsieht, wesentlich abgeändert. Dem Wähler wird im Wahllokal ein Kuvert übergeben, das offiziell gekennzeichnet ist, und in das er seinen schon vorher mitgebrachten Stimmzettel steckt, um dann das geschlossene Kuvert dem Präsidenten zu übergeben, der es in die Wahlurne wirft. Auf die Einzelheiten des Wahlaktes einzugehen, wird Zeit sein, wenn der Entwurf in der Kammer zur Beratung steht. Eine vorherige offizielle Anfügung der Kandidatur, die der ministerielle Entwurf vorsah, wird nach dem Kommissionsentwurf nicht gefordert. Es fehlt jetzt noch der dritte Teil des Berichts, der die Abgeordnetendiäten behandeln soll.

Verantw. Redakteur: Albert Was, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt

## Gewerkschaftliches.

### Zur Aussperrung in der Maß- und Damenschneiderei.

Laut Bericht des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe sollte in 112 Orten ausgesperrt werden. Bis jetzt liegen aus 71 Orten Berichte vor, daß ausgesperrt ist, und zwar bei 903 Firmen, die 7880 Arbeiter beschäftigen. Von diesen sind 6494 ausgesperrt. Davon sind im Verband der Schneider 5888. Weiter sind in diesen Orten ausgesperrt Damenschneider: 127 männliche und 96 weibliche. In den 71 Orten sind also an Organisierten insgesamt ausgesperrt: 5965 männliche und 96 weibliche; dazu kommen die bereits in 27 Orten im Streik stehenden 6253 männlichen und 66 weiblichen, ergibt insgesamt 12218 männliche und 162 weibliche.

Nicht ausgesperrt haben in diesen 71 Orten 173 Firmen, die 1636 Arbeiter beschäftigen. Dann haben weiter folgende Städte nicht ausgesperrt: Koblenz, Eisenach, Frankfurt a. O., Hameln, Harburg a. E., Heilbronn, Lüneburg, Osnabrück, Saarbrücken, Salzwedel, Schwerin, Uelzen i. N., Minden i. N. Insgesamt sind in diesen Städten 218 Firmen mit 942 beschäftigten Arbeitern im Unternehmerverband. Weiter werden Damenschneider nicht ausgesperrt in Hamburg, Darmstadt, Nürnberg, Kottbus, Greiz i. S., Karlsruhe, Köln, Wiesbaden, in Frankfurt a. M. teilweise; insgesamt bei 85 Firmen mit 553 männlichen und 2372 weiblichen Beschäftigten. Ferner wird nicht ausgesperrt in der Uniformschneiderei in Berlin, Darmstadt, Koblenz, Saarbrücken und Potsdam; dort kommen über 400 Arbeiter in Frage.

#### Berlin und Umgegend. Der Streik bei Löwe.

Nachträglich haben sich im Löw'schen Betriebe auch die Schmiebe sowie die Arbeiter aus dem Normalbau dem Ausstände angeschlossen. Trotz der verzweifeltesten Anstrengungen ist es der Firma nicht möglich, geeignete Ersatzkräfte zu erhalten, und jene, die zurzeit arbeiten, versehen vom Maschinenbau so viel, wie die Kuh vom Hinterspiel. Sind es doch zum Teil Landarbeiter, ehemalige Parkwächter usw., mit denen die Firma glaubt, sich über Wasser halten zu können. Welche Folgen aber die Beschäftigung von ungeeigneten, ungeschulten Kräften nach sich ziehen kann, zeigt sich an einem Beispiel: Einer der Arbeiter, der im Betrieb sonst nicht zu gebrauchen war, wurde als Kranführer verwendet. Da er jedoch keine Ahnung von seiner neuen Tätigkeit hatte, konnte er nicht zur rechten Zeit ausschalten und fuhr mit dem Kran an die Wand. Es ist noch von Glück zu sagen, daß dabei der Mann nicht ums Leben kam oder sonst ein großes Unheil anrichtete. Solche und ähnliche Fälle können sich unter den geschädigten Zuständen täglich ereignen, nicht zu vergessen, was an Material und Zeit vergeudet wird. Einzelne Meister haben es denn ja bereits eingesehen, wie weit sie mit solchen „Stützen“ kommen.

Die Stimmung unter den Streikenden ist noch ebenso zuversichtlich wie am ersten Tage, wissen sie doch, daß der Sieg zweifellos auf ihrer Seite ist. Die Sperre bleibt nach wie vor bestehen! Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten!

#### Heber die gegenwärtige Lage in der Kostümbranche

berichtete Ansoo am Dienstag in einer zahlreich besuchten Versammlung der Kostümschneiderinnen und -Schneider, die in den Arminhallen stattfand. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in dieser Branche der Damenmaßschneiderei geregelt, und der vor drei Jahren abgeschlossene Tarif gilt noch bis zum Frühling nächsten Jahres. Aber es tauchen hier und da immer wieder einzelne Firmen auf, die den Tarif mißachten, und es finden sich auch einige Schneider und Schneiderinnen, die eine Zeitlang toricht genug sind, unter Tarif zu arbeiten. Das war auch bei der Firma Drecoll der Fall, die seit Herbst vorigen Jahres in Berlin besteht und in der Hauptbranche Modellstoffe nach Pariser und Wiener Art herstellt. Die Schneider und Schneiderinnen der Firma wollten sich die tarifwidrigen Zustände auf die Dauer nicht gefallen lassen, und im Februar kam es zur Arbeitniederlegung. Aber im Laufe einer Woche erklärte der Geschäftsinhaber, Baron Drecoll, sich bereit, den vorgelegten Tarif mit einer nicht allzu sehr ins Gewicht fallenden Änderung anzuerkennen, jedoch fühlte er sich durch den Streik und die Verhandlungen mit dem Verbandesvertreter so erschöpft, daß er, nach seinen eigenen Versicherungen zu urteilen, ganz außerstande war, den Tarif zu unterschreiben; sein Ehrenwort sollte vorläufig genügen, die Unterschritt sollte aber noch am selben Tage gegeben werden. Als der Verbandesvertreter später am Tage nochmals vortrat, war der Herr Baron noch immer nicht wieder zu Kräften gekommen. Man nahm dann, ohne die Unterschritt in Händen zu haben, die Arbeit wieder auf, nachdem obendrein der Dachhalter erklärt hatte, daß auf das Ehrenwort des Herrn selbsten zu bauen sei. Die versprochene Unterschritt ist aber bis heute nicht geleistet, und überdies sind auch die Vereinbarungen nicht gehalten worden, so daß die zum 1. März vereinbarte Lohnzulage ausbleibt. Dazu kommt, daß dem Personal eine offenbar dem Bildungsgrade des Herrn Baron angemessene Behandlung geboten wird, und, wie der Redner erwähnte, Arbeiterinnen als „Aushang“ bezeichnet werden, als „sau“ und „dumm“, und Medaillons gebraucht werden wie die, daß die Berliner Handwerker allesamt Säweine seien, und dergleichen mehr. Es scheint allerdings, daß das Personal der Firma gegenwärtig zu einem Teile zu wenig Selbstachtung besitzt, um auf die Herausforderungen und Beschimpfungen die einzig richtige Antwort zu geben; aber die Zeit wird gewiß bald kommen, wo auch diese Firma lernen muß, was sich gehört und was ein Tarifvertrag bedeutet. Eine andere Firma, die sich bis jetzt den tariflichen Verpflichtungen zu entziehen wagt, ist Hermann Hoffman. Kommt hier ein Heimarbeiter und beruft sich auf eine Position des Tarifs, so erklärt man einfach, es sei offenbar ein Druckfehler, und wenn es nach der Auffassung dieser Firma gehen sollte, bestände der Tarif aus lauter Druckfehlern. Einen Reizfall haben die Schneider und Schneiderinnen der Firma Herz erlebt, die jetzt in die Firma Herz Stern übergegangen ist. Bei Herz hatte das Personal seinerzeit auf die Teilnahme an der Tarifbewegung verzichtet, wozu wohl auch der Umstand beitrug, daß man dort zu den allzu niedrigen Löhnen eine Gratifikation von 10 Proz. bezog. Als nun aber die Firma aufgelöst wurde, hat weder Herz noch sein Nachfolger Stern die 10 Proz. bezahlt, so daß das Personal um diesen Anteil seines Lohnes betrogen ist. Diese verschiedenen Vorgänge zeigen deutlich, wie notwendig es ist, daß die Kostümschneider und -Schneiderinnen überall auf dem Vollen sind, wenn sie zu ihrem Rechte kommen wollen und die Tarifbewegung im nächsten Frühjahr den wünschenswerten Erfolg haben soll.

Im Anschluß an diese Ausführungen hielt Frau Luise Ziehl einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die Stellung der Frau in der Arbeiterbewegung, und es folgte eine Diskussion, die ebenfalls manche Anregung bot. Da die Zeit zu weit vorgeschritten war, um die generellen Angelegenheiten ausführlich zu besprechen, soll in nächster Zeit eine neue Versammlung einberufen werden, und zwar in einem größeren Saal, denn der, den man diesmal zur Verfügung hatte, war zu klein.

**Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!** Um die Sache der Tabakarbeiter dauernd und nachdrücklich zu unterstützen, ist es notwendig, daß die Arbeiterkraft bei Händlern, Kantinenwirten, Gastwirten usw. nach den Fabrikaten der tarifierten Zigarrenfabriken fragt, und daß man sich nach den grünen Plakaten erkundigt. Diese grünen Plakate erhalten nur Geschäftsleute, die mit Tariffirmen in Geschäftsbeziehungen stehen und sind nur dann echt, wenn

dieselben mit Alwin Schulze unterzeichnet sind. Fragt nach den grünen Plakaten, beachtet die Veröffentlichungen in der Sonntagsbeilage des „Vorwärts“!

Dem Zigarrengehilfen Robert Schmidt, Kaybachstraße 9 und Teltower Straße 51, haben die grünen Plakate entzogen werden müssen, da er nach wie vor von untarifierten Firmen bezieht. Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

#### Deutsches Reich.

##### Metallarbeiter-Aussperrung.

Die Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge sperrte gestern ihre sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Betroffen sind etwa 1400 Personen. Die Ursache der Aussperrung ist ein Streik der Formner.

150 Tabakarbeiter legten am Montag bei der Firma Rust in Breslau einmütig die Arbeit nieder. Auch nicht ein einziger Arbeiter verblieb im Betrieb. Die Ursachen zur Arbeitseinstellung sind schlechtes Material und ein Lohnabzug von 25 Pf. pro Tille von entrippter Einlage. Verhandlungen blieben ergebnislos. Die Firma erklärte sogar durch Anschlag: „Wer mit dem Lohnabzug und dem Weiterbezug von schlechtem Material nicht einverstanden ist, kann sofort aufhören.“ Zugung von Tabakararbeitern nach Breslau ist streng zu meiden.

##### Christliche als Streikbrecher.

Wie bei dem Kampf der Ruhrbergleute die Leiter der Christlichen ihre Verbundzugehörigen aufforderten, den kämpfenden Bergarbeitern in den Rücken zu fallen, so handeln auch die Führer des Christlichen Keramikarbeiterverbandes. Außerordentlich interessant ist zu lesen, wie die Unternehmer über diese Haltung der Christlichen denken. In der Nr. 10 der „Arbeiterzeitung“ wird auch die Aussperrung der Porzellanarbeiter erwähnt und über die Stellung der Christlichen gesagt:

„Durch diese Haltung der Christlichen wird die Stellung der Porzellanfabrikanten zweifellos gestärkt. Sie bedeutet eine Spaltung der Gegner.“

Das ist wohl auch die übliche Absicht der Christen gewesen, als ihre Führer sie zu dem wohlüberlegten und systematisch durchgeführten Streikbruch aufforderten. Die wenigen Christ-Dunderischen Gewerksvereiner, die nach unter den Porzellanarbeitern herumlaufen, haben es leider wie die Christlichen gemacht: Sie sind spornreißend in die Betriebe zurückgelauten, obwohl die Verbandsleitung ihnen die Genehmigung zum Ausbrennen erteilt und Unterstützung sicherstellte.

## Letzte Nachrichten.

#### Mahnruf des Bergarbeiterverbandes.

Bohum, 13. März. Der alte Bergarbeiterverband verbreitet eine dringende Mahnung an alle streikenden Bergarbeiter, in der er sagt: Einige Vorkommnisse der letzten Tage veranlassen uns, dringend zur Ruhe, Besonnenheit und Disziplin zu mahnen, vor allen Dingen ist es dringend nötig, Zusammenrottungen zu unterlassen. Die Arbeiterfeinde rufen schon nach Militär und Belagerungszustand. Gelingt es ihnen, ihr Vorhaben zu verwirklichen, dann leidet unser gerechter Kampf schweren Schaden. Hört die Mahnung, seid vernünftig. Auch wir möchten der Behörde anheimgeben, auf die fremden Beamten beruhigend einzuwirken. Diese lassen sehr viel an Ruhe vermissen. Wo einheimische Sicherheitsorgane den Dienst versehen, machen sich nicht die geringsten Störungen bemerkbar. Diese kennen Land und Leute, und wissen, daß ein gutes Wort viel ausmacht. Die Organisation kann und darf es nicht zugeben, daß Ordnung, Ruhe und Disziplin gestört werden. Vereitert der Organisation keine Schande. Unsere Sache steht gut. Schon streikten 230 000 Bergleute. Hört darum die brüderliche Mahnung und führt den gerechten Kampf in Ruhe und Ordnung. Weidet den Alkohol. Weist alle anrüchigen Elemente aus eurer Mitte zurück.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

#### Weigerung der amerikanischen Grubeneisener.

New York, 13. März. Die Besitzer der Anthrazitgruben lehnen die von den Arbeitern geforderte 40prozentige Lohnerhöhung ab mit der Begründung, daß dadurch die Produktionskosten jeder Tonne Kohle um 40 Cents erhöht würden. Es sei ihnen unmöglich, die Lohnerhöhung zu bewilligen, wenn es nicht gestattet werde, die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen.

#### Das Verbot des Kohlenexports im englischen Unterhause.

London, 13. März. (W. T. U.) Im Unterhause erklärte der Staatssekretär des Innern Mc Kenna: Die Regierung habe ohne ein Gesetz nicht die Macht, den Kohlenexport zu verhindern oder ihm vorzubeugen. Die Frage eines dahingehenden Gesetzes sei von der Regierung sorgsam erwogen worden, aber sie sei zu dem Schlusse gekommen, daß die gegenwärtige Lage durch eine solche Maßregel nicht wesentlich gebessert werden könnte.

#### Neue Schwierigkeiten der chinesischen Regierung.

Peking, 13. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nach chinesischen Berichten aus Kansu hat General Schengghun an der Spitze der kaiserlichen Armee der Provinz Kansu, die aus 10 000 Mann wohlbewaffneter Truppen besteht, eine Abteilung der Regierungstruppen zersprengt und marschiert nun in der Richtung der Kalan-Eisenbahn. Die Kansu-Gilde sandte eine Botschaft an Schengghun, in der sie die gegenwärtige Lage auseinandersetzt und ihm rät, nicht weiter nach Peking vorzurücken. Die kaiserlichen Garden erzielten die Meldung, daß Schengghun gekommen sei, den Kaiser wieder einzusetzen. Juanshikai hat Schengghun Gefandte entgegengeschickt, er hofft mit ihm zu einem Einverständnis zu gelangen.

#### Mutige Wählerversammlung in der Türkei.

Soloniki, 13. März. (S. V.) In einer Wählerversammlung in Monastir kam es zu einer blutigen Schlägerei, die mehrere Menschenleben kostete. Der gewesene bulgarische Deputierte Panco Drieff, der sprechen wollte, wurde mit Gewalt daran gehindert. Die Jungtürken, die in der Versammlung anwesend waren, hatten sich in zwei Lager gespalten. Bei der Schlägerei wurden auch viele Personen verwundet.

#### Mordtaten mazedonischer Vanden.

Selgrad, 13. März. (S. V.) Bulgarische und griechische Vanden treiben in Mazedonien ihr Unwesen. Es sollen ihnen bereits viele Morde zur Last. So wurden zwei Christen, drei Muselmanen und ein bulgarischer Dorfrichter ermordet. Von einer anderen Bande wurden 7 christliche Bauern angefallen und niedergemacht.

#### Der amerikanische Textilarbeiterstreik.

Lawrence (Massachusetts), 13. März. (W. T. U.) Das Generalstreikkomitee hat die Annahme des von der American Wollen Company angebotenen Lohnatzis empfohlen. Die Aufbesserung beträgt durchschnittlich 7 1/2 Prozent, was die Hälfte der Forderungen der Streikenden ausmacht. Die Arbeiter werden bald ihre Zustimmung geben. Seitdem der Streik in Lawrence begonnen hat, sind den Arbeitern von den meisten Textilfabriken Neuenglands und einigen Baumwollspinnereien des südlichen Bundesstaates 5 bis 7 Prozent Aufbesserung freiwillig gewährt worden. Von dem neuen Lohnsatz werden 200 000 Arbeiter berührt.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein: (3. R.-W. — zur Reichstagswahl.) Am: 2. Berlin S. P. R.-W. 100,—; 3. Saarburg 2. Du. 3,48; Altkirch-Thann 2. Du. 9,72; Bremerhaven, 19. hannov. Kr. 2. Du. 859,94; Altona, 8. u. 10. schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 2374,—; Hagen-Schweim 2. Du. 708,87; Düsseldorf 2. Du. 1835,66. 5. Paul-Rahlitz, Frontera, Mexiko, 3. R.-W. 42,—; Martin Wehringer, Frontera, Mexiko, 3. R.-W. 21,—; Bremen 1. u. 2. Du. 5339,82; Warburg-Högter, 3. R.-W. 2,05; Waderborn-Wären 5,45; Köln, Reg. 23. 20,—; W. Kr. 100,—; 6. Fallenberg-Brottkan, fog. Verein 3,64; Bez. Oberlangensielau Wahlz. zurück 1000,—; Berlin, W. 50 Z. 30,—; London, R. D. 3. R.-W. 20,20. 7. Camstadt-Ludwigsb. 2. Du. 1008,47; Pippstadt-Grillen 1. u. 2. Du. 25,15; Vergheim-Eusfirchen 2. Du. 16,—; 17. hannov. Kr. 2. Du. 1313,13. 8. Hannover 4000,—; Heiligenstadt-Worbis 2. Du. 4,—; Brenzlau-Angermünde 2. Du. 78,—; 9. Ventsheim-Meynen 4,25; H. Seidelberg 20,—. 10. Konstantz, 1. bad. Kr. 2. Du. 72,54; 15. württemb. Kr. 2. Du. 3,62; Für die rote Fahne auf d. Kölner Dom 3,—; Für d. gestürzten Eugen-Richtertum-Hagen 3,—. 12. Berlin, Hiltzard 3. Deutscher Tagesztg. 25,—; Darmstadt-Gr.-Gerard 2. Du. 433,71; Solingen 2. Du. 788,97; Wodum-Gellensirchen 2. Du. 914,99. 13. W. Kr. 21 2,—; 17. württemb. Kr. 2. Du. 43,97; 16. württemb. Kr. 2. Du. 21,26; Frankfurt a. M. 2. Du. 1877,—; Wachen-Abnd 2. Du. 102,—; Wanzleben Rest 1. Du. 62,18; Osnabrück, 4. hannov. Kr. 1. u. 2. Du. 395,20; Neuwied 2. Du. 20,—. 14. Wolfenbüttel-Gelmstedt 2. Du. 151,66; Aieno-Jerlobn 2. Du. 192,94; 1. und 2. schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 396,50; Berlin, Koll. der Pa. Koch, Stahlw.-Fabr., Sebastianstr. 7, 3. R.-W. 5,—. 15. Salzweil-Garbelagen 4. Du. 1910/11 92,16; Wanzleben 2. Du. 529,12. 16. Koblenz-St. Coar 2. Du. u. Rest v. 1. Du. 57,60; Mainz-Opfenheim 1. u. 2. Du. 600,—. 17. Schaumburg-Lippe 1. u. 2. Du. 113,65; Minden-Lübbecke 1. u. 2. Du. 301,08; Celle, 14. hannov. Kr. 1. u. 2. Du. 575,70. 19. Eiberfeld-Warmen 2. Du. 1200,—; Götta 600,—; Köln 2. Du. 1200,—; R. W. 2949,—. 20. Lippe 1. u. 2. Du. 283,25; Jyehoe, 5. schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 478,88; Berlin, Unterf.-Verein d. Mellerarb. d. Brauerei Engelhardt 70,—; Berlin f. Vinnenschiffer 27,90; Wittenberge f. Vinnenschiffer 2,95; Brandenburg a. S. f. Vinnenschiffer 1,40; Spandau f. Vinnenschiffer 3,90; Berlin, Ueberich v. Jubiläum d. Stereotypente u. Galvanoplastiker d. Pa. Illstein u. Co. 3. R.-W. 43,95. 21. Greiz-Kreuz d. L. Ueberich v. Wahlz. 119,95; Berlin, Dr. 2. R. 100,—. 22. Limbach-Mittweida 1. u. 2. Du. 1217,44; Mühlhausen-Langensalza 2. Du. 228,90; 6. medl. Kreis 2. Du. 168,15; Preisch-Lörrach 2. Du. 66,52; Berlin G. 2. u. 3. R. 50,—; Kranzüberich d. Fischl. Weiz Nachf., Schöneberg 4,60. 23. Bonn-Rheinbach 2. Du. 74,—; Bez. Rh. II. Wahlz. zurück 1000,—; 4. sächs. Kr. a. Konto 2000,—. 24. Gebweiler, 4. eif.-lothr. Kr. 1. u. 2. Du. 31,94; 24. bad. Kr. 2. Du. 1055,40; 24. bad. Kr. 2. Du. 1412,94; Dortmund-Hörde 1. u. 2. Du. 2861,74; Wolmirstedt-Neubaldensirben 2. Du. 396,16; 2. bad. Kr. 2. Du. 92,25; W. P. Kr. 100,—; Reichen, 7. sächs. Kr. 1. u. 2. Du. 2170,—. 27. Lörrach-Breisach Rest 2. Du. —,80; Racheles 10,—; 21. sächs. Kr. 2. Du. u. Rest v. 1. Du. 682,86; 3. R., Steinstraße 1,—; Berlin, Kontobucharbeiter v. Webbing 5,—; Heizen, 15. hannov. Kr. 1. u. 2. Du. 197,80; Ehlingen 2. Du. 606,06; R.-Gladbach 2. Du. 111,08. 29. Berlin, R. W. u. H. 2,—; Berlin „Meße“-Schlachtenlee 10,—; Cleve-Welbern 2. Du. 16,64; Berlin, gesammelt im Papenhofer, Prinzenstraße 15 1,70; Berlin, Knabe 3,—; Duisburg-Mülheim 2. Du. 880,28; 13. württemb. Kr. 2. Du. 31,08; Offenbach-Dieburg 1. Du. 1178,89; P. 2., Bern 50,—; 19. sächs. Kr. 1000,—; Weipr. f. 13 Kreise 2. Du. (Eibing-Karlsruhe) 109,66; Danzig-Land 92,33; Danzig-Stadt 302,06; Neustadt-Nordhaus 5,—; Verent-Stargard 2,20; Stuhm-Rosentorber 14,37; Rosenburg-Abbau 2,52; Graudenz-Kraushagen 34,64; Thorn-Kulm 14,61; Schweg 3,—; Konig-Ludol 4,20; Schlochau-Platow 6,10; Deutsch-Strome 19,52; Summa 604,21; Schoppeheim-Waldheim 62,14; Bez. Ditzingen, 17 Kreise 1. Halbjahr 1911/12 (Königsberg-Stadt) 1172,93; Königsberg-Land 303,35; Zittau-Riedering 122,60; Labiau-Deblau 103,99; Gumbinnen-Insterburg 69,—; Remel-Hehdefrug 59,87; Raguit-Pillkallen 45,00; Rastenburg-Friedland 43,85; Diepke-Lnd 35,37; Osterode-Neiden-

burg 14,40; Braunsberg-Heilsberg 8,52; Einzelmitglieder in sechs Kreisen 20,67; Summa 2000,03; Berlin, R. W. 2,—; Berlin, H. 3. 50,—; Hennig, Argentinien 5,—; Groß-Berlin-a Konto seiner 8 Kreise 15 000,—; darunter: Bauarbeiter 15,—, Alexand. F. 6,—, Sechsterklasse d. Tischlerei Stabenow, Wilmsstraße 15,—, Ueberich d. Großschiffbau u. Sejmashinbau d. Arb. v. Schwarztopf, Scheringstraße 50,—, Dr. Oskar Lohn 6,—, Sparverein Halbe Markt 5,—, d. Vogel 1,—, Kranzpende d. Arb. d. Pa. Kappler 4,—, Silbersteifer Meder 5,75, Ruy d. Parte 10,—, Möbelgeschäft D. Pichl 10,—, Bodderfest d. Gorn 2,85, Höpner 4,—, Kranzüberich d. Arb. d. Tuchweberei Abt. Ulrich, Höpner 29,85, A. V. Müller 1,—, Zur Erläuterung d. Frauenwahlrechts 1,—, Ueberich d. Kranzpende d. Frau Heher 14,40, Liste 2366 18,45, darunter 14,— v. Berl. d. Pa. Rauer u. Dimmid infk. 3,— a. d. Sechsterklasse. Arb. d. Werkstatt Reich u. Co. 10,—, gef. b. Arbeiter Boeker 10,—, Arb. d. Möbelfabrik Hans Raffner 10,—, gef. v. d. Stammgästen d. Strammen Hund 10,—, Sechsterklasse d. Verbandsmitgl. Buchdruckerei Reinhold Kühne 5,—, Sechsterklasse d. Pa. Rager u. Urban 3,—, Ueberich d. Kranzpende d. Veri.-Berl. Stadtbrauerei 4,90. B. d. Arb. u. Arbeiterinnen d. Elektro-mechanischen Industrie, Chausseestraße 42 28,60. Gutenberg 29,50. Ueberich d. Großschiffbau d. R. G. Abt. d. W. R. R. Moabit, d. Bendt 40,—, Zellerfammlungen i. d. Frauenver. A. 8. März: Arminballen 27,65; Viktoriafäden 28,27; Reußlin 39,70; Moabit 60,38; Königsstadt 89,05; Konfordiasäe 84,35; Nichtenberg 40,37.

Verichtigung. In der vorigen Abrechnung muß es heißen: Von den Kassenmitgliedern der „Deutschen Tageszeitung“ 1.—4. Rate, statt 27,85 30,95.

Berlin, den 13. März 1912.  
Für den Parteivorstand:  
J. B. Otto Braun, Lindenstr. 8.  
Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 8, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und erlauben daher dringend, alle Geldsendungen mittels Postkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Posthalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Postkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Reichstag.

25. Sitzung. Mittwoch, den 18. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.  
Drei schleunige Anträge der Polen, Sozialdemokraten und Freisinnigen wegen Einstellung von Privatklagenverfahren gegen die Abgeordneten Komski (Pole), Baudert (Soz.) und eines Strafverfahrens gegen den Abg. Struwe (Sp.) für die Dauer der Session werden debattelos angenommen.

Die Interpellation des Zentrums wegen des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wird, wie Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt, am Donnerstag beantwortet werden.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1911.

Abg. Röllmann (Soz.):  
Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Es handelt sich hier um den Besoldungsetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. In der betreffenden Denkschrift heißt es: „Ein Begriff in der Organisation der Reichsversicherungsanstalt würde nicht nur die gesamten Verwaltungskosten wesentlich steigern, sondern kann auch für die Entwidlung der Anstalt verhängnisvoll werden.“ Solche Fehler können aber sehr leicht eintreten, so lange die im Gesetz vorgesehene nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums noch nicht bestimmt sind. Es soll die ganze Organisation jetzt von den Beamten des Direktoriums vorbereitet werden. Dabei kommen aber eine ganze Reihe von Fragen in Betracht, bei denen die Mitwirkung des Laienelements notwendig ist, z. B. die Durchführung des Heilverfahrens, die Errichtung von Heilstätten usw. Ferner ist bestimmt, daß das Direktorium arbeiten soll nach einer

Geschäftsordnung, die der Reichsminister erläßt, und zwar nach Anhörung des Verwaltungsrates. Solange aber kein Verwaltungsrat da ist, kann er ihn nicht anhören, also auch keine Geschäftsordnung erlassen. Es müßten also zunächst die Vertrauensmänner gewählt werden, damit sie den Verwaltungsrat und dieser die nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums wählen kann. Nach dieser Denkschrift aber soll eigentlich alles, was gemacht werden soll, vorher gemacht werden, ehe die nicht beamteten Mitglieder da sind, und da vom grünen Tisch aus in der Regel die Sachen so gemacht werden, wie es nicht richtig ist, wird das vollständige Direktorium dann die große Arbeit haben, alles von neuem aufzubauen. Man sollte also versuchen, eine Form zu finden, welche diese Fehler ausbügelt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Casper: Herr Röllmann hat auf eine Reihe Aufgaben hingewiesen, die allerdings erfüllt sein müssen, bevor die Anstalt in vollem Umfange in Funktion treten kann. Aber all diese Aufgaben setzen voraus, daß erst einmal eine Organisation geschaffen werden muß, und lediglich die Einleitung dazu handelt es sich hier. Es müssen Beamte da sein, die den Wahlaustruf zur Wahl der Vertrauensmänner erlassen, die Wahlen betätigen usw. Alle weiteren Aufgaben der Verwaltung, die Herr Röllmann erwähnt, wie das Heilverfahren usw., kommen jetzt noch nicht in Betracht.

Abg. Bassermann (natl.) widerspricht dem Antrage auf Kommissionsberatung. Es sei notwendig, daß die Beamten zur Vorbereitung der ganzen Organisation so bald als möglich in Tätigkeit treten.

Abg. Dr. Schäfer (Z.) schließt sich dem Vordrucker an.

Abg. Röllmann (Soz.):  
Was mich stutzig gemacht hat, ist eine Bemerkung auf Seite 7 der Denkschrift, wonach der jetzt zu schaffende Apparat ebenso funktionieren soll, als ob das Gesetz schon viele Jahre hindurch bestanden hätte. Daraus konnte man schließen, daß die Regierung ihrer ursprünglichen Absicht gemäß, entgegen dem Beschluß des Reichstags, nun doch alles ohne die nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums machen wollte.

Abg. Graf Westarp (L.) hält ebenfalls eine Kommissionsberatung für überflüssig.

Der Antrag Röllmann wird zurückgezogen, der Entwurf wird genehmigt.

Etat des Reichsamts des Innern.

10. Tag.  
In den Etat sind 150 000 M. zur Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft eingestellt. Die Budgetkommission hat auf Antrag des Zentrums eine Resolution angenommen, die einen Ergänzungsetat mit großen Mitteln zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche unter wirksamer Bekämpfung ihres Erregers fordert. Es sollen Stipendien an Institute und geeignete Privatpersonen und eine große Prämie dem Entdecker des Seuchenregers und des Heilmittels gewährt werden.

Eine weitere Resolution des Zentrums verlangt die Uebernahme der Kosten der Seuchenbekämpfung auf den Staat; die Entschädigungen sollen nach verschiedenen Richtungen ausgedehnt und Steuernachlässe gewährt werden. In derselben Richtung bewegt sich eine Resolution der Polen. Die Nationalliberalen fordern, daß in einem Nachtragsetat genügende Mittel für die wissenschaftliche Erforschung der Seuche und ihre Bekämpfung auch zur Unterstützung von Privatforschern zur Verfügung gestellt werden; daß in Fällen des ersten Ausbrechens der Seuche die Tötung der betroffenen Viehbestände durch Gewährung von Entschädigung ermöglicht wird, und daß schließlich die Bekämpfung der Seuche einheitlich und ohne unnötige Härten durchgeführt werde unter Uebernahme der Kosten für tierärztliche Untersuchungen und Atteste auf die Staatskasse.

Abg. Wasinger (Z.): In Niederbayern hat die Seuche nach den neuesten Nachrichten wieder weiter um sich gegriffen. Sie bedroht den deutschen Viehstapel, dessen Wert für das Mautvieh allein mit 10 Milliarden nicht zu hoch geschätzt wird. Eine Nationalpende ist für den Entdecker des Seuchenregers und für den Finder eines Heilmittels angemessen. Die Lösung für die Bekämpfung der Seuche heißt: Den Polizeistat zurück, die Hygiene vor! (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Volke (L.): Das Ausland sollte nicht besser behandelt werden als das Inland. An der Grenze muß es heißen: entweder Quarantäne oder binnen 24 Stunden abhauen, sonst wird

Nicht eine fast abgöttische Verehrung bei seinen Zeitgenossen gesichert haben. Wie dem auch sein mag, die Sonnenfinsternis des Jahres vom Jahre 695 kann nicht die erste gewesen sein, die von Menschen bezeichnet worden ist, da ohne Zweifel schon früher in den vielen Urkunden Beweise auf einen so außerordentlichen Vorgang, der auf die Erdbewohner stets den tiefsten Eindruck macht, zu finden sein müssen. Solche Berichte sind aber spärlich. Als der älteste wird die babylonische Inschrift auf einer Tafel betrachtet, die sich in zerbrochenem Zustand im Britischen Museum befindet. Man hat die Zeit der Finsternis, auf die sie Bezug nimmt, auf den 31. Juli des Jahres 1662 v. Chr. verlegt. Der Astronom Dr. Nevel hat diese Annahme nimmere in den Verhandlungen der Royal Society für Sidarilla bestritten, nachdem er rückwärts alle Verfinsterungen der Sonnen zwischen den Jahren 920 und 1250 v. Chr. berechnete und nach ihren Bedingungen geprüft hat. Er ist danach zu dem Schluß gelangt, daß die Angaben der babylonischen Tafel am besten auf eine Finsternis zutreffen, die sich am 5. Juni 1217 v. Chr. zugetragen hat, und das wäre dann zweifellos die älteste Beschreibung, die sich von einer Sonnenfinsternis überhaupt erhalten hat. 3129 Jahre trennen dies Ereignis von der Finsternis, die am 17. April d. J. zu erwarten ist. Nachdem die Astronomie bisher nicht ganz sicher waren, ob diese jüngste Finsternis überhaupt irgendwo als eine vollständige oder nur als eine ringförmige erscheinen würde, ist jetzt von der Sternwarte von Madrid durch neue Rechnungen festgestellt worden, daß die Finsternis an einigen Plätzen in Spanien total sein wird, aber nur für eine Zeit von 4/5 Sekunden.

Notizen.

— Professor Amundsen. Im norwegischen Storting brachte der Abgeordnete Nil einen Antrag ein, 6000 Kronen jährlich für ein Amundsen zu übertragendes außerordentliches Professorat an der Universität zu bewilligen. Der Antrag wurde dem Budgetausschuß überwiesen. Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Regierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen einen Antrag auf Bewilligung eines Betrages für die Expedition Amundsens einzubringen, damit Amundsen in den Stand gesetzt werde, das Ziel zu erreichen, das er sich von Anfang an gesetzt habe.

— Von der Expedition Rawson. Das Schiff „Aurora“ der antarktischen Expedition Rawsons ist in Hobart (Tasmanien) angekommen, nachdem es die Expedition in der Antarktis gelandet hat. Die Expedition fand keine Spur der Rüste von Clariland; sie hatte den Eindruck, daß das sogenannte Clariland eine Eisbarriere gewesen ist, die seit der Entdeckung durch Dumont d'Urville im Jahre 1838 aufgebrochen ist.

— Was man auf Igl. Speichern findet. In dem früheren Königspalast Reccafades in Lissabon wurden wertvolle Gemälde aufgefunden, die in Kisten verpackt über hundert Jahre in einem Speicher verstaubt lagen. Es handelt sich um drei Meisterwerke Giovanni Bellinis, zwei Madonnen von vollendetem Anmut sowie ein Dogenbildnis. Zwei herrliche Tizians, ein umfangreiches Gemälde mythologischen Inhalts und ein Bildnis Kaiser Karls V. vervollständigen den Fund.

Ein Gruß an Maxim Gorki.

Heute „feiert“ Maxim Gorki, der „Verbannte“, seinen fünfzigsten Geburtstag in Italien. Obwohl es peinlich berührt, einen Glückwunsch zum fünfzigsten, sechzigsten Jahresfest öffentlich darzubringen, weil es zu den peinlichsten Angelegenheiten der bürgerlichen Presse gehört, von jedem ersten Westen aus „Kürschners deutschen Literaturkalender“ bei solcher Gelegenheit mindestens durch ein lamofes Bild in dieser oder jener illustrierten Beilage Kotz zu nehmen — hatten wir diese Woche nicht erst Herrn Richard Stowronnel, fünfzig blühende Jahre alt, vor seinem Schreibtisch mit Gewehr und Felsenschilder, und Herrn Oskar Stumenthal im niedlichen Lebensalter von sechzig Jahren: der Himmel lasse ihn zum besten der nie genug zu preisenden deutschen Literatur zweihundert Semester alt werden! — obwohl es fast kompromittierend ist, bei so vielen Vorarbeiten und Albernheiten das Wort zu nehmen, können und dürfen wir heute nicht schweigen.

Denn in unserem Fall haben wir es wirklich nicht mit dem Jubiläum eines Literaturschadeners zu tun, nicht mit einem der lächelnden, wohlbezahlten und wohlgeehrten Wörterchen der Bourgeoisie, sondern mit einem Dichter im wahren Sinne des Wortes, eines seiner Bemühung wegen aus der Heimat Vertriebenen, eines, der keine „Senation“ mehr ist — der starken, ehrliehen, unigen Ueberzeugung wegen, mit der er die bestehenden Mächte anzugreifen fortfährt. Ich lasse Maxim Gorki, der über „Glückwünsche“ erhaben ist, an diesem Tage seinen Dienst, wenn ich seine vorzüglichen Eigenschaften hervorhebe. Ihm nicht. Aber und selbst. Dieser Dichter, der sonst ein proletarischer Dichter ist, als das nur im Rahmen der heutigen Gesellschaft möglich ist, zeigt uns das klarste Bild des Tiefstandes, der nicht mehr zu bebenden Degeneration der allgemeinen „kulturellen“ Produktion. In spirituell, getrieben, getragen von der Seele des Proletariats, sein im Grunde bürgerlicher Denker, wie Tolstoi, der seinen selbstgewählten individualistischen Weg ging, zeigt er in allen seinen Worten, in seinen Romanen, Dramen und theoretischen Abhandlungen, die prächtigste „Tendenz“, die die Tendenz des neuen Lebens, die die blühende Lebensanschauung ist, die uns denkenden Sozialdemokraten lieb geworden, und die den Einflamen auf Capri durch bürgerliche Schreibtisch eisen, der abgeben, der seinen „Versprechungen nicht nachgekommen“, beiseite schieben ließ.

Es ist der Fluch unserer Zeit, daß so wenig „beiseite geschobene“ Mächte geboren werden — wie Gorki.

Ein Gorki mit seinem hellen Kopf, seiner scharfen Analyse von Ursachen und Folgen, der es nie aus dem Auge verliert, daß das Proletariat die Rettung der Zukunft ist, ein Gorki, der weniger seines Naturalismus als seiner vor nichts zurückweichenden sozialistischen Kritik wegen geliebt wird, ist von größerer, ernstlicher Bedeutung, als die ganze Phalanx kontinentaler, postender, Autogramme schreibender, sich Dichter „von Gottes Gnaden“ wählender Autoren, die heute in durchlöcherter Rettungsgürteln der „Ewigkeit“ entgegenstreben und von denen eine zweite oder dritte Generation nicht mehr reden wird.

Ramen möchte ich nicht nennen.

Und Namen nennen, wech die bekannte Entschuldig.

Aber so viel darf und muß gesagt werden, daß in ganz Deutschland kein Dichter zu dem Erwachen, zu der Lebendigkeit dieses ausgezeichneten proletarischen Dichters gekommen ist.

Sein Buch „Die Zerstörung der Persönlichkeit“, eins der besten und merkwürdigsten der letzten Jahre, beginnt mit der einfachen Erklärung:

„Das Volk ist nicht nur die Macht, die alle materiellen Werte geschaffen hat, sondern zugleich die einzige und unerschöpfliche Quelle aller geistigen Güter; ist hinsichtlich der Zeit, der Schönheit und Genialität des Schaffens der erste Philosoph und Poet, dem wir alle großen Werke der Dichtkunst, alle Tragödien und die größte unter ihnen: die Kulturgeschichte der Welt verdanken!“

Diese Erklärung ist zugleich Gorkis Glaubensbekenntnis, ein Bekenntnis, das ihm wenig Vergnügen und scheinbar wenig Freunde gebracht hat. Heute wollen wir ihm mit Wärme die Hand drücken.

Er steht noch mitten im Schaffen. Was er uns weiter befehlen wird, werden wir mit Freude begrüßen. Die auch die äußere Form sein mag, das Innerliche des proletarischen Geistes wird nie fehlen.

Den herzlichsten, aufrichtigsten Glückwunsch, Genosse Gorki! Deine Berliner „Senationszeit“ ist vorüber! Im Herzen des deutschen Proletariats beginnt Du zu leben!

Geing Sperber.

Sacré Coeur von Montmartre — ein Plagiat. Aus Paris wird uns geschrieben: Als in den Katakomben von 1871 das heilige Eigentum gestiftet hatte, beschloßen die herrschenden Meritaten, eine ungeheure Säulne- und Trupfische aufzuführen, und wählten als Platz den Hügel von Montmartre, dem Hügel, der die Geburtsstätte der Kommune gewesen war und in der blutigen Woche die Erschießung der Weisen durch diese verzweifelte Menge gesehen hatte. Vor ein paar Tagen erst ist ein Teil der Gerüste von dem noch immer nicht fertigen Bau entfernt worden und man entdeckte, daß die über der Stadt thronende Basilika — ein Plagiat ist. Das Original ist die romanisch-byzantinische Kirche Saint-Front von Périgueux. Der Architekt Abadie hat diese einfach kopiert. Es ist immerhin erstaunlich, daß die Identität der beiden Gebäude erst jetzt bekannt geworden ist; allerdings scheint der Architekt, dem nach dem Tode Abadies die Fortsetzung des Baues übertragen wurde, das Plagiat erkannt zu haben, denn er schlug dem Baukomitee verschiedene Veränderungen vor, fand aber kein Gehör. So doch die — im Auslande besonders durch Jolas „Paris“ berühmt gewordene Dutz-Zelkirche förmlich zur Satire auf die Heiligkeit des Eigentums geworden ist.

Die älteste und jüngste Sonnenfinsternis. Die Astronomen haben eifrig in den Ueberlieferungen des Altertums danach geforscht, wann zum erstenmal eine vollständige Sonnenfinsternis beobachtet worden ist. Thales von Milet, der im sechsten Jahrhundert v. Chr. lebte, wird als Erster ein solches Naturereignis vorausgesagt haben. Ob diese Angabe auf Wahrheit beruht, läßt sich nicht immer feststellen. Eine solche Zeit würde für damalige Zeiten eine ungeheure Leistung bedeuten, und ihrem Urheber mit

die Seuche immer wieder eingeschleppt. Hoffentlich wird mit dem Inkrafttreten des neuen Viehseuchengesetzes — am 1. April, aber das erreicht noch nicht sicher — von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, wenn eine Seuche noch nicht weit verbreitet ist, durch Abschaltung des Viehs den Seuchenherd auf einen kleinen Kreis zu beschränken.

Abg. Wamhoff (natl.): Es ist schon viel geschrieben und gesprochen worden über die Maul- und Klauenseuche. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus haben wir diese Materie eingehend erörtert. Wir haben es mit Freude begrüßt, daß in Preußen erhebliche Mittel eingesetzt worden sind zur Erforschung der Erreger der Maul- und Klauenseuche. Wenig wirksam sind die Sperremaßnahmen in ihrer jetzigen Form. Bei allen polizeilichen Maßnahmen müssen auch sachverständige Laien gehört werden. (Bravo!)

Abg. Wund (Sp.): Selbst die strengsten Sperremaßnahmen haben in der Bekämpfung dieser Seuche keinen Erfolg gehabt; sie konnte dadurch nur in der Ausbreitung aufgehalten, aber niemals beseitigt werden. Die Vereinfachung von Reisedokumenten zur wissenschaftlichen Erforschung der Seuche wünschen auch wir. Die Notwendigkeit eines strengen Grenzschutzes gegen die Gefahr der Einschleppung der Seuche erkennen auch meine Freunde durchaus an. (Hört! hört! rechts.) Der durch die Seuche verursachte Schaden für die Volkswirtschaft ist auf mehrere Millionen zu beziffern. Bei den Sperremaßnahmen dürfen die Wirtschaftsinteressen der Betroffenen und die Verkehrsinteressen nicht vernachlässigt werden. (Sehr richtig! links.) So hat man in einem Beobachtungsgebiet sogar verboten, daß die Kuh zum Wullen geführt wurde. (Hört! hört! und Weiterkeit.) Die Beobachtungsgebiete werden heute viel zu groß genannt. Es müssen sachverständige Laien bei der Bekämpfung der Seuche gehört werden. Leider wurde ein dahingehender Antrag meiner Freunde feinerzeit bei der Beratung des Reichsviehseuchengesetzes abgelehnt. Inzwischen ist die Regierung und der Reichstag wohl durch Schaden klug geworden. Wir haben eine Resolution eingebracht, die die von mir aufgestellten Forderungen enthält und sich in der Entschädigungsfrage mit den anderen Resolutionen deckt. (Bravo! links.)

Inzwischen ist folgende Resolution Albrecht (Soz.) eingegangen:

Die Regierung wolle einen Gesetzentwurf einbringen, durch den die obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen durchgeführt wird.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Solche Auseinandersetzungen über die Maul- und Klauenseuche haben wir in den letzten acht Jahren gering gerechnet 20 bis 25 mal gehabt. Es zeigt sich hier, daß der Reichstag in der Tat eine Halle der Wiederholungen ist. (Weiterkeit.) Ich will darauf verzichten, zu den allen Klagen und Forderungen neue vorzubringen, ich will nur auf den merkwürdigen Umstand hinweisen, daß früher immer geklagt wurde über die Maul- und Klauenseuche und jetzt mehr über die Behörden und ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche. Ich bin feinerzeit gewiß nicht zurückhaltend gewesen in meinen Angriffen gegenüber den Vertretern der Regierung, namentlich in der Viehseuchenkommmission, muß aber doch gestehen, daß jetzt Vorwürfe erhoben werden, die zum großen Teil unberechtigt sind. Wenn einmal ein Gesetz gemacht wird und man hat monatelang in der Kommission beraten und alle möglichen Klagen vorgetragen, wie wir damals, und es wird dann beschlossen, entgegen den Klagen der Oppositionsredner, das alles im Gesetz hineinbringen, dann haben die Herren, die damals dafür gestimmt haben, kein Recht, hier nach auf die Regierung zu schimpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einig sind wir und alle darin, daß die Maul- und Klauenseuche ruiniös wirkt, daß namentlich die Viehzüchter außerordentlich schwer geschädigt werden, und wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft wie bisher alles bewilligen, was geeignet ist, die Seuche zu erforschen und zu bekämpfen. Aber wir werden auch in Zukunft alles ablehnen, was nicht im direkten Zusammenhang mit der Bekämpfung der Seuche steht, jede Verzerrung mit rein wirtschaftlichen Forderungen. Deshalb haben wir auch gegen das Viehseuchengesetz gestimmt, weil man Dinge hineingebracht hat, die mit der Seuchenbekämpfung nichts zu tun haben. Eine Hauptfrage ist die ausreichende Entschädigung der durch die Seuche geschädigten Viehzüchter. Deshalb haben wir einen alten Antrag von uns, der sonst später zur Beratung gekommen wäre, bei dieser Gelegenheit in eine Resolution verwandelt, den Antrag auf Einführung einer obligatorischen Seuchenversicherung, und ich hoffe, daß Sie die Resolution einstimmig annehmen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Klose (Z.) erkundigt das Einverständnis seiner Freunde mit den Resolutionen.

Geheimrat v. Jonquière: Die Stellung der Regierung zu der Resolution der Kommission, gegen die gewisse Bedenken bestehen, muß ich vorbehalten. Eine Änderung in den Bestimmungen über die Entschädigungsfrage ist ausgeschlossen. Auf die wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen ist in den Ausführungsbestimmungen nach Möglichkeit Rücksicht genommen, nachdem die Interessenten ausgiebig gehört worden sind. Für den Sommer, den Eintritt der Weideweide, sind im vorigen Jahre und werden auch diesmal wieder Ausnahmen von den strengen Vorschriften, die für den Winter gelten, gestattet werden. — Das Viehseuchengesetz und die Ausführungsbestimmungen werden hoffentlich mit Eintritt des Frühjahres in Kraft treten können. Weiteres ist infolge der bisherigen Bekämpfung die Zahl der verzeichneten Befälle erheblich zurückgegangen. Die notwendigen Opfer sollten von den betroffenen Viehzüchtern in ihrem eigenen und dem Interesse der Allgemeinheit getragen werden.

Abg. Althorn (Sp.): Schlimmer als von der Seuche werden die Viehzüchter von den unklugen Maßnahmen der Behörden betroffen. Eine Kuh wurde innerhalb acht Tagen viermal untersucht und viermal gesund befunden. Kostenpunkt 40 M. — arme Kuh, armer Besitzer! (Hört! hört! und Weiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Hed (natl.), Behrend (natl.), Werner (natl.), Graf Dopperdorff (S. L. Fr.) Wallenkorn (Z.), Dr. Bell (Z.), v. Morawski (Soz.) schließt die Debatte.

Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, die Resolution Albrecht (Soz.) gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen.

Es folgt das Kapitel Reichsschulkommission.

Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) und Genossen vor auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Reichsschulkommission zu einem selbstständigen Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Reiches ausbaut.

Abg. Schulz (Soz.):

Nachdem sich das hohe Haus in stundenlangen Debatten um das Wohl der deutschen Kinder bemüht hat, glaube ich Gewissheit dafür voraussetzen zu dürfen, daß wir uns auch ein wenig dem körperlichen und geistigen Wohl der deutschen Kinder widmen. (Weiterkeit.) Geunde Mäuler und Klauer für das deutsche Kind sind gewiß wichtig, aber für die wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des deutschen Volkes ist es auch von großer Wichtigkeit, daß die heranwachsende Generation gesund an Haupt und Gliedern ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die Reichsschulkommission ist die wichtigste Summe von 6500 M. im Milliardenetat ausgeworfen. Der Name dieser Institution läßt alle klünnen Vermutungen zu. In der Tat hat die Reichsschulkommission keine andere Aufgabe, als die Vorbedingungen für die Zulassung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu kontrollieren. Ihr Vorkühler wird entziehen aus dem Reichsamt für Heilwesen, das mit dem Armenwesen zu tun hat. Welche Beziehungen zwischen diesen beiden Materien bestehen, weiß ich nicht. Nur ein Urteil hat die Institution, sie gibt den

### Kausalzusammenhang zwischen Schule und Heer

unumwunden zu und führt zu der Erkenntnis, daß das Schulwesen vom Standpunkt der Wehrhaftigkeit aus Reichsgröße ist, daß ein gutes Schulwesen auch Voraussetzung eines guten Heerwesens ist. Das Einjährig-Freiwilligen-Privileg selbst ist ein Hohn auf jede vernünftige Schulorganisation. Redner gibt einen ausführlichen historischen Überblick über die Entstehung und Erweiterung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs. Ein Gesetz, das die Vorbedingungen zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst regelt, wurde schon 1874 beschlossen; erst 1908 erklärte die Militärverwaltung, daß die gesetzliche Regelung nicht zweckmäßig sei, es sollen jetzt auf anderem Wege gewisse Erleichterungen geschaffen werden, auch Kunstgewerbetreibender usw. sollen die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst erlangen können.

Wir fordern die Abschaffung dieses ganzen verbitternden Privilegs. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Mitglieder der Reichsschulkommission müßten als Schulmänner selbst angeben, daß es für die Zwecke der Landesverteidigung wertlos und für die Schulverhältnisse geradezu von vernichtender Wirkung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst der frühere Kultusminister v. Goltz hat 1890 anerkannt, daß das Einjährig-Freiwilligen-Berechtigungsprivileg ein wesentliches Hemmnis einer geistlichen Entwicklung unseres höheren Schulwesens ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jahr für Jahr werden Tausende von Schülern nur wegen des Berechtigungsprivilegs auf eine falsche Ausbildung bisset und bringen die schönsten Jahre mit Dingen zu, die sie im späteren Leben gar nicht gebrauchen können. Eine Anzahl Schüler werden in den Schulen nur mitgeschleppt, um den Berechtigungschein zu erlösen und erlehren damit den ganzen Schulbetrieb. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese jungen Leute sind in der Schule meistens die schlechtesten, aber nachher beim Militär, wenn der Befehl des Vaters genügend groß ist, die hochnützlichsten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In kleineren Orten führt dies Berechtigungsprivileg geradezu zu einer Demoralisation der Lehrer,

indem die Väter zurückgebliebener Söhne diesen hochbezahlten Unterricht und Pension bei den Lehrern verschaffen, damit sie ja nur den Einjährig-Berechtigungschein erhalten.

Nach einer Statistik der „Königlichen Volksschule“ besuchen von 212 000 Schülern der höheren Lehranstalten 112 000 die Anstalt nur, um das Einjährigengzeugnis zu erhalten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und von diesen 112 000 erlangen nur 57 000 das Ziel, die übrigen 55 000 haben ihre Kräfte ganz nutzlos vergeudet. In welcher Weise dies die Jünglinge schädigt, das werden ja vielleicht manche hier im Hause wissen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Dertel, den wir hier im Hause sehen, hat einmal in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt, die Einrichtung habe sich nur einmal eingelebt und ihre Abschaffung würde für die Kreise des höheren Mittelstandes eine schier unerträgliche Härte bedeuten. Wenn man aber berücksichtigt, daß nur 5 Prozent der Kinder eine höhere Schule besuchen und sich dann die eben wiedergegebenen Zahlen der „Königlichen Volksschule“ überlegt, so muß man doch fragen, wie groß denn die Härte sein würde, für die die Abschaffung schier unerträglich sein würde. Herr Dr. Dertel war ja früher selbst Lehrer und versteht deshalb die pädagogischen Verhältnisse des heutigen Systems nicht. Er will sie dadurch beseitigen, daß nur derjenige, der eine neunklässige Schule durchgemacht hat, die Berechtigung erlangen soll. Referent-offizier zu werden. Damit würde Herr Dr. Dertel

### Zwei Klassen von Einjährigen

schaffen. Die einen mit, die anderen ohne die Möglichkeit, Reserveoffiziere zu werden. Vor allem aber würde der Monopolcharakter einzelner Schulen dadurch noch verstärkt werden. (Widerpruch des Abg. Dr. Dertel.) Man kann nie wissen, für welche Art höherer Schule sich ein kleiner Anabe eignet.

Der Vorschlag, auch Teile des Handwerkerstandes mit dem Einjährigenprivileg zu beglücken, ist ganz verfehlt. Wenn Kunstgewerbetler, Fachschüler usw. die Berechtigung erhalten würden, so können sie dies Privileg doch zum großen Teil wegen des Mangels an Mitteln nicht ausnützen, oder aber der Vater würde mit Mühe und Not sich das Geld für den Einjährigendienst seines Sohnes zusammensparen, während er sein Geld anderweitig viel besser anwenden könnte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn überhaupt wegen besserer Bildung eine vorzeitige Entlassung aus dem Militärdienst stattfinden kann, so dürfte doch nur die militärische Bildung in Frage kommen. Auch von konservativer Seite ist bestätigt worden, daß manche Einjährige heute sich von den Volksschülern nicht gerade zu ihrem Vorteil unterscheiden. Die Einjährigen spielen nicht immer gerade im Dienste die besonders heldenhaften Rollen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie verdrängen häufig die Front. (Erneute Weiterkeit.) Abg. Dr. Dertel widerspricht. Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Selbst manche Reserveoffiziere bilden im Dienst eine dauernde Quelle des Amusements, ich will natürlich nicht vom Durchschnitte sprechen. Aber ich glaube sogar, daß mancher aktive Offizier sehr froh ist, wenn er bei den Heildienstübungen einen intelligenten Sergeanten hinter sich hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will natürlich durchaus nicht verallgemeinern, ich nehme sogar sämtliche Mitglieder dieses hohen Hauses an. (Weiterkeit.) Ich nehme an, daß Sie bei allen militärischen Hebelungen Ihre Rolle glänzend gespielt haben. (Erneute Weiterkeit.) Aber das Einjährigenprivileg muß als ein völlig mangelhafter Versuch bezeichnet werden, Schul- und Militärdienst mit einander zu verquicken. Wenn aber wirklich bessere Schulen eine Verklärung der Militärdienst ermöglichen sollten, dann sollte man bessere Schulen, etwa höhere Gewerbeschulen, oder Oberrealschulen allgemein errichten und allen Kindern dann die Wohltat des Einjährigendienstes zukommen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann könnten wir das ganze zweite Jahr abschaffen; wir schlagen dann zwei Fliegen mit einer Klappe, bekommen auf einmal bessere Soldaten und bessere Schulen, bekommen lauter Männer, die den Marschallshut im Tornister tragen. (Weiterkeit.)

Nun wird uns gesagt, die Reichsschulkommission sei keine Verwaltungsbehörde, sondern nur ein beratendes Organ, das in gewissen Fällen über die höheren Schulen gehört wird. Als im Jahre 1902 mein Parteifreund Herzfeld die medienburgischen Schulverhältnisse bei diesem Titel zur Sprache brachte und ein Schreiben des Reichs forderte, da erklärte unser jetziger Kollege Graf Posadowsky, damals noch Staatssekretär, die Regierung könne der Herzfeldschen Anregung nicht Folge leisten. Er führte aus, die Reichsschulkommission sei eine Behörde für die angelegten Zwecke der Begutachtung. Wollte man ihre Kompetenz auf das Volksschulwesen ausdehnen, so würde das eine Erweiterung und Veränderung des Artikels 4 der Reichsverfassung bedingen. Er glaubte nicht, daß die Verbündeten Regierungen bereit wären, ein so wichtiges Gebiet der Souveränität den Einzelstaaten zu entziehen. Aber hat man sich denn wirklich immer in der Reichsschulkommission an die engen Schranken gehalten? Gewiß nicht. Man ist über diese Schranken weit hinausgegangen, allerdings dann nicht, wenn es sich um die Interessen der breiten Massen des Volkes handelte. Wohl aber hat man die Kompetenz überschritten, als es galt, eine deutsche Rechtschreibung zu schaffen.

Wie oft im Reichstage hat man ferner bei diesem Titel über das Berechtigungsprivileg gesprochen! Gerade Herr Dr. Dertel hat ja darüber bei diesem Titel mit besonderem Vergnügen gesprochen. Einmal hat Dr. Dertel gesagt: Rechtschreibung! Da hebt sich das alte Schulmeisterherz. (Weiterkeit.) Das alte Schulmeisterherz muß doch jetzt ebenso stark klopfen, wie das agrarische Herz vorhin bei den Debatten über Maul- und Klauenseuche. (Weiterkeit.) Wir ziehen aus den vorhergegangenen Bildungsdebatten den Schluß, daß alle Parteien das Bedürfnis haben, jetzt über Schul- und Erziehungsfragen zu reden. Die Sozialdemokraten möchten gern ständig Gelegenheit haben, dieses Gebiet zur Sprache zu bringen und

berlangen deshalb, daß die Reichsschulkommission ausgebaut werde zu einem Reichsamt. Das ist nicht neu.

Abg. Eichhoff hat es schon früher angeregt; ebenso auch Schulmänner und Korporationen außerhalb des Hauses. Zum Beispiel hat der Deutsche Lehrerverein die Forderung eines Reichsamtes für Volksbildung ebenfalls erhoben. Doch ist diese Frage im Reichstage nicht in geeigneter Weise gefördert worden. Unter Antrag bietet Ihnen jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob Sie ihr näherzutreten wollen. Das Reich hat die Kompetenz zu einer solchen Regelung. Das Reichsamt für Volksbildung gehört ja auch nicht gerade zu den Materien, die in der Reichsverfassung ausdrücklich genannt sind. Ich bin der Meinung, daß für die Schulfrage die Kompetenz der Einzelstaaten kein Hindernis sein darf. Schon jetzt ist das Schulberechtigungswesen durch Reichsbestimmungen geregelt. § 130 der Gewerbeordnung legt den Unternehmern die Verpflichtung auf, Arbeitern unter 18 Jahren für den Besuch der Fortbildungsschulen die nötige Zeit freizugeben; auch das ist reichsgesetzlich geregelt. Alle solche Ausnahmen gehören in das Arbeitsgebiet eines Reichsschulamtes. Das Reich hat die Verpflichtung, Einsicht zu nehmen in die Schulverhältnisse der Einzelstaaten, um dringenden Bedürfnissen abzuhelfen.

Das deutsche Schulwesen ist lange nicht mehr in der Welt voran.

Eine Einheitlichkeit, wie wir sie wünschen, wäre keineswegs eine Uniformierung, auch nicht eine Unterbindung der Selbstverwaltung; im Gegenteil, diese wird erst möglich durch einheitliche Schulbestimmungen für das Reich. Jetzt haben wir eine Punkt-zu-Punkt der Bestimmungen ohne Sinn und Verstand, allein durch den Zufall der Ministerien. Wir sind es der werdenden Generation schuldig, daß nicht viele Intelligenzen zugrunde gehen, weil sie der rückständigen Schule eines Einzelstaates unterliegen. Ein Reichsschulamt wäre auch verpflichtet, Minimalbildungsbedingungen aufzustellen.

Wir wollen keine Schraube für die geistige Entwicklung nach oben, aber wir wollen verhindern, daß Intelligenzen, die das deutsche Volk sehr gut verwerten könnte, verkümmern. Das ist eine im wahren Sinne des Wortes patriotische Forderung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung der heranwachsenden Generation ist das Beste, was wir leisten können im Interesse der Landesverteidigung. Die Ausarbeitung eines solchen Bildungsminimum wäre eine der wichtigsten Aufgaben dieses Reichsamtes. Weiter hätte es vorzubereiten eine Reform der Schulorganisation an Haupt und Gliedern, die Vereinheitlichung des Schulwesens, von unten auf bis zur Hochschule. Wertvolle Vorarbeiten könnte es auch leisten für die

### Bewertung der Schule

Die Schule hat mit der Religion innerlich nichts zu tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen niemand seine Religion rauben, aber wir verbittern uns die Vergewaltigung unserer religiösen oder auch nicht religiösen Anschauungen durch Staat und Kirche. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ferner muß das Schulwesen unentgeltlich gemacht werden. Auch über den inneren Schulbetrieb hätte das Reichsschulamt Untersuchungen anzustellen und die gewonnenen Resultate den Einzelstaaten zur Kenntnis zu geben. Es hätte das Problem der Arbeitserziehung zu bearbeiten. Dies Problem ist nicht erledigt durch den bloßen Arbeitsunterricht und Schulversitäten, es dürfen damit überhaupt nicht nur bestimmte utilitaristische Zwecke verfolgt werden. Mit der Arbeitserziehung tritt ein ganz neues Prinzip in die Pädagogik ein, das seinen Ursprung in der wirtschaftlichen Entwicklung hat. Arbeitserziehung und wissenschaftlicher Sozialismus sind an demselben Tage und aus demselben Urquell geboren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist notwendig die Schaffung einer Reichsschulstatistik. Das Reichsschulamt muß in enger Fühlung mit der Statistik stehen; darum wäre ihm anzugliedern ein Reichsschulrat, bestehend aus Männern des praktischen Lebens. Seine Hauptaufgabe wäre die Vorbereitung eines Reichsschulgesetzes, wodurch es zu einem Reichsunterrichtsministerium werden würde. Das alles kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, aber die Schwierigkeiten scheiden uns nicht. Eine Reichsschulgesetzgebung, wie wir sie wünschen, wird erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß jeder Deutsche mit Stolz sagen kann: ich bin ein deutscher Bürger. Herr Dr. Pfeiffer hat unlich Gutes, Epimendes Erwaagen“ gürert. Ich möchte daraus folgende Worte anführen:

Wenn du einer „Kortwärts“ rufst,  
Gleich sind alle hinterdrein  
Und so geht es abgetuelt,  
Stark und schwach und groß und klein,  
Ninon! — Erwartet! — Ninon!  
Und das große, das Werk ist getan

Wir folgen dem Beispiel eines großen Zankers, des Fürsten Bismarck, der angesichts der Schwierigkeiten, denen die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen Begegnete, sagte:

Wir werden im Bewußtsein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht erschrecken und unmutig werden, weil es der Ueberzeugung hin, daß, wenn ein an und für sich richtiger Geant sich einmal der Öffentlichkeit bemächtigt, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden kann und wird, als bis er sich verwirklicht hat.“

In diesem Sinne werden wir nicht ruhen und rasten, bis durch ein Reichsschulgesetz in unserem Sinne Deutschlands innere Einheit und Wehrhaftigkeit nach außen gesichert ist, auf die Gefahr hin, daß Sie uns mit vermehrter Energie Vaterlandslose und Reichsfeinde schelten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr (vorher Interpellation über den Bergarbeiterstreik).  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung. Mittwoch, den 13. März,  
nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Beseler.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen, die Änderung von Amtsgerichtsbezirken betreffend, wird debattelos erledigt.

### Der Etat des Landtages.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Im vorigen Jahre war u. a. darauf hingewiesen worden, in wie ungeheurer Weise der Etat des Herrenhauses belastet wird durch die Kosten des stenographischen Berichts. Wir haben ja diesmal wenigstens die Freude erlebt, daß von diesem Titel ein Betrag von 5000 M. abgetrieben ist. Das ist wenigstens etwas, wenn auch nicht viel. Diesmal hat die Jams von einem angebrochenen Streik der Stenographen im Herrenhause erzählt. Das wäre ja entsetzlich, wenn wir nicht mehr erfahren würden, was die „hohen Herren“ dort reden, wenn das treue patriotische Herz die Freiheit hochspricht läßt, wie es gestern geschehen ist. (Weiterkeit.) Für die Schanddame ist eine W. schallumme von 300 M. freigelegt. Das ist ja für 10–20 Sitzungen eine Summe, gegen die man nicht sagen kann. So weit mir bekannt ist, werden die Damen aber nicht direkt, sondern durch Vermittlung eines Bureaus angestellt und der Unternehmer stellt den Löwenanteil der Summe ein. Man sollte doch dazu übergehen, die Damen direkt anzustellen. Dafür müßten auch die Herren von der Rechten zu haben sein, die ja im Submissionswesen auch die direkte Heranziehung der Handwerker fordern.

Nun sollen sich im

### Herrenhaus

Dinge abgepielt haben, die, wenn auch nur der zehnte Teil davon zutrifft, geradezu skandalös wären. Ich bitte, diese Dinge

zu unterlegen und die Nebelstände abzustellen. Wir hätten diese Angelegenheiten ja lieber in der Budgetkommission zur Sprache gebracht. Wir finden ja aber, obwohl wir 800 000 Wähler hinter uns haben, als stärkste Partei in der Budgetkommission keinen Platz. Nach der vorjährigen Etatsberatung sind uns Dinge zu Ohren gekommen, die ein sofortiges Eingreifen notwendig machen. Der Präsident des Herrenhauses und die Regierung werden ja hoffentlich keinen Tisch machen. Wir hoffen, daß der neue Präsident dazu mehr Gelegenheit finden wird, weil ja der verlassene Präsident mit der Sozialistenliteratur so viel zu tun hatte, daß er sich wohl um die Geschäfte des Hauses nicht in dem Maße kümmern konnte, wie es nötig war. Die beiden Rechnungsräte, die im Herrenhause eine sechsstündige Dienstzeit täglich haben, mügen diese Zeit dazu aus, um die Arbeiten für ein Staatshandbuch im Privat- und in der öffentlichen Verwaltung zu erledigen. Solche Privatarbeiten, die jedem 3000 Mark bringen sollen, gehören doch nicht in die Dienstzeit der Beamten des Herrenhauses. (Sehr richtig!) Der Kalkulator hatte bisher den größten Teil seiner Dienststunden damit verbracht, um für die Güterverwaltung des Herrn v. Manteuffel die schriftlichen Arbeiten auf Kosten der Steuerzahler zu erledigen. (Hört! hört! links.) Systemmeister, Hausinspektor, Buchbinder und sechs Boten werden in jedem Jahre 100 Tage beurlaubt, damit sie auf der Rennbahn des Unionklubs tätig sein können. Das sind im Jahre 1000 Tage, die auf Kosten des Etats von den Beamten dort in privatem Dienst verbracht werden. Bei den Frühjahrsrennen fehlen fast täglich acht bis zehn Beamte im Hause. Manchmal sind fast alle dazu beurlaubt und die Diener, die übrig bleiben, müssen dann für die zehn Verurteilten die Arbeit mitmachen.

Wir müssen ferner dagegen protestieren, daß in der Votenmeisterei von Angestellten des Herrenhauses Tausende von Staatshandbüchern nach allen Gegenden Deutschlands verschickt werden und die Kosten auch für die vielen Zentner Postpapier aus dem Etat des Herrenhauses bestreiten werden. (Hört, hört!) So ergibt sich die Verachtung der Meinung meines Freundes Leiser, daß die Herren vom Herrenhause es dringend nötig hätten, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Da drüben hat sich auch eine Fahrkartfrage abgeipelt, allerdings etwas anders als hier. Dort hat man einen Fahrstuhl zur Beförderung der Speisen nach den Festlichkeiten gebaut. Er sollte ursprünglich seinem Zweck entsprechend, zum zweiten Stock gehen. Man hat ihn dann aber durchgehört bis auf den Boden, und zwar deshalb, damit der Hausinspektor für die Unmenge von Hühnern, Tausen und Kaninchen, die er auf dem Dache hält, das Futter per Fahrstuhl heraufschaffen kann. (Hört, hört! und große Heiterkeit.) Es ist ja ein möglicher Zweck, zur Beförderung des Viehstandes im Herrenhause beizutragen. (Sehr richtig!) Aber wir meinen, es ist nicht gerätet, daß um solcher Zwecke willen der Fahrstuhl auf Kosten der Steuerzahler so viel höher gebaut wird, während man hier bedenken trägt, die notwendigsten Verbesserungen im Interesse der Abgeordneten dieses Hauses am Fahrstuhl anzubringen. Die Abgeordneten dieses Hauses, die hier bei Streitigkeiten mit der Regierung immer als die Karnikel angesehen werden, sollten wenigstens die Viehbereitigung mit den Karnikeln des Herrenhauses verlangen. (Seiterkeit.) Jedes Jahr werden sechs bis zehn Hühner Blumentöpfe nach dem Herrenhause geschickt für je 24 Mark. Davon wird für die Blumentöpfe im Hause eine Fuhre verbracht, neun bis zehn Fuhren werden aber mittels eines aus dem Etat angekauften Platanenwegs nach dem Dache geschafft, wo der Hausinspektor einen umfangreichen Gemüsegarten hat. Uns freut es gewiß, wenn der Kohl im Herrenhause gedeiht. (Seiterkeit.) Aber wir hoffen, daß um auch die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo der Engel Gabriel, der mit dem Flamenschwert den niedrig geborenen Mitgliedern dieses Hauses den Einlaß in den Herrenhausgarten verwehrt, verschwindet.

Von den 20 Reuten, die für Reinigung und Lüftung des Herrenhauses angestellt sind, werden die meisten als Viehhüter und Wärtner auf dem Dache vom Hausinspektor benutzt. Ein Wärtner baut auf Kosten des Etats massive Hühnerställe und Kaninchenställe für den Hausinspektor auf dem Dache. Das scheint uns nicht nur staatsrechtlich bedenklich, sondern auch vom Sicherheitsstandpunkt aus. So gern wir selbst dem Herrenhause aufs Dach steigen möchten (Seiterkeit), so müssen wir doch dagegen protestieren, daß

das Oberflächchen der Herren da drüben so bedenklich belastet wird. (Große Heiterkeit.) Denken Sie nur, wenn in einer wichtigen Beratung des Herrenhauses, etwa wie gestern, wo die Sozialdemokraten geschmort und geschpitzt wurden, bei überfülltem Hause das Dach herunterprasselt und die Herren mit Hühnern, Kaninchen und Kohl. (Seiterkeit.) Sie wissen ja, daß wir gern bereit sind, in dem Hause der Herren eine so gründliche Aufsicht vorzunehmen, daß der Viehmangel in diesem Hause für neue, tüchtige Sträße beboben wird. Bis wir soweit sind, müssen die Herren, in dem Hause da drüben, um ein bekanntes Wort der Konservativen anzuwenden, für Ordnung und Sauberkeit im eigenen Hause sorgen und vor der eigenen Tür kehren.

Präsident Frhr. v. Erffa: Es ist nicht zulässig, das andere Haus zu kritisieren. Ich bitte Sie, das zu unterlassen.

Abg. Hoffmann (Soz.) fortfahrend: Wir werden alles aufrechten, daß jenes Haus da drüben, in das man nicht hineingewählt, sondern wie in einem Kaufsteam beigegeben wird, gründlich ausgeleert wird, um den Grabesduft und den Leichengeruch in jener galvanisierten Leichenkammer endlich einmal auszutreiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Frhr. v. Erffa: Wegen dieser letzten Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Der Etat des Herrenhauses wird bewilligt.

Beim

Etat des Abgeordnetenhauses fordert die Kommission in einem Antrage einen Gesegentwurf, durch welchen das Recht der Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Vertretung des Fiskus und die Rechtsverhältnisse der Beamten der beiden Häuser neu geregelt werden.

Ein Antrag des Abg. v. Brandenstein (L.) wünscht Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern, um die oben erwähnten Fragen nochmals zu prüfen.

Abg. Streffer (L.) regt an, das Kochbargrundstück an der Prinz-Albrecht-Straße anzukaufen und im Festhause ein neues Bild des bisherigen Präsidenten v. Ardenne aufzuhängen. (Beifall rechts.) Das folgende dort sei ihm sehr unähnlich.

Abg. Graf Strachwitz (B.) stimmt dem letzten Wunsche des Vordrucks zu. Weiter wünscht der Redner Ausdehnung der Freifahrkarten für die Abgeordneten auch nach dem Wahlkreise, nicht bloß nach dem Wohnorte.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) spricht sich gleichfalls für den Ankauf des Kochbargrundstückes aus und bedauert lebhaft, daß die Regierung den Abgeordneten noch immer nicht Freifahrkarten für alle Journeys gewährt. Der Garten des Abgeordnetenhauses sollte erweitert werden.

Abg. Dr. Pahnke (Op.) ist ebenfalls für den Ankauf des Kochbargrundstückes und fordert einen früheren Beginn der Sessionen. Die Sessionen müssen länger dauern. Eine neue Fraktion ist ins Haus eingetreten. Sie hat ein Redebedürfnis und beabsichtigt es. (Sehr wahr! rechts.) Den Abgeordneten hier müssen so weitgehende Fahrkarten gewährt werden, wie im Reichstage. (Zustimmung.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Abg. Dr. Pahnke forderte einen früheren Beginn der Sessionen. Das haben wir schon oft verlangt. Wir werden es aber erst erreichen, wenn wir uns über, ebenso rücksichtslos zu sein gegen die Regierung wie es die Regierung

gegen das Abgeordnetenhause ist. (Sehr richtig! links.) Unter dem Beifall der Rechten wurde dann auf das Redebedürfnis der neuen Partei hingewiesen, die in dieses Haus eingedrungen ist und die man nicht loswerden kann. Daß bei uns ein Redebedürfnis vorhanden ist, ist ganz natürlich. Wir haben 600 000 Wähler zu vertreten, und zwar diejenigen, denen am meisten Unrecht zugefügt wird. Da müssen wir mehr reden, als diejenigen, denen alles nach Wunsch geschieht.

Nieder 60 Jahre waren wir von diesem Hause ausgeschlossen.

Wir haben uns alles nachzuholen, was wir bisher verkannt haben. (Seiterkeit.) Sie haben ja in diesen 60 Jahren so viel Unheil angerichtet, daß wir jetzt vor die Notwendigkeit gestellt sind, dagegen zu protestieren und es gutzumachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Sie dürfen nicht sagen, daß dieses Haus 60 Jahre lang Unheil angerichtet hat.

Abg. Hoffmann (Soz., fortfahrend):

Wenn wir die Minister erst so an der Longe haben wie Sie (zur Rechten), dann brauchen wir nicht mehr so viel zu reden, dann kommandieren wir und dann parieren die Minister auch, wie sie es Ihnen gegenüber tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Diäten von 15 Mark entsprechen nicht mehr den heutigen Preisen. Die Kellner im Restaurant hier müßten mindestens ebenso gut gestellt werden wie die im Reichstage. Sie haben hier oft sehr geringe Einnahmen, weil von den 443 Abgeordneten des Hauses meistens 400 fehlen. Auch die Diener des Abgeordnetenhauses müßten mindestens ebenso gestellt werden wie die im Reichstage. Für sie ist der unvorhergesehene Schluß der Session eine schwere Schädigung, weil sie dann oft nach jahrelanger Dienstzeit plötzlich auf die Straße fliegen. Ein Mangel ist der Platzmangel im Hause. Am besten würden wir dadurch Raum schaffen, daß wir das Herrenhaus beseitigen. (Präsident Dr. Frhr. v. Erffa erhebt den Redner, solche Bemerkungen über das Herrenhaus zu unterlassen.) In der Fahrkartfrage ist eine Regelung nötig, daß sich die Abgeordneten im ganzen Lande pflichtgemäß um die Dinge umsehen können. Wenn der Bund der Landwirte Rednerstühle errichtet, soll er das in seinem Hause tun, aber nicht hier. Der Antrag Brandenstein will die Grundlage für die Hinausweisung von Abgeordneten schaffen. Aber die Verfassung bleibt bestehen, die das verbietet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Frhr. (B.): Eine frühere Einberufung des Landtages ist dringend notwendig, ebenso die Ausdehnung der Freifahrkarten.

Abg. Dr. Wagner (St.) vermißt in dem Antrage v. Brandenstein die Forderung, daß auch die Verhältnisse der Diener noch einmal geprüft werden. Mit der Ausdehnung der Freifahrkarten müßte auch die Frage der Anwesenheitsgelder erörtert werden, denn die jetzigen Diäten entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen.

Abg. v. Brandenstein (L.) begründet seinen Antrag. Der Minister habe sich nicht abgenügt gezeigt, den Fragen entgegenzukommen. Eine Vereinbarung könnte aber nur in einer Kommissionsberatung erfolgen.

Abg. v. d. Hagen (B.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrage Brandenstein.

Abg. Winkler (L.): Abg. Dr. Pahnke wünsche eine Verlängerung der Session. Nach Hoffmanns Erwiderung mag er andere darüber denken.

Abg. Dr. Arendt-Mansfeld (St.): Die Einführung der allgemeinen Freikarte der gleichzeitigen Bauquantum und Anwesenheitsliste im Reichstage hat sich eben so gut bewährt, wie sich die Regelung hier im Hause schlecht bewährt hat. Auf die Dauer läßt sich mit der jetzigen Diätenordnung nicht auskommen. Passen wir unser Diätenystem dem des Reichstages an.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es kommt selten vor, daß wir mit Dr. Arendt einer Meinung sind, aber hier sind wir es. Drei Tage vor Ablauf der Session werden wir aufgefordert, die Freifahrkarten abzuliefern. Da haben viele erst nach Hause darauf und während dem die Karten ein. Ganz unglücklich ist das Diätenystem des Reichstages. Wenn dort einer die 7. namentliche Abstimmung an einem Tage verläumt, verliert er 20 M., selbst wenn ein Abgeordneter z. B. hier in Berlin sitzt und monatlang krank liegt, erhält er keine Diäten! Das wollen wir doch nicht nachmachen. 15 M. Diäten im Landtag sind kein Erlös für Geschäftsverluste uff. Die Diener müssen einige Zeit nach Schluß noch unterstützt werden, um ihnen die Stellungssuche zu erleichtern. Statt an der Verabsolutung der Gewerbeinspektionsberichte zu sparen, sollte es bei größeren Dingen geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da wir Abgeordnete für ganz Preußen sind, sollten wir bei den Freifahrkarten nicht wie Schulbuben behandelt werden, sondern in ganz Preußen und orientieren können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Busch (B.): Warum äußert sich denn die Staatsregierung nicht zu unseren einmütigen Wünschen? (Unterstaatssekretär Holz meldet sich zum Wort. — Seiterkeit.)

Unterstaatssekretär Holz: Wir haben keinen Anlaß zu einer Aenderung des Freifahrkartensystems.

Abg. Dr. Pahnke (Op.) protestiert dagegen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Was ist es mit der Affäre Bitterfeld-Siegen, die mit Abg. Rocco beschäftigt hat?

Unterstaatssekretär Holz: Das gehört zum Eisenbahnministerium.

Abg. Rocco (natl.): Ich habe Herrn Hoffmann nur bestätigt, daß der Bericht der Budgetkommission über den Fall richtig ist.

Abg. Hoffmann (Soz.): Es besteht wirklich keine geheime Verbindung zwischen Herrn Rocco und mir. (Seiterkeit.) Die Antwort des Unterstaatssekretärs zeigt, was man diesem Hause zumuten kann.

Der Antrag v. Brandenstein wird einstimmig angenommen.

Die Wohnungsfrage

betreffen zwei Anträge der Abg. Dr. Arendt (St.) und Frank (B.) auf Vorlage eines Wohnungsgesetzes für die Großstädte und Industriegegenden. Der Reichsrat beantragte, diese Einschränkung zu streichen.

Abg. Welfermeil (L.) tritt für ein Wohnungsgesetz ein.

Abg. v. Bismarck-Holzburg (natl.): Auch auf dem Lande gibt es Wohnungsnot. Die Regierung ist für billige Reichenhäuser in Berlin noch zu wenig gefordert.

Abg. Dr. Fleiß (Op.): Schaffen Sie doch Gesetze, die die Arbeiter nicht vom Lande fortziehen! Mit dem Arbeitsvertrag darf nicht auch der Mietvertrag erlöschen. Der Fiskus sagt: Stadt Berlin, bauer Wohnungen — aber er will nur seine Wälder teuer verkaufen. Das Reichsverkehrsamt hat durch Erhöhung des Anlaufes den Wohnungsbau lokal erschwert. (Zustimmung links.)

Abg. Pirsch (Soz.):

Wenn wir den Antrag auf landesgesetzliche Regelung des Wohnungswesens unsere Zustimmung geben, so geschieht das nicht etwa, weil wir überzeugt sind, daß bei einer landesgesetzlichen Regelung irgend etwas Gutes herauskommt, sondern wir wollen zeigen, daß wir bereit sind, in dieser Frage positiv mitzuarbeiten. Selbstverständlich müssen wir uns unsere definitive Stellungnahme vorbehalten, bis wir wissen, wie die Vorlage aussieht. Wir wünschen eine Vorlage, die sowohl die großstädtischen, als auch die kleinstädtischen und ländlichen Wohnungsverhältnisse regelt. Meine Freunde sind an sich noch wie vor für eine

reichsrechtliche Regelung.

Wir haben auf Grund von Erfahrungen auf diesem Gebiete zu dem preussischen Landtag und zu der Regierung nicht das Vertrauen, daß sie einen Wohnungsgesetzesentwurf einbringt, der auch nur einigermaßen den Anforderungen entspricht, den wir an ein solches Gesetz stellen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist zu bedenken,

daß jetzt schon fast zehn Jahre verfloßen sind, seitdem der erste Entwurf veröffentlicht wurde. Wenn Sie sich demgegenüber die Tatsache vor Augen halten, daß trotz der wiederholten Anregungen in diesem Hause die Regierung es immer noch nicht für nötig gehalten hat, auch nur einen Schritt zu tun, so können Sie es mir nachsagen, wenn wir sagen: Wir haben zu der Regierung kein Vertrauen in dieser Sache. Wenn wir nach unserer Zahl imhause wären, so hätten wir selbständige Anträge in dieser Richtung gestellt. Wir haben aber keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne auf die Notwendigkeit einer gleichlichen Regelung des Wohnungswezens hinzuweisen. Die Regierung hat aber auf alle diese Anregungen geschwiegen. Daraus kann man den Schluß ziehen, daß es der Regierung nicht allzuernst ist mit der Lösung dieser Frage. Sie hat sich ja auch bisher stets und ständig für die

Aufrechterhaltung des Hausbesitzerprivilegs

ausgesprochen. Jeder Kenner der Verhältnisse wird aber zugeben, daß ohne wirksame Mitarbeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsreform nichts zu erreichen ist. Die Mitarbeit der Gemeinden wird aber erschwert, teilweise aber direkt unmöglich gemacht dadurch, daß nach dem Hausbesitzerprivileg die Hälfte der Gemeindevorsteher Hausbesitzer sind. Wenn es ernst ist um die Lösung der Wohnungsfrage, der muß hier mit und für die Befreiung des Hausbesitzerprivilegs eintreten und für ein freies Kommunallandrecht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Davon wollen Sie aber nichts wissen und eher hier nicht der Hebel angelegt wird von Ihrer Seite, kann ich alle Ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse nicht ernst nehmen.

Auf die Wirkung des Zweckverbandes in dieser Richtung kann man auch keine Hoffnungen setzen, denn das Herrenhaus hat ja die Bestimmung, wonach der Zweckverband die Förderung des Kleinwohnungsbaues übernehmen sollte, beseitigt und die Regierung hat dieser Verschlechterung zugestimmt. Wie soll da aus der Landesgesetzgebung etwas Gutes herauskommen. Wenn die Vorlage aber wider Erwarten unseren Anforderungen entsprechen sollte, so werden wir gar kein Bedenken tragen, ihr zuzustimmen. Ich muß mich in erster Linie auch gegen den Antrag des Freiberger v. Bedlich wenden, der verlangt, daß die Bestimmungen mit voller Energie nur gegenüber neuen Verhältnissen, also in neuen Städten, durchgeführt werden sollen. Freiberger v. Bedlich will zugleich mit dem Gesetze noch seiner Meinung weit über das Bedürfnis hinausgehenden Zudrang zu den Großstädten eindämmen. Wenn wir ein Wohnungsgesetz um den Preis des Freizugigkeitsrechts erlassen sollen, dann verzichten wir darauf, so dringend notwendig uns sonst ein solches Gesetz auch erscheint. Der Zudrang zu den Großstädten wird doch auch nach den Feststellungen von Oberstadt und anderen Autoritäten dadurch begünstigt, daß auf dem Lande die Wohnungsverhältnisse vielfach noch viel schlechter sind als in der Großstadt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vielfach wird dieser Zudrang auch künstlich durch herangezogen, daß von den Amtsvorstehern und Gutsbesitzern diese Unterstützungsbedürfnisse einmah

nach den Großstädten abgedrückt

werden. Das kann Ihnen die Verwaltung des Berliner Kops für Obdachlose bestätigen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dr. Wuermeilung stellte es so dar, als seien die Großstädte der gefährliche Boden und das Land der Jungbrunnen. Tatsächlich beweist aber die Kriminalstatistik, daß die Zahl der Verbrechen auf dem Lande verhältnismäßig viel größer ist als in den Städten. Die Statistik beweist auch, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen, ganz besonders trifft das auf die Wohnräume der ländlichen Arbeiter zu. Man braucht nur die amtlichen Feststellungen zum Beweise dafür zu studieren. Trotzdem gebe ich zu, daß auch die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten sehr viel zu wünschen übrig lassen. Der Abg. Welfermeil hat sich dafür auf die Statistik der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute berufen. Ich muß ihn daran erinnern, daß auch diese Statistik nur gegen den Widerstand der Regierung aufgenommen werden konnte; wieder ein Beweis für das Interesse, das die Regierung an diesen Fragen nimmt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Kleinstädten und auf dem Lande gibt es aber zahlreiche Wohnstätten, die den Großstadtwohnungen an Ansehen und Gesundheit und gesundheitlichen Vorkehrungen nicht nachstehen. Wir dürfen uns deshalb bei der Regelung dieser Frage nicht auf die Großstädte beschränken, sondern müssen unsere Aufmerksamkeit auf das Land und auf die kleinen Städte richten. Falls ist auch die Bekämpfung, daß in den Großstädten nichts für die gesunde und sittliche Grundlage der Bevölkerung getan wird. Wir unterlassen es gewiß nicht, die Tätigkeit der städtischen Behörden zu kritisieren, aber derartige Angriffe gegen die großstädtischen Verwaltungen sind durchaus unangebracht. Wenn für die gesunde, gute, sittliche Grundlage des Volkes nicht genug getan werden kann, so sind gerade jene Schichten auf der rechten Seite und in der Regierung daran schuld, die uns fortwährend Schwierigkeiten machen bei der Pflege des Turnens unter der Arbeiterjugend und überhaupt bei unserer Tätigkeit für eine gesunde Jugendzucht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Wohnungsgesetz hat seinen Grund vor allem auch in den hohen Mietpreisen, die durch die Bodenpekulation hervorgerufen werden. Diesem Spekulantentum, das geradezu ein Verbrechen an der Gesamtheit begeht, muß entgegengetreten werden. (Beifall b. d. Soz.) Wenn man ganze Arbeit machen will, dann muß die Regierung ein Stück weiter gehen und mit uns eintreten für die

Vergesellschaftung des Bodens.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Die bloße Wohnungsaufsicht kann nicht Hilfe schaffen. Die Gemeinden müssen selbst dazu übergehen, gesunde Kleinwohnungen zu bauen. Das ist aber in Preußen unmöglich, solange hier das rücksichtslose Gemeindevorrecht mit dem Hausbesitzerprivileg besteht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir werden in erster Linie den fortschrittlichen Antrag unterstützen, sollte er aber fallen, dann werden wir auch für den Antrag zu haben sein, der zunächst eine Regelung in den Großstädten verlangt. Ich hoffe aber, daß die Regierung dann möglichst bald einen Entwurf unterbreitet, der so gestaltet ist, daß wir ihm unsere Zustimmung geben können. Wir werden mindestens in demselben Maße wie alle anderen Parteien daran mitarbeiten, die schlechten Wohnungsverhältnisse zu verbessern zum Segen der Gesamtheit. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Besprechung. In seinem Schlusswort wendet sich

Abg. Freiberger v. Bedlich gegen den Vorwurf, daß sein Antrag die Freizügigkeit beschränke. Nur die Auswüchse der Freizügigkeit wolle er beseitigen.

Die Anträge Arendt und Frank werden unter Ablehnung des freizügigen Antrages angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Morgens) und Gerichtsordnung, Unterstützungswohlfahrt, Etat der Preuenkassen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Postetat vor der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission führte in den Sitzungen vom Dienstag und Mittwoch die Beratung des Postetats zu Ende. Zu einer lebhaften Aussprache führten die an Beamten gezahlten Unterstellungen und Gratifikationen. Abg. Jubelil wies darauf hin, daß in den Kreisen der Postbeamten über die ungerechte Verteilung Klage geführt wird, besonders im Königsreich Sachsen. Für die nicht krankversicherungspflichtigen Unterbeamten soll eine Krankenkasse errichtet werden, wozu die Verwaltung pro Jahr 6 M. jedes Mitglied 13 M. Beitrag leisten soll. Die Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen erhalten ärztliche Behandlung und Heilmittel. Abg. Südekum bemängelt lebhaft die Organisation dieser Kasse, die den Beamten ein nur sehr geringes Recht an der Verwaltung der Kasse einräumt. Der Staatssekretär bietet, die Organisation so zu belassen, wie sie vorgesehen ist; Änderungen können ja eventuell später eintreten.

— Die Summe der fortdauernden Ausgaben des Postamts beläuft sich auf 867.864.679 M. Die gesamte Einnahme beträgt laut Etatsanschlag 781.381.000 M., so daß ein Ueberschuß von 89.597.765 M. verbleibt. — An den vielfach geschmacklosen Bauten, die die Reichspostverwaltung ausführen läßt, wurde lebhafter Kritik geübt. Das Zentrum forderte für postlagernde Sendungen Erhebung eines Zuschlagportos. Begründet wurde dieser verkehrshindliche Zuschlag aus dem, daß dem unbilligen postlagernden Briefverkehr unter Chiffre gesteuert werden müsse. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Forderung lebhaft widersprochen, ebenso durch den Staatssekretär, der auch erklärte, daß Deutschland gar nicht einseitig die postlagernden Sendungen extra belasten kann. Betroffen würden durch das Zuschlagporto Geschäftsreisende und Leute, die keinen festen Wohnsitz haben. Eine solche Maßregel sei aber nicht zu empfehlen. — Das Zentrum versuchte nunmehr, seine Forderung dahingehend unzulänglich, daß es höhere Einnahmen erzielen wolle, um den Unterbeamten zu helfen. Der Staatssekretär ließ aber keinen Zweifel darüber, daß von einem solchen Zuschlagporto keine nennenswerte Einnahme zu erhoffen sei. Die Zentrumsresolution wurde abgelehnt; damit war die Beratung des Postamts beendet.

### Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages

beschäftigte sich am Mittwoch mit den Anträgen der Linken, die „kurze Anfragen“ an den Reichstagspräsidenten in die Geschäftspraxis des Reichstages einführen wollen. Zweimal in der Woche sollen vor Eintritt in die Tagesordnung kurze Anfragen an den Reichstagspräsident gestellt werden dürfen. Die Antwort kann schriftlich oder mündlich erfolgen. Mehr als eine Stunde darf in jeder Sitzung auf diese Anfragen nicht verwendet werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß nach der Beantwortung einer Anfrage jeder Abgeordnete das Recht haben soll, eine Ergänzung oder Verichtigung dazu zu machen. — Der Abgeordnete Groeber sieht eine Gefahr darin, wenn jedem Abgeordneten dieses Recht zugestanden werde, dann werde die Debatte eine Folge der Anfrage sein und das Interpellationsrecht beeinträchtigt. Redner beantragte, daß die Anfrage von mindestens 15 Mitgl. des Hauses unterzeichnet sein müsse. Der Abg. v. Bayer fürchtete keinen Mißbrauch dieses Rechts. Das Plenum des Reichstages und die Öffentlichkeit würden ein Korrektiv sein. Die Abg. Ledebour und Frank verteidigten den sozialdemokratischen Antrag, durch den kleineren Gruppen das gleiche Recht gewährt werden soll. Ledebour wies an den Verhandlungen des englischen Parlaments nach, wie glatt sich derartige Verhandlungen vollziehen. Es dürfe keine Einschränkung des Fragerechts geschaffen werden. Abgeordneter Jund (nall.) wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag und gegen den Abgeordneten Kretsch, der in den Anträgen allerhand Gefahren für das Reich, sogar für die Selbstständigkeit der Einzelstaaten sieht, außerdem Mißbräuche des Fragerechts fürchtet, die der Abg. Groeber als übertrieben fand. Letzterer beantragte noch, daß die Anfragen sowie die Antworten in tabellarischer Form alsbald allen Mitgliedern des Reichstages mitgeteilt werden. Die Abstimmung über die Anträge wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

### Aus der Petitionskommission des Reichstages.

Die Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch, gleich der Wahlprüfungskommission darauf Bedacht zu nehmen, daß die von ihr bearbeiteten Petitionen nicht bis zum Sessionsanschluß liegen bleiben, sondern daß sie möglichst bald zur Verabschiedung vor das Plenum gelangen. Von den zur Verhandlung gelangten 28 Petitionen wurden 24 für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt. Eine Petition auf Erreichung von Gastwirtschaftszimmern wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Die Gemeindevorstellung eines Dorfes bei Dresden hatte Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung gefordert. Mit elf gegen zehn Stimmen beschloß die Kommission trotz lebhaften Protestes von sozialdemokratischer Seite, auch dieser Petition das kümmerlichste Armenbegrenzung zu bereiten, indem sie für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt wurde. Als Grund mußte der Hinweis herhalten, die Frage sei im Plenum schon genügend erörtert worden. — Eine Petition auf reichsgesetzliche Regelung des Frauenwessens wurde der Regierung als Material überwiesen. — Zur Beratung einer weiteren Petition, die sich mit empörenden Fällen von ärztlichen Experimenten an Kranken und Schwangeren beschäftigt, denen Syphilis eingepflanzt worden ist, soll ein Regierungskommissar zugezogen werden. — Dr. Löwenthal in Berlin, Begründer und Vorsitzender des Weltwohlfahrtsbundes, wünschte eine Besteuerung aller Maschinen mit mehr als fünf Pferdestärken; der Ertrag solle zur Beschäftigung von Arbeitslosen verwendet werden. Außerdem fordert er 5000 M. aus Reichsmitteln zur Unterstützung seines Instituts für Gedankenstatistik. Die Kommission erklärte beide Eingaben für ungeeignet zur Erörterung im Plenum.

### Reichs- und Staatszugehörigkeit.

In der Sitzung der Reichstagskommission vom Mittwoch wurde die Diskussion über die zum § 8 gestellten sozialdemokratischen Anträge fortgesetzt. Diese Anträge bezwecken mit dem Erwerb des Wohnsitzes den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu verknüpfen. Die Abgeordneten Dr. Liebknecht und Dr. Quara gaben sich noch einmal alle Mühe, den Anträgen zur Annahme zu verhelfen; leider erfolglos, denn sämtliche bürgerliche Parteien, mit Ausnahme des Polen und des Böden stimmten dagegen. Durch einen Antrag der Fortschrittler zu § 8 wurden eine Reihe juristischer Streitfragen aufgerollt, deren wichtigste die war, ob sich die Geschäftsfähigkeit der Ehefrau nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches regelt oder ob hier besondere Bestimmungen darüber erforderlich sind. Schließlich beantragten die Sozialdemokraten, die Worte „der Antrag einer Ehefrau bedarf der Zustimmung des Mannes“ zu streichen. Die Fortschrittler wollten an dieser Bestimmung zwar festhalten, aber hinzufügen, daß die fehlende Zustimmung des Mannes durch die Vormundschaftsbehörde ersetzt werden kann. Dr. Quara konnte sich zur Begründung des sozialdemokratischen Antrags auf eine Eingabe des preussischen Vereins für Frauenstimmrecht berufen, die sich lebhaft gegen die Geschlechtsvormundschaft der Frau wendet. Für den Antrag der Sozialdemokraten stimmten wieder nur die Antiquarier, der Däne und der Pole. Der Antrag war damit abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag der Fortschrittler, den § 8 wie folgt zu fassen: „Die Aufnahme wird einem Deutschen von jedem Bundesstaat, in dessen Gebiet er sich niederlassen hat, erteilt, falls kein Grund vorliegt, der nach den §§ 3 bis 5 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 die Ablehnung eines Neuzuziehenden oder die Verjagung der Fortsetzung des Aufenthalts rechtfertigt. Der Antrag einer Ehefrau bedarf der Zustimmung des Mannes. Die fehlende Zustimmung kann durch die Vormundschaftsbehörde ersetzt werden.“ Auf Antrag des Abg. Dr. Giese (konf.) wurde noch eine Bestimmung angefügt, wonach ein mit dem Vater aufzunehmendes Kind, wenn es das 16. Lebensjahr vollendet hat, nur mit seiner Zustimmung aufgenommen wird.

Der § 7 enthält die wichtigsten Bestimmungen über die Aufnahme von Ausländern. Während der Entwurf im Absatz 1 auspricht, daß einem Ausländer die Aufnahme unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden kann, beantragten die Sozialdemokraten: Einem Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, darf die von ihm beantragte Aufnahme von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet die Niederlassung erfolgt ist, nicht verweigert werden, wenn er... Es folgen dann die Voraussetzungen des Entwurfs, zu denen als Ziffer 5 noch angefügt werden soll, daß der Ausländer seine Niederlassung mindestens 2 Jahre hindurch im Inlande gehabt hat. Zur Begründung führte Dr. Landsberg aus: Der Antrag würde nicht nötig sein, wenn in Deutschland eine vernünftige Praxis in der Behandlung der Ausländer herrschen würde. Gerade vom nationalen Standpunkt aus müsse die Aufnahme möglichst viel unbescholtener Ausländer

als Reichsangehörige erwünscht sein. Der Vertreter des Reichsamts des Innern lehnte den Antrag als einen tiefen Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reiches ab. Der Vertreter des auswärtigen Amtes bezeichnete den Antrag schon deshalb als unmöglich, weil kein anderer Staat ein solches Gesetz habe oder schaffen werde. Diesem Standpunkt schloß sich der Redner der National-Liberalen an, worauf Dr. Liebknecht ausführte, es sei eine Schmach, ein Kapitell, dessen wir uns aufs tiefste zu schämen haben, wie Ausländer in Deutschland behandelt werden. Gestützt auf eine Reihe von Einzelbeispielen erklärt Liebknecht, in keinem Lande herrsche eine so niederträchtige Praxis wie in Preußen. Eine ideale Lösung bilde der gestellte Antrag nicht, aber bei der Rücksichtslosigkeit der preussischen Behörden sei ein Previsionsmittel absolut geboten. Ein Vertreter der preussischen Regierung weist den Ausdruck „entfesseln“ zurück und vermißt ein Eingreifen des Reichstages. Er behauptet, die weitaus größte Zahl der Naturalisationsgesuche von Ausländern werde in Preußen genehmigt. Vorherrschend An- toid erklärt, er habe die beantragte Bemerkung Liebknechts im Drange der Geschäfte überhört; wenn sie für die preussische Regierung beleidigend gewesen sei, so rufe er Liebknecht zur Ordnung. Nächste Sitzung Donnerstag.

### Wahlprüfungskommission.

Nach § 7 des Wahlgesetzes kann ein Wähler seine Stimme nur in dem Wahlbezirk abgeben, in dem er wohnt. Das setzt natürlich zwingend voraus, daß auch in jedem Wahlbezirk ein Wahllokal vorhanden ist, sonst kann der Wähler in seinem Bezirk nicht gültig abstimmen. Im Wahlkreis Köln-Land, in dem der Zentrumsmann Kuchoff mit einer Mehrheit von nur 31 Stimmen gewählt ist, war in 20 Wahlbezirken das Wahllokal nicht im Wahlbezirk gelegen, in drei Fällen lag das Wahllokal sogar in einem anderen Wahlkreis, nämlich in Köln-Stadt. Von sozialdemokratischer Seite wurde deshalb beantragt, die Wahl in diesen Bezirken für ungültig zu erklären. Die Vertreter des Zentrums traten diesem Antrag entgegen, weil es namentlich in Großstädten gar nicht immer möglich ist, im Bezirk selbst ein geeignetes Wahllokal zu finden. Die Kommission erachtet den Einwand für unerheblich. Die weitere Prüfung wurde vertagt.

## Aus der Partei.

### Zum Stichwahlabkommen.

Der zweite Hamburger Wahlkreis beschäftigte sich am Dienstag mit dem Stichwahlabkommen. Nach einem Referat des Genossen Döring und einer eingehenden Diskussion, in der das Abkommen von allen Rednern mit einer einzigen Ausnahme entschieden genehmigt wurde, gelangte folgende vom Referenten eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme: „Die am 12. März 1912 im Lokale von Vorwohle versammelten Genossen und Genossinnen des zweiten Hamburger Wahlkreises mißbilligen mit aller Entschiedenheit das vom Parteivorstand mit dem Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossene Stichwahlabkommen, insofern die Sozialdemokratie verpflichtet wurde, in 16 Wahlkreisen zugunsten der freisinnigen Kandidaten auf die energische Fortführung der Wahlagitatorien zu verzichten. Die Versammlung ist der Meinung, daß sowohl die Art und Weise, in der dieses Abkommen zustande gekommen ist, als auch die Dämpfung des Wahlkampfes in einer Reihe von Wahlkreisen geeignet war, den Kampfesmut der Genossen auf schwerste zu erschüttern.“

### Rebel und Ferri.

Der italienische Abgeordnete Enrico Ferri, der sich eine Zeitlang für einen Sozialisten hielt, hat durch seinen Tripolitaler seine Wähler derart vor den Kopf gestoßen, daß er sich zur Niederlegung seines Mandats verstehen mußte. Außerdem hat die römische Parteisektion auch seinen Ausschluß aus der Partei beantragt. Dem Redakteur eines bürgerlichen Blattes gegenüber hatte Ferri seine begeisterte Zustimmung zum Tripolitaler ausgesprochen, damit zu begründen, daß sich auch Genosse Rebel gleichfalls für eine koloniale Expansionspolitik ausgesprochen habe. Die Redaktion des „Avanti“ wandte sich deshalb direkt um Aufklärung an Genossen Rebel und erhielt folgende Antwort: „Werte Genossen! Seit 26 Jahren, d. h. seitdem Deutschland Kolonialpolitik treibt, bin ich der entschiedenste Gegner dieser Politik gewesen und bin es bis auf den heutigen Tag. Ferri kann sich also auf keinen Fall auf mich berufen. Meine Gegnerschaft gegen die Kolonialpolitik ist auch die der deutschen sozialistischen Partei.“

Im übrigen habe ich Ferri schon seit langem nicht mehr als Sozialisten angesehen. Er ist kein solcher mehr. Herzliche Grüße August Rebel.

## Gerichts-Zeitung.

### Kaufhandel.

„Mitgegangen, mitgefangen“ ist gewissermaßen das Motto des § 227 des Strafgesetzbuches (Beteiligung am Kaufhandel, bei dem eine Person getötet worden ist). Auf diesen seit zwei Jahrzehnten in der Praxis nicht angewendeten Paragraphen stützte sich eine Anklage, welche gestern die I. Hilfsstrasskammer des Landgerichts I beschätzte. Es handelte sich um jenen s. Z. unter dem Titel „Der Totschlag am Comeniusplatz“ gemeldeten nächtlichen Mordfall, bei welchem der 19jährige Elektrotechniker Fritz Masche durch einen Stich in die Halschlagader getötet worden war. Angeklagt wegen Beteiligung an einem Kaufhandel waren der Arbeiter Wladislaus Bartczak, der Arbeiter Johann Polowski und der Maurer Wladislaus Mikolajewski. — In der Nacht zum 17. Dezember v. J. entstand in der Eckanwaltschaft von Libera am Comeniusplatz 3 zwischen mehreren Gästen aus einer geringfügigen Ursache ein Streit, der damit endete, daß von dem Wirt mehrere Personen, darunter der später getötete Masche und dessen Bruder Johannes aus dem Lokal gewiesen wurden. Gegen 5 Uhr morgens lehrten die Hinausgewiesenen, die sich inzwischen in einem anderen Lokal aufgehalten hatten, nach dem Libera'schen Lokal zurück. Als nach einiger Zeit mehrere Gäste aus diesem herauskamen, kam es zu gegenseitigen Sticheleien, die schließlich in eine wilde Schlägerei ausartete, an der sich etwa 30 Personen beteiligten. Während der Kauferei soll der Angeklagte Bartczak gerufen haben: „Schnell ein Messer her!“, worauf ihm Mikolajewski ein solches gab. Als die Brüder Masche mit ihren Bekannten die Flucht ergriffen, wurden sie von den Angeklagten und ihren Genossen bis in die Mühlendörfer Straße hinein verfolgt, wo es von neuem zu einer wilden Schlägerei kam. Blühlich fiel Fritz Masche mit einem lauten Aufschrei zu Boden. Er hatte in dem Handgemenge einen Stich in den Hals erhalten, der die große Schlagader durchschnitt, so daß der junge Mensch in wenigen Minuten infolge Verblutung eine Leiche war.

Trotz aller Ermittlungen und Jugenderhebungen ließ es sich nicht feststellen, wer den tödlichen Stich geführt hatte, da die Brägel im Dunkel des Degenbergmorgens starrgeblieben hatte. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb Anklage wegen Vergehens gegen den § 227. Nach diesem sehr selten angewendeten Paragraphen macht sich jeder strafbar, der sich an einer Prügelei beteiligt, bei welcher ein Mensch getötet wird.

Zu der geistigen Verhandlung waren zahlreiche Zeugen geladen. Das Bild, welches diese Zeugen entwarfen, schwante jedoch je nach ihrer Parteizugehörigkeit. Mehrere Zeugen belasteten einen Arbeiter Jaworski, den sie als den Messerstecher bezeichneten, sehr schwer. Zur Sprache kam u. a. auch, daß der tödliche Streich eigentlich dem Bruder des Getöteten gegolten hatte. Im letzten Augenblick war dann noch der Getötete vorgezungen, um den Stich, der ihn dann selbst traf, abzuwehren. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Polowski 8 Monate und gegen Bartczak und Mikolajewski je 6 Monate Gefängnis. Das Gericht

erkannte bezüglich der beiden Erstgenannten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, Mikolajewski wurde freigesprochen.

### Schuh gegen Schalkente!

Der Polizeigeant Bernhard Schmitz ist vom Landgericht Münster am 27. Oktober v. J. wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Am Abend des 24. September 1910 kam der Waidhühner Herr. Schr., der gerade von der Marine entlassen war, mit einigen Bekannten in angegrünem Zustand und mit einer Flasche Schnaps in der Hand die Straßen daher. An einer Ecke machte man halt. Hier verlangte einer der Begleiter noch einmal aus der Flasche zu trinken. Herr. Schr. verweigerte ihm dies, indem er dabei eine Bemerkung machte, die der gerade vorbeigehende Polizeigeant Schmitz auf sich bezog und als Beleidigung auffaßte. Als Schmitz deshalb den Namen des Schr. feststellen wollte, weigerte sich dieser seinen Namen zu sagen mit dem Bemerkten: „Ich habe ja nichts getan.“ Der Vorfall erregte Aufsehen, so daß sich schließlich eine Menschenmenge von über fünfzig Personen ansammelte. Als Schr. sich immer noch weigerte, seinen Namen zu nennen, schlug der Angeklagte dem Herr. Schr. mit seinem Säbel über den Kopf, so daß Schr. eine klaffende Wunde erlitt und zusammenbrach. Gegen das eingangs wiedergegebene, außerordentlich milde Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in der er Verkenntung des Begriffs der Körperverletzung; zum mindesten hätte Putativmordwehr (von ihm angenommene Notwehr) angenommen werden müssen, denn er habe geglaubt in Notwehr zu sein, da er damit habe rechnen müssen, daß dieser oder jener aus der Menge von einer Waffe Gebrauch machen würde. Das Reichsgericht verwies jedoch am Dienstag die Revision als unbegründet, denn es hielt für erwiesen, daß weder der verletzte Schr. noch sonst jemand aus der Menge Miene gemacht hatte, tätlich zu werden. Den Verurteilten, in dem der Angeklagte sich befand, habe dieser selbst verschuldet; bei pflichtgemäßer Prüfung der Sachlage hätte er sich sagen müssen, daß ihm keine Gefahr drohte.

### Ein verfehlter Bestechungsversuch.

Vor dem Landgericht I in Berlin ist am 8. November 1911 der Kaufmann Josef Hammermann, Inhaber der Firma Jakob Rosenbaum Nachf. in GutsMuths wegen Bestechung und Beleidigung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Außerdem sind die 500 M. Mark, welche das Objekt der Bestechung bildeten, für dem Staate verfallen erklärt worden. Er ist seit zwei Jahren an den Textillieferungen für das deutsche Heer beteiligt und wollte gern mehr Aufträge haben, als ihm überlassen wurden. Er besuchte im August 1911 einen Intendanturrat in Berlin, erreichte aber nichts. Beim Fortgehen sagte er: „Darf ich Ihnen meinen Dank aussprechen?“ Am gleichen Tage erhielt der Beamte einen Briefumschlag mit fünf Hundertmarkscheinen ohne schriftliche Mitteilung. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte dem Beamten eine pflichtwidrige Handlung zugemutet und daß er ihn damit gleichzeitig beleidigt hat. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

### Streiknachwehen.

Wegen Beleidigung von Arbeitswilligen und der Spandauer Polizeiverwaltung durch ein Flugblatt während des Streiks der Hafenarbeiter der Firma Kurt Thomas stand gestern der Beweismächtige der Polizeiverwaltung Spandau der Transportarbeiterverbandes, Genosse Stahl, vor dem Spandauer Schöffengericht als Verfasser und Verleger des Flugblattes: „An die Einwohnerstadt Spandau!“

Die Arbeitswilligen sollten beleidigt sein, weil von ihnen behauptet war, sie seien mit Revolvern und Gummiknüeten ausgestattet und bedrohten jeden freibürgerlichen Bürger mit der Waffe. Die Polizei sollte durch die Darlegung beleidigt sein, die Arbeitswilligen seien in dem Waffengarten der Witwe Hehn unter Außerachtlassung jeder gesundheitlichen und hygienischen Anforderungen untergebracht.

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Arbeitswilligen fast durchweg mit Revolvern und Gummiknüeten bewaffnet waren, und daß nur durch das besonnene Verhalten der Streikenden Blutvergiessen verhindert wurde. Säute sich doch einer der „Arbeitswilligenführer“ nicht, gegenüber einem Verhandlungsvertreter die Aeußerung zu tun, daß er, wer ihm auf drei Schritte zu nahe komme, über den Haufen schießen würde.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den unbestraften Angeklagten wegen der angeblichen Beleidigung der Arbeitswilligen eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen, und wegen der Beleidigung der Polizeiverwaltung eine Geldstrafe von 30 M.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, verlangte die Freisprechung. Der Wahrheitsbeweis sei bezüglich der Bewaffnung der Arbeitswilligen fast vollständig erbracht. Auch sei dem Angeklagten der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuches zuzupressen, da er als Angeklagter des Verbandes die Wahrung der Interessen der Mitglieder als erste Pflicht betrachten müsse. Eine Verurteilung wegen Beleidigung der Polizeibehörde scheide unter allen Umständen aus, da der Angeklagte nicht beabsichtigte, die Polizei mit seiner Kritik zu treffen, sondern die Inhaberin des Waffengartens. Auch sei durch Zeugenaussagen und durch die persönliche Inaugenscheinnahme des Quartiers seitens des Angeklagten der Beweis vollständig erbracht, daß alles andere, nur keine idealen Zustände in dem Waffengarten geherrscht hätten. Er wundere sich deshalb über die Leichtigkeit des Anklagevertreters, der einen solchen Antrag stelle.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Freisprechung von der Anklage der Beleidigung der Polizeibehörde. Wegen des „allzu scharfen“ Tones des Flugblattes gegenüber den Arbeitswilligen erachtete das Gericht eine Beleidigung der Arbeitswilligen für vorliegend und erkannte auf 50 M. Geldstrafe.

## Aus der Frauenbewegung.

### Neue Auskunftsstellen des Bundes für Mutterhaus Berlin.

Der Bund für Mutterhaus, Berlin, hat soeben außer seiner Zentral-Auskunftsstelle Berlin-Wilmersdorf, Trautenaustr. 30, vier neue Auskunftsstellen für rat- und hilfesuchende Mütter (eheliche und uneheliche) eröffnet.

SO. Mariannenufer 2, Dr. med. Heinz Stabel (Sprechst. 2-4). N. 37, Schönhauser Allee 164, Fr. Ledbeim (Sprechst. 2-8). SW. 61, Großbeerenstr. 12, Frau Müller (Sprechst. 10-11 $\frac{1}{2}$ ). W. 25, Sühnowstr. 75, Frau Horwitz (Sprechst. 4-5). Die Sprechstunden der Zentral-Auskunftsstelle sind nach wie vor täglich 9-1 vorm. und Dienstag und Freitag 7-9 Uhr abends.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Schönendorf bei König-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 18. März, abends 8 Uhr, findet bei Otto Paetich eine öffentliche Frauenversammlung statt. Um zahlreiche Besuch der Parteigenossinnen bittet Der Vorstand.

### Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Redaktion Dr. Albert Eddelmann. Jede Woche erscheint 1 Heft. Preis pro Quartal 3 M. Einzelnummern kosten 30 Pf. Abonnements nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B. Berlin SW. 68.

„In freien Stunden“. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das abendliche Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B. Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probenummern kostenlos vom Verlag. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postanstalten entgegen.

„Sancta Justitia“. Eine Komödie der Geister von E. Müller. 150 M. — „Im Napoleon“. Politische Familienkomödie von E. Müller. 150 M. — „Im Tr. Müller, Leipzig.“

### Abchlüsse der Reichsbank und der Berliner Großbanken.

Die Beurteilung der Bilanzbilanzen für die wirtschaftliche Entwicklung der Bankinstitute begegnet besonderen Schwierigkeiten. Die Art der Bilanzierung ist nicht nur bei verschiedenen Banken, sondern oft auch bei dem gleichen Institut im Laufe der verschiedenen Berichtsjahre ganz verschieden. Die einzelnen Bilanzposten des Vermögens, des Gewinnes, des Geschäftsergebnisses und der Umsätze sind bei jeder Bank ganz verschieden zusammengesetzt. Wenn man nun wenigstens wüßte, wie die Hauptposten zusammengesetzt worden sind, so ließe sich durch eigene Rechnung und Vergleichung eine Uebereinstimmung erzielen. Aber die Bilanzen enthalten ja nie die einzelnen Summen; eine statistische Nachprüfung ist nicht möglich. Die absichtliche Verschleierung der Geschäftsergebnisse häufig Gewinn und gültigen Stand vor, obgleich das Unternehmen schon ganz unterhöht ist; und nur kurze Zeit noch der schönen Bilanzaufmachung tracht es bereits in sich zusammen. Aber auch bei Banken, die größerer Vertrauen erwecken, ist die Bilanzierung so, daß selbst Riesengewinne oder Verluste in den Ziffern unmerkbar bleiben. So hat die Deutsche Bank durch ihre jetzt gelöste Verbindung mit der Berliner Terrain- und Bau-Aktiengesellschaft nicht weniger als 7 Millionen Mark oder, wenn man den Verlust der zu ihrem Konzern gehörigen Bergisch-Märkischen Bank hinzurechnet, 12 Millionen Mark verloren; trotzdem läßt sich aus der Bilanzstellung nicht das mindeste davon erkennen. Gewinn- und Verlustkonten sind bei allen Aktienunternehmen so gehalten, daß „innere Buchungen“ „stille“ Reserven schaffen und verbrauchen, ohne daß die Ziffern des Gesamtergebnisses eine Veränderung erfahren.

Nicht aus den Zahlen der Bilanzen allein wird man daher einen Einblick in die Entwicklung der Banken gewinnen, sondern nur mit Hilfe der Analyse von Aufgaben und Stellung dieser Institute im Wirtschaftsleben. Die Banken dienen der Vermittlung des Handels, und des Industriekredits. Gerade bei den deutschen Banken ist diese Verbindung beider Aufgaben besonders eng. Sie führt allerdings zu Konsequenzen, die für die Regierung, die Banken und die Kapitalisten mit Unannehmlichkeiten verknüpft sind, die sich in die Frage der Liquidität (Flüssigkeit der Mittel) zusammenfassen lassen. Der Handel braucht für die Vermittlung der Waren zwischen Käufer und Verkäufer nur kurzfristigen Kredit. Das Kapital, das für den bloßen Umtausch der Waren von den Banken vorgeschickt wird, kehrt daher sehr bald wieder zurück. Die Umlaufzeit des kommerziellen Kredits ist eine kurze. Anders beim Industriekredit. Die Industrieunternehmung steckt das geliehene Kapital für längere Zeit in die Produktionsmittel des Betriebes, legt es für Grund und Boden, Gebäude und Maschinen an. Sie bedarf also langfristigen Kredits. Die Interessen des Handels- und Industriekredits, denen die Banken gleichzeitig dienen, widersprechen sich schon in normalen Zeiten. Entschieden nun irgendeine Bewegung im Wirtschaftsleben, durch die Gelder vom Markt zurückgezogen werden, so fehlt es an der Flüssigkeit der Kapitalien. Die Banken haben ihre Gelder festgelegt. Die Kriegsgeschäfte im vergangenen Jahr schuf eine solche Unruhe. Die ausländischen insbesondere französischen Gelder wurden aus Deutschland herausgezogen. Das Publikum befürmte die Sparkassen, entzog den Banken Kapitalien und gab ihnen keine neuen. Die Banken selbst wendeten sich an das halb staatliche, halb private Geldinstitut der Reichsbank. Das steuerfreie Notentontingent der Reichsbank ist daher mehrfach erheblich überschritten worden. Um ähnlichen Ansprüchen zu begegnen, suchte der Reichsbankpräsident Habsenstein die Banken zu größerer Liquidität ihrer Mittel anzuhelfen. Einmal diente dazu die Erhöhung des Zinsfußes für Lombarddarlehen (Verpfändung von Wertpapieren) beim Quartalswechsel. Um den Vierteljahrserträgen werden die abgeschlossenen Termingeschäfte verrechnet; der Geldbedarf der Spekulanten ist dann besonders groß. Diese Erhöhung der Spekulationsgeschäfte will die Reichsbank durch weitere Maßnahmen fördern. Die Reichsbank ist dazu in der Lage, weil sie für die Banken unentbehrlichen Verkehr mit ihr an gewisse Bedingungen knüpfen kann. So fordert Habsenstein eine Erhöhung des „Einschusses“ (der Anzahlung) von Seiten der Spekulanten an die Bank, die das Geschäft für den Spekulanten an der Börse ausübt. Den Nachdruck legt H. aber auf größere Liquidität der Bankkapitalien. Die Mittel sollen leichter erreichbar, schneller zurückziehbar sein. Deshalb wird von H. eine Anleihe in bar und Reichspapieren von 15 Prozent gefordert. Das Reich erzielt dadurch einen Reinertrag. Bei der letzten Emission (Ausgabe von Wertpapieren) wurden die 500 Millionen Anleihe des Deutschen Reichs und Preußens nur mühsam übernommen; ein großer Teil der Papiere liegt noch in den Vorbeständen der emittierenden Banken. Durch vermehrten Absatz der Papiere bei Banken — bei Sparkassen und öffentlichen Versicherungsinstituten soll resp. ist er durch Beschaffung worden — erhofft das Reich, wenn auch vergeblich, einen höheren Kurs seiner Papiere.

Was nun die Liquidität der Berliner Großbanken im vergangenen Geschäftsjahre anbelangt, so konstatiert eine sorgfältige Zusammenstellung der „Frankf. Zig.“, daß die Liquidität der Banken auch in diesem Jahr wieder eine Verschlechterung zeigt. Es wird dies durchaus erklärlich durch die ganze wirtschaftliche Situation des vergangenen Jahres. Das Jahr 1911 ist durch besonders günstige Abchlüsse der Schwereindustrie gekennzeichnet. Die aufsteigende Konjunktur im Appell- und Eisenbergbau führte zu harter Beschäftigung in diesen beiden Industrien und zu hochgeschraubten Preisen. Die Gemischtwerke haben davon den größten Vorteil. Betriebsveränderungen und Fusionen mit gleichzeitigen Kapitalerhöhungen forderten neue Kapitalien. Zum Teil wurde die Ausnutzung der gesamten Produktionsmöglichkeit und die Erweiterung der Anlagen durch die Frage der Syndikaliserungen beschleunigt. Alle Werke suchten bei den Verhandlungen durch höhere Produktionsziffern einen größeren Anteil bei der Erteilung der Produktionsquoten zu erlangen. Das Kapitalerfordernis kann auf zweierlei Arten gedeckt werden. Einmal durch Ausgabe von neuen Anteilsscheinen (Aktien). Die Banken als Träger des Emissionsgeschäfts stecken dabei einen großen Teil des Gründergewinnes, der übrigens für die Beurteilung des Profits einer Unternehmung nicht hinter den später gezahlten Dividenden zu vernachlässigen ist, von vornherein ein. Neben der Ausgabe von Aktien und Aufnahme von Anleihen stehen aber Banken und Industrieunternehmungen in dauerndem (kontolorent.) Verkehr. Je ausgedehnter die Produktion, um so größer der vorübergehende Kapitalbedarf und Kapitalüberschuß. Die Banken — sie üben dadurch gleichzeitig weitgehende Aufsicht über die Unternehmung, auch wenn sie nicht, wie üblich, dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehören sollten — profitieren also an dem Ausschüttung der In-

dustrien und dem angespannten Kapitalkredit. Da schließlich im Zahlungsverkehre Wechsel, Schuldscheine usw. ausgetauscht, gehandelt, verlängert, verkauft werden und jedesmal Zins, Provision den Banken zufallen, so steigen auch hierdurch die Umsätze der Banken. Die aufsteigende Spekulationslust von Privatkapitalisten, die ja stets der Vermittlung der Banken für Vorweggeschäfte bedürfen, bildet ein weiteres Moment der Förderung.

Wären nur diese Tendenzen im Jahre 1911 wirksam gewesen, so hätte der Abschluß sämtlicher Bankengänge und sein müssen. Wohl sind auch die Umsätze und der Bruttogewinn bei allen Instituten erheblich gestiegen. Trotzdem sieht es mit dem Reingewinn bei allen etwas klar aus. Einzelne haben sogar Reserven (Rücklagen) und Gewinne zur Verteilung der Dividenden in Anspruch nehmen müssen, die sonst zu Abschreibungen, Vorträgen für das nächste Jahr und Reserven benutzt wurden. Die Ursachen hierfür liegen einmal in der durch die Teuerung geschwächten Konsumkraft der Massen. Der Verbrauch der Massenbedarfsartikel mußte infolge der Notlage des Proletariats und des niedrigen Mittelstandes stark eingeschränkt werden. Dadurch litten die Industrien, die Fertigfabrikate herstellen; zumal sie noch durch eine wahnsinnig hochgetriebene Schutzpolitik stark beeinträchtigt sind. Ein gleich wesentlicher Grund für die Hemmungen tendenzen im Wirtschaftsleben bildeten die dauernden politischen Wirren und kriegerischen Verwicklungen: die Revolution in Mexiko und die damit zusammenhängende Mobilisierung der Vereinigten Staaten; die Streitigkeiten zwischen Rußland und China um die Mongolei; die Erhebung der Albanier in der Türkei; Frankreichs und Deutschlands Vorstoß (Banker!) in Marokko; die Spannungen zwischen Frankreich, Deutschland und England wegen der marokkanischen Frage; die Tripolisfrage und Italiens Ueberfall auf die Türkei; die chinesische Revolution. Von den Wirkungen (Rückziehung ausländischer Summen, Sturm auf Sparkassen, Anspannung des Kredits usw.) haben wir schon oben gesprochen.

Insgesamt waren für die Banken aber die günstigen Momente ausschlaggebend. Soweit sich aus den wenig durchsichtigen Bilanzen Schlüsse ziehen lassen, sind die Einnahmen aus Zinsen, Wechseln und Provisionen gestiegen. Auch durch die Beteiligung an der Ausgabe von Aktien sind erhebliche Reingewinne gegen das Vorjahr erzielt worden (trotz abföulenden Rückgangs der Biffern, was dadurch erklärt wird, daß das Reich und Preußen auf dem Anleihemarkt als Geldnehmer nicht erschienen).

Neben den hemmenden allgemeinen wirtschaftlichen Faktoren schmälerten den Gewinn der Banken speziell noch ihnen eigentümliche Ursachen. Es ist bekannt, daß bei den starken Konzentrationsbestrebungen die Banken unter sich einen harten Konkurrenzkampf führen, durch den die Generalunkosten relativ schneller steigen als die Geschäftsgewinne. In jedem kleinen Reichtum die Banken durch ein weit ausgedehntes Filialsystem festen Fuß zu fassen und die lästigen Konkurrenten zu beseitigen. Gleich den Filialen der großen Zigarrenfabriken, die an jeder Straßenecke in Berlin zu finden sind, streben auch die Banken Groß-Berlin und das Reich mit einem dichtmaschigen Netz von Zweigstellen zu überziehen. Sie dienen, wie es in einem „Geschäftsbericht“ heißt, vorläufig mehr zur Bequemlichkeit des Publikums als zur sofortigen Gewinnerzielung. Doch das kostspielige Filialsystem hat ein weiteres zur Folge. Die Banken überbieten sich in Kreditangeboten zu den leichtesten Bedingungen, ohne genügende Sicherung. Dabei treiben die Filialleiter, wie kürzlich mehrfach festgestellt, oft ohne Wissen der Zentrale eigene Politik. Die leichte Kreditgewährung (die allerdings von den kleinen Provinzbankiers, denen infolge der Konkurrenz der Großbanken das Wasser am Halse fehlt, weil sehr schlagfertig betrieben wird) führt während des Kampfes ebenfalls zu Verlusten. Zudem hat die Spekulation einschließlich der Banken die günstige Konjunktur im voraus voll ausgenutzt, so daß durch die Hemmungen im vergangenen Jahr und ohne sie in diesem Jahr eine allgemeine Ermattung eintritt, wobei die „faulen“ Geschäfte offenbar werden. Selbst die großen Institute haben eine Politik betrieben, die die moralische Entrüstung der bürgerlichen Dividendenprediger laut hervorruft. Aber selbst bei Berücksichtigung aller dieser Faktoren will es uns doch scheinen, daß die Gewinne der Banken erheblich waren, als sie in den Bilanzen beziffert sind. Die Banken haben sich vielleicht die allgemeinen Klagen über Geschäftshemmnungen durch politische Ereignisse zunutze gemacht, um erhebliche Gewinne in den „stillen“ Reserven verschwinden zu lassen. Den hohen Dividendenaktionären gegenüber ist die nicht erhöhte Dividende damit begründet, und in aller Stille rüstet man für weitere Kämpfe.

Um einige Zahlenbelege zu geben, so belief sich der Gesamtumsatz der Reichsbank auf 877,50 Milliarden Mark gegen 854,15 im Jahre 1910. An Banknoten waren durchschnittlich 57,73 Millionen Mark mehr im Umlauf als im Vorjahre, insgesamt durchschnittlich für 1663,61 Millionen Mark. Der Metallbestand liegt von durchschnittlich 1065,5 auf durchschnittlich 1129,24 Millionen Mark. Das steuerfreie Notentontingent wurde vom 30. September bis 31. Dezember (in der Zeit, als die Kriegsgeschäfte allgemein bekannt war) an sämtlichen Ausweislagen mit Ausnahme des 15. und 23. November überschritten, trotzdem es seit dem 1. Januar 1911 auf 550 (an den Quartalsenden auf 750) Millionen Mark erhöht worden ist. Entsprechend dieser Anspannung des Kredits hielt sich der Zinsfuß etwa auf der Höhe des Konjunkturjahres 1907; er betrug durchschnittlich 4,397 Proz. (1910: 4,346 Proz.). Der Gesamtgewinn betrug 67,20 (1910: 67,43) Millionen Mark, der Reingewinn 27,53 (1910: 27,73) Millionen Mark. Die privaten Aktionäre erhalten davon insgesamt 10,54 Millionen Mark oder 5,58 Proz. (1910: 6,48 Proz.) Dividende, die Reichskasse 14,96 Millionen Mark (1,21 Millionen Mark weniger als 1910), der Reservefonds 2,12 Millionen Mark.

Von den Berliner Großbanken\*) berücksichtigen wir folgende: Deutsche Bank (200), Dresdener Bank (200), Diskontogesellschaft (170 + 30), Darmstädter Bank (160), Schaaffhausenscher Bankverein (145), Berliner Handelsgesellschaft (110), Commerz- und Diskontobank (85), Nationalbank (80 + 10), Mitteldeutsche Kreditbank (54 + 6). Nach einer Zusammenstellung der „Frankf. Zig.“ liegen die Einnahmen aus Zinsen und Wechseln um 8 Millionen Mark, die Provisionseinnahmen um 4,93 Millionen Mark. Der Gewinn aus Effekten und Beteiligungen sank um 1,11 Millionen Mark (im Vorjahr aber um 7,04 Millionen Mark. Vgl. dazu oben die Ursache!). Der Bruttogewinn erhöhte sich um 11,35 Millionen Mark. Die Ankosten nahmen um 6,02 Millionen Mark zu. Für Abschreibungen wurden 3,40 Millionen Mark mehr aufgewendet. Der Reingewinn belief sich auf 15,066 Millionen Mark (gegen Vorjahr 3,32 Millionen Mark mehr). Dabei ist zu erwähnen, daß auch 26 Millionen Mark neue Aktien mitarbeiteten, die sich durch den Ausschlag bei der Ausgabe auf 67 Millionen Mark

\*) In Klammern ist das Aktienkapital in Millionen Mark angegeben. Die Zahl hinter dem + Zeichen bedeutet die Kapitalerhöhung während des Jahres.

erhöhen. Dividenden wurden 1 075,3 Millionen Mark verteilt, d. h. durchschnittlich 8,71 Proz. Für Tantiemen, Gratifikationen (einschließlich des Renommierpostens „Beamtenfürsorge“) wurden 30,02 Millionen Mark ausbezahlt.

Diese Riesenziffern, in denen sich auch der Einfluß der Industrie verkörpert, bedeuten ein Stück Macht, bedeuten nach dem Lassalischen Wort ein Stück Verfassung. Aber diese Macht dient nur privaten Interessen, diese Verfassung hilft und gibt nur dem, der schon hat. Das Proletariat hat nur seine eigene Kraft und seinen eigenen Willen entgegenzusetzen. Aber es weiß sich doch des Sieges über jene Mächte sicher. Steht doch in ihnen seine eigene Arbeit, schafft es doch jene Werte selbst. Im Vertrauen auf diese Wurzeln der kapitalistischen Kräfte, im Besitz des Schlüssels zum Verständnis und zur Bändigung jener Gewalten fordert es, was die Entwicklung selbst gefordert: die Ueberführung jener Mächte aus der Sphäre der Privatinteressen in die Ordnung bewachter, gesellschaftlicher Regelung.

### Soziales.

#### Krebs-Verklart.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit e. V. hat ein Verklart für das Volk herausgegeben, um die Allgemeinheit auf die frühzeitigen Erscheinungen der Krebskrankheit aufmerksam zu machen und zu möglichst frühzeitiger Nachsicherung ärztlicher Hilfe zu veranlassen. Nur in einem möglichst frühen Stadium ist die Krebskrankheit, und zwar durch Operation, mit Aussicht auf Erfolg zur Heilung oder zum Stillstand zu bringen. Das Verklart ist von der Hirschwaldschen Buchhandlung, Berlin NW. 7, Unter den Linden 68, oder von der Geschäftsstelle des Zentralkomitees, Berlin W. 35, Magdeburger Straße 14, zum Preise von 10 Pf. das Stück, bei Abnahme von mehr Exemplaren entsprechend billiger, zu beziehen.

#### Wetterverklart für Hüttenarbeiter.

Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. hat folgendes Verklart für Hüttenarbeiter herausgegeben:

Wie kann eine Weibergiftung entstehen? Die in Blei-, Zink- und auch anderen Hütten vorhandene Gefahr der Weibergiftung läßt sich vermeiden, wenn man die nötige Vorsicht gebraucht.

Weibergiftung erfolgt durch Aufnahme des Bleies in den Körper. Dies geschieht durch Einatmen des immer bleihaltigen Staubes und Rauches oder beim Essen und Trinken, beim Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak, wenn Speisen oder Tabak mit schmutzigen Händen und schmutzigem Gesicht und Bart gegessen oder mit bleihaltigem Staube bedeckt in den Mund gebracht werden.

Bleifist ist niemand. Das Blei sammelt sich bei den Unvorsichtigen im Körper an und wer heute nicht erkrankt, kann morgen oder nach Wochen und Monaten erkranken.

Wie verklart man die Weibergiftung?

Alle Hüttenarbeiter müssen reinlich sein. Dabei sollen sie besonders folgendes beachten:

1. In ihrem eigenen Interesse liegt es, die Abgabeborrichtungen instand zu halten, und die von den Behörden und der Hüttenleitung erlassenen Vorschriften genau zu befolgen, ferner besondere Arbeitskleider zu tragen, Mund- und Nasenschützer zu benutzen und den Hüttenraum zu besprengen, wo es vorgeschrieben ist.
2. Von der höchsten Wichtigkeit ist es, daß man vor den Häusen und nach der Arbeit Gesicht, Mund, Bart und Hände sorgsam reinigt. Man soll nie essen oder das Werk verlassen, bevor man die Arbeitskleider mit anderen vertauscht und sich gründlich gewaschen oder noch besser gebadet hat. Wer während der Arbeit trinkt, soll den Rand des Trinkgefäßes nicht mit schmutzigen Händen berühren. Besonders Wert lege man auf regelmäßiges Zähneputzen und Mundausspülen.
3. Während der Arbeit soll man das Weibentauschen sowie das Schnupfen und Kauen von Tabak, wobei stets Blei in den Mund kommt, unterlassen, da Verunreinigungen der Hände mit bleihaltigen Stoffen nicht zu vermeiden sind. Das Anwenden der Pfeife mit glühender Kautschukspitze ist wegen der Gefahr des Einatmens von Weibdämpfen höchst gefährlich.

Man muß aber auch seinen Körper gegen die Wirkungen des Bleies schützen. Dazu muß man vor allem im Trinken möglich sein. Unter keinen Umständen sollen Hüttenarbeiter Wein trinken, auch nicht außerhalb der Hütte. Aber auch Leute, die andere geistige Getränke in reichlichen Mengen genießen, neigen viel mehr zur Weibergiftung als ganz Enthaltene.

Von Wert zur Vorbeugung gegen die Weibergiftung ist eine kräftige und fettreiche Nahrung, also z. B. Milch und Speck; besonders zu empfehlen sind Schleimuppen vor der Arbeit. Sie begünstigen die Arbeit mit leicem Magen.

Und dann: In freier Zeit gebe man die freie Luft! Marschieren, Turnen, Spazierengehen, Arbeit im Garten und Feld hilft über manche Schädigung hinweg.

Glaubt jemand an Weibergiftung erkrankt zu sein, so wende er sich in seinem und seiner Familie Interesse sofort an den Rassenarzt.

#### Die Weichte als Mittel für hohe Geburtenziffern?

Neht beschäftigt sich die „Kölnische Volkszeitung“ in einem Leitartikel, der bezeichnenderweise als Signum zwei kleine nackte Menschenlein vor den Lesern gesetzt bekommen hat, mit den von uns in der Nummer vom 5. März mitgeteilten absonderlichen Ergebnissen der wissenschaftlichen Arbeit des Universitätsprofessors Wolff (Dresden). Er hat bekanntlich kürzlich „festgestellt“, daß nur die katholischen Volksteile Deutschlands ein Bevölkerungswachstum erzeugen, während die Anhänger der Sozialdemokratie nichts mehr von den Mühen des Kindererzeugens wissen wollten.

Professor Wolff hat mit Angst und Bangen auch von einer Zeit gesprochen, da die Zentrumsheute nicht mehr so eifrig sein werden wie heute. Die „K. V.“ meint, die Gefahr bestünde so lange nicht, als für die deutschen Katholiken die Weichte „der mächtigste Stachel“ sein wird. Der „K. V.“ passiert hier die lustige Entgegnung, daß sie das Stüt „der mächtigste Stachel“ aus einer Weigerung des gottlosen — Volkzwe entnimmt. Die Hauptsache ist aber: was hat die Weichte mit der Kindererzeugung zu tun? Da die „K. V.“ in einem Leitartikel den Zusammenhang als selbstverständlich bringt, so folgt daraus, daß die katholische Weichte sich darauf erfreut, zu kontrollieren, was die Eheleute tun und was sie unterlassen, und daß die Weichte die Kindererzeugungsfreudigkeit der katholischen Eheleute sichert.

Die „K. V.“ meint, daß ein gesunder Bevölkerungswachstum die Zukunft des Volkes gewährleistet. Da der sozialdemokratische Nachwuchs „eingeständenermaßen“ aus katholischen Ehen stammt und dort doch nicht ungesunder Bevölkerungswachstum stattfindet, muß die Sozialdemokratie die Zukunft des Volkes für sich haben — womit wir durchaus einverstanden sind!

#### Wozu man Landkrankenlasten braucht.

In einem Vortrage im landwirtschaftlichen Amtsbereich Lünen führte Dr. Schöfers von der Landwirtschaftskammer in Münster in Westfalen nach der „Deutschen Krankenlastenzeitung“ aus: Es müsse darauf Bedacht genommen werden, daß bei Insbesonderen der Landkrankenlasten (seltener) würde, daß im Winter eine geringere Leistung bestände als im Sommer, da erkrankungsgemäß gerade im Winter das Simulantentum vorherrschend sei. Des weiteren sei zu empfehlen, daß die Wöchnerinnenunterstützungen auf 4 Wochen ermäßigt würden. Die Ausführungen des Redners

wurden selbstverständlich sehr beifällig aufgenommen. Herr Schulte-Rump hätte dem Vortragenden namens des Vereins besonderen Dank ab. Dann warnte Herr Schulte-Rump ebenfalls vor dem Eintritt in die Ortskrankenkassen. Alle Mitglieder sollen mit Behutsamkeit sein, daß die Landkrankenstellen gut ausgefüllt würden.

Die empörenden gegen die Landarbeiter gerichteten Ausnahmeverordnungen sollen also grundsätzlich zungunsten der Arbeiter in Kraft gesetzt werden. Die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen ist bekanntlich von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt.

## Aus aller Welt.

### Der preußische Untertan.

Der Hauptmann von Köpenick ist nur eine Fabrikmarke, keine Einzelschneidung.

Jetzt wöchentlich kommt ein Fall zur öffentlichen Kenntnis, in dem Expresse die Rolle des Kriminalbeamten spielen, um das Opfer ein wenig leichter zu machen. Die letzte Angelegenheit dieser Art meldet der Lokalbericht: Zwei Individuen lernen einen Mann kennen, der eine zeigt irgend ein Schriftstück vor, verhaftet den Verdächtigten und führt ihn aufs Polizeipräsidium. Der Mann läßt sich auch ruhig abführen! —

Daraus zweierlei folgt: wie groß muß die Zahl der unverständlichen und unverständigen Verhaftungen sein und wie tief muß die Erkenntnis von der Nutzlosigkeit eines Proteskes in die Köpfe gedrungen sein. — Der Mann brauchte durchaus kein Dummkopf zu sein — was sich allerdings nachher abspielte, hätte ihn aufwachen können — aber sich von der Jungferneide bis zum Alexanderplatz als verhaftet führen zu lassen, zeigt, wie wenig offensbare Ungeheuerlichkeiten noch auffallen. Die falschen Kriminalbeamten sind von den richtigen nicht mehr zu unterscheiden.

Grundlose Verhaftungen sind an der Tagesordnung: die Leute Jagows fassen jeden Tag mindestens einen Mörder — ihres Glücks, weil er leider immer noch beweisen kann, daß er es nicht war. Die Untersuchungshaft wird flott verhängt, speziell wenn der Täter keinen Kragen hat — war er es nicht, so wird er schließlich mit ungehörigen Bemerkungen hinauskomplimentiert. Die Polizei stief

Ihre Nase in alle möglichen Angelegenheiten, sie paßt genau auf, daß in diesem Lokal nur bis 1/2 12, in jenem nur bis 1/2 12 getanzt werde, alles, alles tut sie — nur nicht, was man eigentlich erwartet.

Denn das besteht nach dem Allgemeinen Preussischen Landrecht von 1794 darin, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen. Paraden, — Pferde, die auf der Straße verreden und nicht totgeschossen werden dürfen, — Schuß gegen Lärm, — Dienstbotenbehandlung, — geprügelte Kinder . . . hier ist der Weltweits . . . Herr Jagow nicht zu finden. Er hat so viel zu tun.

Berlin wird wirklich vom roten Haus aus regiert. Aber das steht auf dem Alexanderplatz.

### Eisenbahnkatastrophe in Westgalizien.

Auf der Eisenbahnstation Trzebinia hat sich am Dienstag morgen ein schweres Eisenbahnunglück zugetragen. Ein mit Feldarbeitern besetzter Zug streifte bei der Ausfahrt aus der Station eine stehende Lokomotive, wodurch mehrere Wagen entgleisten. Bei dem Unglück wurden 20 Personen schwer und 33 leicht verletzt. Der erste Rettungszug kam aus Trzebinia, der zweite aus Krakau, wohin die Verletzten in die Krankenhäuser geschafft wurden. Während des Transportes ist ein Arbeiter gestorben. In dem verunglückten Zuge waren Arbeiter, sogen. Sachsen-gänger, förmlich eingepfercht, wodurch sich die große Zahl der Verletzten erklärt. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, da viele Passagiere in den Trümmern der umgestürzten Waggons fest eingeklemmt waren. Die Verletzungen bestehen vielfach in Arm- und Beinbrüchen sowie Quetschungen. Als nach Rückkehr des Hilfszuges nach Krakau die Verletzten in die Krankenhäuser gebracht wurden, mußten zum Transport Möbelwagen und andere Fuhrwerke benutzt werden.

### Folgen des Religionsfanatismus.

In dem pommerischen Dorfe Deutsch-Priddenow ist eine sehr fromm und religiös veranlagte Familie, bestehend aus den

Eltern, einem erwachsenen Sohne und einer erwachsenen Tochter, wahnsinnig geworden. Nachdem schon vor einiger Zeit die Tochter wegen religiösen Wahns in einer Heilanstalt untergebracht wurde, fand sich ein Baptistenmisionar bei den Leuten ein, der sie tröstete und Gebete mit ihnen abhielt. Die Folge war, daß der Sohn ebenfalls in Wahnsinn geriet und wegen Gefährdung anderer dem Irrenhause zugeführt werden mußte. Da sich jetzt auch bei den Eltern Spuren des Wahnsinns zeigten, wurden sie in ärztliche Behandlung genommen und ihr Besitztum in Zwangsverwaltung genommen.

### Kleine Notizen.

Zum Unglück in Duisburg. Von den bei der Einsturzkatastrophen auf der Niederrheinischen Gatte schwerverletzten Arbeitern sind bis jetzt zwei den Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der getöteten Arbeiter jetzt drei beträgt.

Schredendat einer Mutter. In Grünstadt (Provinz Sachsen) hat Montagmorgen um 6 Uhr die 24jährige Frau Hode, Mutter von sechs Kindern, drei ihrer Kinder in die Saale geworfen und ist ihnen nachgesprungen. Ein Knabe von 4 1/2 Jahren konnte gerettet werden, die Mutter und die anderen Kinder ertranken. Die Leiche des einen Kindes wurde noch nicht aufgefunden. Ein Mädchen von 6 Jahren konnte sich den Händen der Mutter entwinden und lies in den Ort, wo es die Schredendat verkündete.

Schwerer Unfall bei Sprengarbeiten. Als am Dienstagvormittag Pioniere mit der Sprengung eines Fabrikshornsteins in der Vorstadt Löbau bei Dresden beschäftigt waren, wurden durch umherfliegende Ziegelsteine eine Anzahl Personen verletzt, darunter vier Arbeiter schwer. Eine Arbeiterfrau starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Abgestürzter Militärflieger. In der Nähe von Paris ist am Dienstag der Militärflieger Leutnant Sevelle mit seinem Flugzeug abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Eisenbahnunglück in Nordamerika. Der den Namen Twentieth Century Limited führende, nach Osten fahrende schnellste Expresszug der New York Centralbahn, der zwischen Chicago und New York verkehrt, ist in der Nähe von Poughkeepsie verunglückt. Vier Wagen sind in den Hudson gestürzt. Mehrere Personen wurden verletzt.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis**  
(Köpenicker Viertel).  
Bezirk 208 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Gastwirt

**August Schlinke**

68jähriger Uter 3  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 14. März, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-  
köpen, Hermannstraße, aus statt.  
214/6 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises**.

Am Montag, den 11. März,  
verstarb unser Genosse

**Amalie Grabbert**

Garnkauer Straße 14.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 15. März, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Philippus-Apostel-Kirchhofes aus  
nach dem städtischen Friedhof,  
Häckerstraße Ecke Seestraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/15 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Silber-  
arbeiter

**Julius Zander**

am 12. d. Mts. an Lun-  
genleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomaskirchhofes in  
Hilber, Hermannstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
die Metallarbeiterin

**Hermine Dietz.**

Die Beerdigung findet heute,  
Donnerstag, den 14. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des katholischen Kirchhofes  
in Reinickendorf, Humboldtstr. 71,  
aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
der Mechaniker

**Gottfried Fuhs.**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. März, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Friedhofes  
in der Häckerstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
der Schiefer

**Emil Kuwatsch.**

Die Beerdigung findet heute,  
Donnerstag, den 14. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Friedhofes  
in Friedrichstraße aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet  
113/18 Die Ortsverwaltung.

**Fontane-Promenade 10**

Restaurant mit 3 Zim. zu verm.

**Zentralverband der Töpfer**  
**u. Berufsgenossen Deutschl.**

Filiale Groß-Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied

**August Grüneberg**

(Bez. Wedding)

im Alter von 49 Jahren an der

Zuckerkrankheit am 12. d. Mts.  
verstorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Neuen Nazareth-Kirch-  
hofes in Reinickendorf, West. Kögel-  
straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
192/7 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Gleichwohl allen Bekannten und  
Freunden die traurige Nachricht,  
daß am Montag, den 11. März,  
unser innigst geliebter Sohn und  
Bruder, der Mechaniker

**Gottfried Fuhs**

nach kurzer aber schwerer Krank-  
heit im 20. Lebensjahre ver-  
storben ist. 236/2

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Eltern und Geschwister

Weddingstr. 5.

Die Beerdigung findet am  
15. März, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des städti-  
schen Friedhofes Müllerstraße (Ein-  
gang Müllerstraße) aus statt.

**Verband der freien Gast- und**  
**Schankwirte Deutschlands.**

Ortsverwaltung Reinick.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß die Ehefrau unseres Kollegen

**Auguste Malo**

geb. Weihe

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 14. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Reinickendorfer alten Friedhofes,  
Berik, Radower Straße, aus statt.  
72/13 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-**  
**kasse d. deutschen Wagenbauer**

Berlin 3.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied

**Albert Wandrei**

am 11. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 15. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
der Golgatha-Gemeinde, Barjas-  
straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
257/9 Die Ortsverwaltung.

**Eise Teut**  
im Alter von 28 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
Die trauernde Mutter  
Witwa Charlotte Teut geb. Wornicke.

Die Beerdigung findet am

Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom  
Kranerhause Heidenfeldstr. 9 aus  
nach dem Zentralfriedhof in  
Friedrichstraße statt.

**Großer**  
**Inventur**  
Ausverkauf!

Auf vorläufigen Anlaß  
in Schenckenschen Straße  
Süd, vom 1. bis 25.

**50%**

traditionell immer Plüsch  
mit den Schönheitsformen  
Stark u. Schwachstromanlagen

**Kronen-Armhold**

Stark- u. Schwachstromanlagen

Abteilung für Stark- u. Schwach-

stromanlagen.

*Das gesündeste Zigarettenmisch  
ist Goldmanns Witzgolfen  
in Witzgolfen.*

*Das Unfallmisch!*

# Manoli

Cigarettes  
Specialmarken

Abbas Dandy  
Gibson Girl

# Palmona

(Pflanzen-Butter-Margarine)

ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus  
nicht zu unterscheiden. Wer das nicht  
glauben will, streiche sich ein Palmona-  
Butterbrot und überzeuge sich selbst!  
Probieren geht über Studieren!

Lassen Sie sich keine Nachahmungen  
aufdrängen!

Auch Teilzahlung!

Nur mit.  
**Möbel-Misch**

Gr. Frankfurter Str. 48/46

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Allen Freunden und Bekannten,  
die uns aus Anlaß des Dahin-  
gehens unseres lieben Vaters und  
Onkels **Robert Flatow** ihre  
herzliche Teilnahme bewiesen haben  
und besonders Herrn Stadt. Balder  
Kranke für seine freundlichen  
Borte sagen wir hiermit innigen  
Dank. 55/5

Winn Flatow geb. Goldberg.  
Georg Flatow, Neffen.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 15. März cr., abends 6 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Karl Giebel über: „Was haben die Gewerkschaften vom neuen Reichstage zu erwarten?“ 2. Wahl eines Mitglieds in den Zentralvorstand. 3. Der Antrag Kronfeld. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Beuthstr. 19-20:

## General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Sektionsvorstandes. 2. Neuwahl des Sektionsleiters und des Arbeitsvermittlers. 3. Verschiedenes und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

## Bezirk Süd-Ost.

Sonntag, den 17. März 1912, abends 5 Uhr, in den Raunyn-Festhallen, Raunynstr. 6:

## Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen Wermuth: „Die Revolution von 1848“. Im Anschluss: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch aller Mitglieder und deren Frauen erwartet.

Die Bezirksleitung.

## Gruppe der Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, bei Wille, Sebastianstr. 39:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Beratung und Beschlussfassung über die aufzustellenden Forderungen. 2. Berufsfragen.

## Gruppe der Staker.

Sonntag, den 17. März 1912, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Gruppenleitung.

## Sektion der Stoffatoure.

Freitag, den 15. März 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das neue Vertragsmuster der Unternehmer. 2. Diskussion. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig und wird gebeten, an der im gleichen Saal um 1/8 Uhr vorzunehmenden Ersatzwahl des Geschäftsausschusses teilzunehmen. Die Sektionsleitung.

## Sektion der Puzer.

Bei der am Sonntag, den 10. März d. J., stattgefundenen Vorstandswahl sind Stimmen abgegeben als 1. Vorsitzender für Neumann 254, für Schulz 182, als 2. Vorsitzender für Kaller 431, als Schriftführer für Richter 442, als Beisitzer für Gildardt 427 und für Franz 428. Der Sektionsvorstand setzt sich demnach im laufenden Jahre aus den Kollegen G. Neumann als 1. Vorsitzender, P. Kaller als 2. Vorsitzender, Richter als Schriftführer, Franz und Gildardt als Beisitzer zusammen. 167/20\*

## Allgem. Deutscher Gärtner-Verein.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Branche: Landschaftsgärtnerei.

Bureau: Berlin S. 42, Luisenpark 1. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3725.

Gärtner! Gartenarbeiter!

Freitag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

in Deffs Festhallen, Schöneberg, Hauptstr. 5.

Tagesordnung:

1. Der Abbruch der Verhandlungen durch die Arbeitgeber und was sagen die Arbeitnehmer dazu? Referent: Kollege Walter Kwassnik.

2. Freie Aussprache. Diese Versammlung ist die wichtigste Versammlung in diesem Frühjahr! Also vorwärts, Mann für Mann zur Versammlung.

Die Branchenleitung.

## Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Rulandstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 17. März 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15 (großer Saal):

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Diskussion über den Jahresbericht von 1911. 2. Anträge zum Verbandstage. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 4. Branchenanliegenheiten. 45/11\* So ist Pflicht unserer Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. In dieser Versammlung werden Plakate und Einladungen zu dem am 20. März cr. in der „Neuen Welt“ stattfindenden Frühlingstanz ausgegeben. P. C.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Laden- und Kontormöbelbranche.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Befähigung des Wahlrechts und Ausgabe der Delegiertenkarten. 80/8

## Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Achtung! Versicherungsangestellte!

Morgen Freitag, den 15. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den

Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelmstraße 18m:

## Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Staatshilfe — Selbsthilfe und die Versicherungsangestellten.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Giebel.

Freie Diskussion. 47/8

Zahlreichen Besuch erwartet in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 15. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, in

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Generalversammlung. Referent: Alwin Schulze. 2. Wahl der Delegierten. 3. Bericht über die Tarif- resp. Lohnbewegung. 4. Verschiedenes. 187/7\*

Angesichts der hochwichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin

Neue Friedrichstraße 9-10.

Das Kassenlokal befindet sich

vom 18. März 1912 ab

im eigenen Hause.

Köpenicker Str. 80-82.

Wegen Umzug bleibt das Kassenlokal am 16. März geschlossen. 271/13

Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zingischer zu Berlin.

Die General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitnehmer findet

am Donnerstag, den 21. März cr.

abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3, statt,

wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung der Protokolle.

2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1911.

3. Abänderung des Statuts § 13 erster Absatz Ziffer 3.

4. Besprechung und Beschlussfassung über Zentralisierung der Krankenkassen.

5. Kassenangelegenheiten.

Zur Beachtung! Es wird nochmals

darauf aufmerksam gemacht, daß die

Kassenstunden des Sonntags, abends von 6-8 Uhr, fort-

fallen, dafür Sonnabends von 8 bis

1 1/2 Uhr die Kasse geöffnet ist.

Berlin, den 13. März 1912.

Der Vorstand.

W. Schütt, Vorsitzender.

## Möbelfabrik „Phönix“

G. m. b. H.

Die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

findet im Geschäftslocale, am 25. März,

nachmittags 5 1/2 Uhr statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

2. Statutenänderung (Erhöhung des

Geschäftsanteils und der Postsumme).

3. Neuwahlen.

4. Geschäftliches. 42/13

Der Vorstand.

## Kranzspenden

sowie alle Blumenarrangements liefert

schnell, geschmackvoll, billig

Paul Groß, Lindenstraße 69,

Am Moritzplatz 7263.

Wegen Separierung

## Gänzlicher Ausverkauf

des übernommenen Schuhwarenlagers

## Rosenthalerstr. 40-41

(Hackescher Markt) Kinderstiefel,

schwarz

kräftig in Oberleder u. Sohle

20-24 25-26 27-30 31-35

1.55 2.25 2.95 3.75

Kinderstiefel, braun mit Lack-

kappe

27-30 31-35

3.75 4.25

## Damenstiefel

in Chevreau mit Lackkappe

breite u. halbbreite Passons

36-42 Paar 4.95

echt Chevreau mit Lackk.

schicke Form, 36-42 5.75

echt Chevreau mit Lackk.,

Goody-Weit, amer. Formen

36-42 Paar 7.95

## Herrenstiefel

Rindbox, Zug-,

Schnür- u. Schnallen

stiefel, kräftig,

Straßen-Stiefel,

40-46 . . . nur 5.95

Chevreau-Schnürstiefel

mit Lackkappe

wunderbare Passon nur 6.95

Prima Chevreau Schnürstiefel,

Goodyear-Weit, in amer. elegant.

Formen, sehr schick . . 8.95

## Halbschuhe

für Beil und Straße. Die

elegantesten Modelle in Lack,

Wildleder und Chevreau

nur 5.95 4.75 3.95

## Einsegnungstiefel

für Mädchen und Knaben

in modernen Formen

7.50 6.50 5.50 4.75 3.95

Den „Vorwärts“-Lesern

gewähre Rabatt.

# Gardinen-

Spezialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster,

weiß und creme

p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.

Imit. Point-laco-Künstler-

Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>

Elegante Sezessions-Tüll-

Stores . . . M. 1<sup>85</sup>

Gestickte echte Spachtel-

Stores . . . M. 7<sup>75</sup>

Goldfarbige reichgestickte

Band-Stores . . . M. 3<sup>85</sup>

Tüllbettedecken, Größe

180/220 cm . . . M. 2<sup>50</sup>

Reichgest. Erbstüll-Bett-

decken . . . M. 6<sup>75</sup>

Elegante Tüll-Bettrück-

wände . . . M. 6<sup>75</sup>

Brise-Bise (Scheibenschleier)

25, 35, 40, 50 Pfennig.

Nach auswärts p. Nachnahme.

## Spezial-Katalog

mit circa 650

Abbildungen gratis und franko.

## Für Groß-Berlin!

Freitag, 15. März, 1/9 Uhr,

„Neue Philharmonie“, Köpenicker

Straße 36:

## Öffentliche Versammlung.

„Was erwarten wir vom

Zweckverband?“

Das Wachsen Berlins in Lichtbildern.

Diskussion. 288/7\*

Redner: Albert Kohn, Orts-

Krankenkasse für den Gewerbedistrikt

der Rosenthalerstr.

Dr. Kuczynski, Dir. d. Statist.

Amtes der Stadt Schöneberg.

Reg.-Baumeister Gust. Langen.

Karl Ladendorff.

J. Zanke.

Lehrerin Sachs.

Oberingenieur Stegemann.

Verfasser Heidenreich.

Stadtverordn. Zobel-Schöneberg.

W. Willmann.

Dr. Jablonski, Baldbühnenverein.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

## Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnschmückungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Einzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 5685\*

## Keine Fleishteuerung mehr

weil bei Benutzung des aus Pflanzenstoffen hergestellten Mohr'schen

Pflanzenfleisch-Extrakts „Ochsena“ 1 Tasse Bouillonsuppe mit kräftigem, würzigem Fleischgeschmack nur einen Pfennig kostet.

„Ochsena“ gibt jeder schwachen, hellen Fleischsuppe, Braten-Sauce, Ragout, Gulasch die gewünschte braune Färbung und kräftigen, würzigen Fleischgeschmack. „Ochsena“ ist auch vollständiger Fleischersatz zum Mittagessen in allen Suppen aus Gemüse, Hülsenfrüchten (Erbsen, Bohnen, Linsen), Kartoffeln, Reis, Grütze, Nudeln, Graupen, Quaker Oats usw. Diese Suppen werden in ungekochtem Wasser gar gekocht, dann à Person bis 10 Gramm „Ochsena“ zugesetzt und hat man alsdann

schmackhaftes, nahrhaftes Mittagessen mit kräftigem und würzigem Fleischgeschmack für zehn Pfennig.

„Ochsena“ ist in den meisten Geschäften der Nahrungsmittelbranche käuflich:

Dose à netto 30 Gramm . . . 10 Pf.

Dose à netto 500 Gramm (ein Pfund) 1 Mk.

Wo noch nicht vertreten, senden zum Versuch mit Post als Muster ohne Wert 5 Dosen à 30 Gramm für 60 Pf. Betrag im nach Empfang der Ware in Briefmarken einzusenden. 424

Altona-Ottensen. MOHR & Co., G. m. b. H.



Die Gemeindevahlbewegung.

Friedrichshagen. Die Ergänzungswahlen für die 3. Abteilung finden am Sonntag, den 17. März, vormittags 11 1/2 Uhr bis nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Die 3. Abteilung wählt in zwei Bezirken. Das Wahllokal für den 1. Bezirk ist „Restaurant Cisteller“, Friedrichstr. 69/71, und für den 2. Bezirk Restaurant Conrod, Friedrichstr. 137. Unsere Kandidaten sind für den 1. Bezirk: Genosse Hermann Grau und für den 2. Bezirk: Genosse Fritz Larnow. Für die 2. Abteilung findet die Wahl über den ganzen Ort am Montag, den 18. März, von nachmittags 5 Uhr bis abends 8 Uhr im Restaurant Scholz, Friedrichstr. 81, statt und sind zwei Vertreter zu wählen. Unsere Kandidaten sind die Genossen Otto Schaale und Wilhelm Korfing. Da wir uns das erste Mal an der Wahl für die 2. Abteilung beteiligen, ist es Pflicht eines jeden Genossen, alle für uns in Betracht kommenden Wähler der 2. Klasse an die Wahlurne zu bringen.

Heute abend Kubertierung der Flugblätter im Jugendheim, Friedrichstr. 80.

Morgen Freitag abend von den Jahlabendlokalen aus: Flugblattverbreitung.

In Rahndorf finden die Wahlen am Sonntag, den 17. d. Mts., statt. Die Genossen wollen dafür Sorge tragen, daß mit dem in der dritten Abteilung aufgestellten Kandidaten, Genossen Voddin, der erste Sozialdemokrat ins Gemeindeparlament einzieht.

Rudow. Am Sonnabend, den 16. März, vormittags 10 Uhr, findet die Gemeindevahl für die dritte Abteilung statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Otto Schulz. Genossen! Sorgt dafür, daß unser Kandidat als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

Wahlergebnisse.

Groß-Lichterfelde. Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl konnten unsere Genossen einen Sieg nicht erringen, doch steht im 2. Bezirk unser Genosse Wenzel in ziemlich auskömmlicher Stichwahl. Im 1. Bezirk erhielt der sozialdemokratische Kandidat Genosse Neumann 344, der bürgerliche Kandidat 473 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Im 2. Bezirk entfielen auf unseren Genossen Wenzel 435, den bürgerlichen Wagner 320 und den Bürgerlichen Schulz 112 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und dem Bürgerlichen stattgefunden. Im 3. Bezirk siegte der Bürgerliche Fischer mit 253 Stimmen über unseren Genossen Osburg, der 167 Stimmen auf sich vereinigte.

Tempelhof. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl der 3. Abteilung wurde im 1. Bezirk Genosse Banzlich mit 14 Stimmen Majorität gewählt. Mit ihm zieht der vierte Genosse in die Gemeindevorstandswahl.

Reuthen. Bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevorstandswahl erhielt unser Kandidat, der Genosse Kalte 8, 74, der Kandidat des Grundbesitzervereins 54 Stimmen. Hier von waren 14 Stimmen. Die bürgerliche Wahlvereinerung brachte für ihren Kandidaten 28 Stimmen auf, wovon 5 Stimmen waren. Es findet mithin Stichwahl zwischen unserem Genossen Kalte und Herrn Ansel statt. Diefelbe ist auf Donnerstag, den 21. d. M., abends von 6 1/2 bis 8 Uhr, festgesetzt. Da es sich nur um einige Stimmen handelt, die noch aufgebracht werden müssen, ist es Aufgabe unserer Genossen, am Stichwahltag ihre Pflicht zu tun. Am Freitag, den 16., abends 8 1/2 Uhr, findet hierzu ein Extrajahlabend für den Bezirk bei Umbmann statt.

Schöneiche. Bei der Wahl am Montag gelang es leider nicht, unseren Genossen Wahl zum Siege zu verhelfen. Vorläufig sind die bürgerlichen Herren noch unter sich geblieben; es wird unsere Aufgabe sein müssen, nach zwei Jahren ihre beschauliche Ruhe zu stören.

In Klein-Schönebeck-Nichtenau wurde Genosse Tobias in der dritten Abteilung mit großer Majorität wiedergewählt.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneiche. Sonntag, den 17. März, von morgens 8 Uhr ab: Handzetteldruckerei von den bekannten Lokalen aus.

Die Bezirksleitung.

Alt-Bliesenitz. Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend für den Bezirk Ostteil Falkenberg beim Genossen Schäfer. Der Vorstand.

Tege. Am Sonnabend, den 16. März, findet ein Johann-Strauß-Abend in Trapp's Festlokalen statt. Von Freitag ab sind Billetts nur noch in der Zigarrenhandlung von J. Bauer zu haben. Die Bezirksleitung.

Rudow. Am Sonntag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von A. Palm: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Alles durch das Telephon.

Bellamy hat in seinem Buche: „Im Jahre 2000“ ein Zukunftsbild entworfen, wie sich seiner Meinung nach mit Hilfe der Erfindungen und der Entwicklung der Technik die Zukunft entwickeln werde. An dieses Phantasiebild wird man erinnert, wenn man hört, daß der Unternehmungsgeist eine Gesellschaft veranlaßt hat, schon heute zu verwirklichen, was Bellamy dem Jahre 2000 vorbehalten wollte. Eine Gesellschaft hat folgenden Plan: Sie will alles Wissenswerte per Telephon den ihr angeschlossenen Teilnehmern stündlich übermitteln. Früh acht Uhr beginnt die Uebermittlung und dauert bis abends. Die telephonischen Nachrichten sollen sich beziehen auf Vorgänge an der Börse, im Parlament, auf solche aus dem Auslande, aus dem Reiche und am Orte. Auch Konzerte, Theater, Veletristik, kurz alles wird telephoniert. Es wird sogar beabsichtigt, die Vorgänge im Theater und in der Oper telephonisch abzuheben.

Nach diesem Plane könnte man in Zukunft in der Wohnung Caruso im Opernhause singen hören. Ob der letztere Plan gelingt, muß abgewartet werden. In einigen Städten Amerikas sind schon ähnliche Einrichtungen geschaffen. Die Gesellschaft nennt sich „Telephonische Nachrichten“. Sie ist an die Liebesdeputation als Begehrtschlichter herangetreten, um die Erlaubnis der Benutzung der amtlichen Fernsprechkabel der Reichspost. Diese Erlaubnis soll der Gesellschaft gegen eine vorläufige jährliche Anerkennungsgebühr von 500 M. erteilt werden.

100 Proz. Gemeindecinkommensteuer.

Der Staatsauschuh hat gestern seine Arbeiten beendet und beschlossen, die Gemeindecinkommensteuer im kommenden Staatsjahre auf 100 Proz. festzusetzen. Dieser Beschluß wurde ermöglicht durch den Umstand, daß 4 Millionen Mark von den 28 Millionen Mark aus dem Vergleich der Großen Berliner Straßenbahn mit der Stadt-

Berlin als Einnahme in den Etat eingestellt wurden. Die übrigen vom Magistrat vorgeschlagenen Realsteuern bleiben bestehen.

Gegen die Mitwirkung der Lehrer beim Verkauf von Lernmitteln und Heften wendet sich eine ausführliche Verfügung des Unterrichtsministers. Auch den Lehrervereinen, Lehrerunterstützungsstellen und ähnlichen Stiftungen ist es nicht mehr gestattet, Verträge mit einzelnen Firmen über den Vertrieb bestimmter Lehrmittel abzuschließen. Sie dürfen auch nicht mehr in freiem Wettbewerb den Vertrieb selbst übernehmen. Soweit Lehrervereinigungen derartige Geschäfte noch betreiben, soll dies aufhören. Die Verträge müssen aufgelöst werden. Nötigenfalls sollen die Satzungen geändert werden. Unter dieses neue Verbot fällt aber nicht der Abschluß von Verlagsverträgen über Lernbücher, wie Vefesibeln, Schullesebücher, Schülerhefte für den Rechenunterricht, Liederhefte und andere Bücher. Auch der Selbstverlag und der Vertrieb dieser Bücher ist nach wie vor zulässig. Die Anfertigung von Schreib- oder Zeichenheften ist aber auch dann unterlag, wenn sie unter dem Namen des Verlagsvertrages geschieht. Unzulässig ist es ferner, auf Schüler oder Eltern einzuwirken, Lernmittel einer bestimmten Firma zu kaufen oder zu bevorzugen. Auch dürfen die Lehrer nicht an dem Einzelvertrieb persönlich mitwirken, außer wenn Kinder wirklich nicht die Lernmittel bekommen können. Es sollen deshalb einheitliche Normalbestimmungen über die Vermittelten der Firmen, namentlich den Kleinhändlern und sonst allgemein bekannt gegeben werden. Es werden mitunter Verträge zwischen Lehrervereinigungen und Firmen über den Vertrieb von Lernmitteln abgeschlossen. Auch diese sind unzulässig.

In Erinnerung an die Militärzeit

wird mancher, der das Soldatenleben gründlich kennen gelernt hat, noch nach Jahren und Jahrzehnten vom Grimm gepackt. Andere, denen es beim Militär nicht minder schlimm ergangen ist, vergessen sehr bald, was sie dort durchgemacht haben. Aus ihren Reihen rekrutieren sich dann die Mitglieder der Kriegervereine, deren Zweck es ist, das beim Militär begonnene „Erziehungswerk“ fortzusetzen und zu vollenden. Arbeiter freilich hatten sich diesen Vereinen gumeist fern, zum großen Verdruß derjenigen, die in den Kriegervereinen gerade die Arbeiter zu geduligen Untertanen „erziehen“ möchten.

Aber auch an diejenigen ehemaligen Militärangehörigen, die sich hierzu nicht hergeben und die Kriegervereiner unter sich lassen, sucht man noch heranzukommen. Bei irgendeiner sich bietenden Gelegenheit wird auch ihnen gegenüber der Versuch gemacht, ein Band zu knüpfen, an dem sie gehalten und geleitet werden können. Zu diesen Gelegenheiten gehören z. B. die Regimentsjubiläen, deren Feier man immer mehr durch allerlei Drum und Dran recht eindrucksvoll zu gestalten sich bemüht, um nicht nur bei den ehemaligen Angehörigen des Regiments, sondern überhaupt im Volk die Begeisterung für das Militär zu fördern. Unter Betonung der „Kameradschaftlichkeit“ wird da um manchen Ehemaligen geworben, der solche Ehre sich wirklich nicht verdient hätte.

Im Jahre 1913 werden es 100 Jahre, daß das 2. Garde-Regiment zu Fuß besteht, und auch das soll festlich und feierlich wieder jubielt werden. Geplant wird unter anderem eine „Jubiläumstiftung“, deren Zinsen — wie ein Aufruf sagt — „zugunsten der Mannschaften, insbesondere der am wenigsten Bemittelten, zu verwenden gedacht ist“. Wegen einer solchen Stiftung könnte man nichts sagen, wenn ihr Zweck nur der wäre, Bedrängten zu helfen. Aber die geplante „Jubiläumstiftung“ des 2. Garde-Regiments zu Fuß soll, so steht's im Aufruf, auch zum Ausdruck bringen, daß die Spender „sich für alle Zeiten in treuer Liebe und Anhänglichkeit mit dem Regiment verbunden fühlen“.

Unmöglich kann das bei allen ehemaligen Angehörigen des Regiments vorausgesetzt werden. Es scheint aber, daß der Ausschuh, der zur Beschaffung der Mittel zusammengetreten ist, sich unterschiedlos an alle wendet. Daß er bei „Allen ohne Ausnahme“ den Wunsch annimmt, ihre „Liebe und Anhänglichkeit“ zu bekunden, das wird ja auch in dem Aufruf ausdrücklich gesagt. Wer etwa glaubt, daß Sozialdemokraten von der Beitragsleistung ausgeschlossen werden sollen, der sucht in dem Aufruf vergeblich einen diesbezüglichen Hinweis. Das wird freilich alle die wundern, die da wissen, wie diese Kreise sich sonst zur Sozialdemokratie stellen, und was einem etwa doch in einem Kriegerverein hineingeratenen Sozialdemokraten blüht.

Bei einem unserer Genossen, der gleichfalls in diesem Regiment gedient hat, ist durch das auch an ihn gerichtete Ersuchen, seine „Liebe und Anhänglichkeit“ darzutun und möglichst auch Mitglied des „Vereins ehemaliger Kameraden des 2. Garde-Regiments zu Fuß“ zu werden, die ganze Erinnerung an seine Militärzeit wieder geweckt worden. In einer Zuschrift an uns sagt er mit recht bitteren Worten, wie er darüber denkt, daß auch bei ihm erwartet wird, er werde „mit freudig bewegtem Herzen“ der Jubelfeier entgegensehen. Er meint, daß jedenfalls noch andere Genossen durch dieselbe Aufforderung belästigt worden sind, und hierin dürfte er recht haben. Unter anderem schreibt er: „Dafür, daß man zwei Jahre Gedrillt worden ist, soll man jetzt obendrein noch seinen Geldbeutel aufstun. Die Herren vom Vorstand sollten sich doch lieber an die schwerreichen Panzerplattenspatronen à la Krupp usw. wenden. Sind es doch diese Leute, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit das alte Märchen aufstischen: Dem Arbeiter werden seine lauer verdientes Groschen von der Partei und Gewerkschaft abgenommen. Sehr schön steht im Statut dieses Vereins, daß Königstreue und Vaterlandsliebe gepflegt wird. Aber der Militarismus mit seinem ganzen System sorgt ja dafür, daß gerade das Gegenteil von dem erreicht wird. Und bei vielen, sehr vielen ist die Militärzeit nicht spurlos vorübergegangen. Sie stehen heute in den Reihen des organisierten kämpfenden Proletariats.“

Der Ausschuh sagt in seinem Aufruf: „Einen besonderen Wert legen wir darauf, daß die Beteiligung an der Jubiläumstiftung eine ganz allgemeine ist.“ Er wird eine arge Enttäuschung erleben, wenn viele ehemalige Angehörige des Regiments — in Erinnerung an ihre Militärzeit — ebenso denken wie der Verfasser des hier mitgeteilten Briefes. In des Tot sollte jeder aufgeklärte Arbeiter — bei aller Sympathie für manchen seiner ehemaligen Kameraden und Lebensgefährten — es weit von sich weisen, an solchen Feierlichkeiten sich irgendwie zu beteiligen.

Die Stadtverordneten und Oberbürgermeister Kirchner.

Aus dem Rathause wird berichtet: In den Fraktionen der Linken, der Freien Fraktion und der neuen Linken der Stadtverordneten-Versammlung wurden am Dienstagabend die Nachrichten über den Rücktritt des Oberbürgermeisters Kirchner eingehend besprochen. Es wurde einmütig mit Freude und Befriedigung auf-

genommen, daß es gelungen ist, Oberbürgermeister Kirchner zu bewegen, sein Rücktrittsgesuch zunächst zurückzuziehen und daß besonders die Leitung der Gewerkschaften und des Verbandes der Bauhandwerker gerade in den so wichtigen Anfangsjahren in seinen bewährten Händen verbleibt. Auch bei der ganzen Lage der zeitigen Verhältnisse in der Stadtgemeinde Berlin wurde das Verbleiben des Oberbürgermeisters Kirchner in seinem Amte als von großer Bedeutung erachtet. Man gab sich überall der Hoffnung hin, daß Oberbürgermeister Kirchner in seinem so oft schon bewährten Pflichtgefühl noch recht lange sein verantwortungsvolles Amt bekleiden werde. Diese Erwartung wurde um so mehr gehegt, als auf die bereits in der vergangenen Woche von den beiden Stadtverordnetenvorsitzenden erfolgten Schritte ihn zum Verbleiben in seinem Amte zu bewegen, Oberbürgermeister Kirchner erklärt hatte, daß er, wie seine einstimmige Wiederwahl schon darthut, sich von dem Vertrauen der Stadtverordneten-Versammlung getragen weiß. — Auch die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ihre Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Oberbürgermeister sich entschlossen hat, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein Amt weiterzuführen.

Die Deputation der städtischen Gaswerke beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Erweiterung der Pregelgasbeleuchtung in den Straßen Berlins. Definitive Festlegungen konnten, da die Bewilligung der durch den Etat beantragten Mittel noch nicht stattgefunden hat, nicht erfolgen. Da infolge des niedrigen Wasserstandes der Elbe im Jahre 1911, der schwierigen Eisverhältnisse auf der Ostsee im Januar und Februar dieses Jahres und des Ausbruchs des englischen Niesenstreichs die Zufuhr der Gasföhlen nicht planmäßig erfolgen konnte, beschloß die Deputation eine nach der augenblicklichen Lage des Marktes günstige Offerte auf sofort lieferbare oberösterreichische Gasföhlen anzunehmen.

Ist ein Preisdiebstahl eine Lustbarkeit? Um diese Frage handelte es sich bei einem Steuerstreit zwischen dem Gemeindevorstand von Kaulsdorf und dem Berliner Schützenbund, welcher aus 75 Vereinen besteht. Der Schützenbund hat in Kaulsdorf ein großes Grundstück mit großem Restaurant und vielen Schießständen. Nachdem er dort ein Preisdiebstahl veranstaltet hatte, wurde er zur Lustbarkeitssteuer auf Grund der für Kaulsdorf geltenden Lustbarkeitssteuerordnung herangezogen. Der Gemeindevorstand sah das Preisdiebstahl als eine Lustbarkeit an. Der Schützenbund klagte, hatte damit aber in den ersten Instanzen keinen Erfolg. Der Bezirksauschuh als Berufungsinstanz wies den Freistellungsantrag des Bundes mit der Begründung ab, daß ein Preisdiebstahl dadurch zur Lustbarkeit werde, daß um Preise geschossen werde. Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Wenn der Bezirksauschuh sage, ein Preisdiebstahl sei eine Lustbarkeit, weil um Preise geschossen werde, dann sei das nicht zutreffend. An sich sei ein Preisdiebstahl keine Lustbarkeit. In dessen könne auch ein Preisdiebstahl zu einer Lustbarkeit werden, wenn die begleitenden Umstände, unter denen es vor sich gehe, ihm den Charakter einer Lustbarkeit verliehen. Der Bezirksauschuh, der fälschlicherweise generell jedes Preisdiebstahl für eine Lustbarkeit erklärt habe, müsse nunmehr nachprüfen, ob etwa die begleitenden Umstände dieses Preisdiebstahl zu einer Lustbarkeit gemacht hätten, d. h. zu einer Veranstaltung, die den Zweck hatte, die Teilnehmer zu ergötzen.

Zusammenstoß zweier Flugmaschinen in der Luft.

Auf dem Flugfeld Johannisthal ereignete sich gestern morgen ein schwerer, nicht alltäglicher Unfall, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte nach sich ziehen können. Morgens gegen 7 1/2 Uhr war Schwandt auf einem Grabe-Eindecker mit seinem Schüler Badowsky aufgestiegen, um einige Kunden zu fliegen. Etwas später kam auch der Flugführer Kettinger auf einem Trinks-Eindecker heraus, um selbständig zu üben. Beide Maschinen umkreisten während einiger Kunden die Bahn in gehörigem Abstand voneinander. Bei der Kurve vor der neuen Tribüne flog Trinks scharf innen, während Schwandt weiter herausging, in wahrer Sicherheit den anderen Eindecker zu überholen. In der Nähe der Parabelhalle, unweit der Stelle, an der Engelhard und Piescher ihren Tod fanden, wollte Schwandt wieder in die Kurve gehen, bemerkte jedoch offenbar nicht, daß Trinks ebenfalls zur Kurve ansetzte und seitlich hinausgetragen wurde. Da beide Flugzeuge sich in voller Fahrt befanden, und der Abstand zwischen ihnen nur noch ein ganz geringer war, wurde ein Zusammenstoß unvermeidlich. Beide versuchten zwar schleunigst niederzugesinken, doch stießen sie noch in der Luft, 6 Meter über dem Boden, zusammen. Der Schwandische Eindecker fuhr gegen das Hintergestell der Trinks'schen Maschine und beide Flugzeuge kamen fast senkrecht zu Boden, wo sie beim Aufprall vollständig zertrümmert wurden. Während Schwandt und Kettinger außer einigen Hautabwühlungen im Gesicht mit dem Schreden davonkamen, zog Badowsky sich eine lange Fleischwunde am Kopf, sowie eine Verletzung des rechten Armes und Beines zu. Der Verunglückte fand in der Johannisthaler Unfallsstation die erste Hilfe und wurde dann nach seiner in der Nähe des Flugfeldes belegenen Wohnung geschafft. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Der Vorfall ist ein recht eigenartiger. Man sollte meinen, daß man sich in der Luft viel besser ausweichen kann als auf der Straße.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in der Pichlerstr. 20 abgespielt. Dort wohnte seit 21 Jahren der 72 Jahre alte frühere Tischler Friedrich Vöbler mit seiner Frau, seiner 87 Jahre alten Tochter Johanna und zwei Söhnen von 43 und 45 Jahren, die beide Kaufleute sind. Die Familie lebte sehr glücklich und war im Hause und in der Nachbarschaft allgemein geachtet und beliebt. Vor vier Wochen starb Frau Vöbler an den Folgen eines Schlaganfalls, den sie sechs Wochen vorher erlitten hatte. Die Tochter, die ihr in der Wirtschaft zur Hand gegangen war, versah jetzt das Hauswesen allein, obwohl sie etwas nervenschwach war. Sie konnte den Verlust der Mutter, an der sie mit aller Liebe geachtet hatte, nicht verwinden. Der Gram verschlimmerte ihr Leiden, und so kam sie zu dem Entschluß, der Mutter in den Tod zu folgen. Als der greise Vöbler, der seit 1 1/2 Jahren im Ruhestand lebte und Invalidenrente erhielt, vorgestern nachmittags um 5 1/2 Uhr nach Hause kam, fand er seine Tochter in der Schlafstube erhängt und tot auf. Vor Schmerz über diesen schweren Schlag griff auch er zum Strid und erhängte sich in der Küche. Kurz nach 8 Uhr lehrten die beiden Söhne, die sich unterwegs getroffen hatten, vom Geschäft nach Hause zurück. Zu ihrem Entsetzen fanden sie Vater und Schwester tot wieder. Ein Arzt, der gleich zur Stelle war, konnte nicht mehr helfen. Er stellte fest, daß die Tochter schon einige Stunden tot und der Vater erst kurz vorher gestorben war. Die beiden Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Rohheitsakt. Nach einem Streite hinterücks erstochen wurde vorgestern abend der 22 Jahre alte Schneidergeselle Heinrich Barschen aus der Falkensteinstr. 21 von dem Kutscher Paul Vender aus der Reichsberger Str. 124. Barschen besuchte gestern abend mit zwei Freunden einen Rummel an der Köpenicker Brücke. Dort traf er zwei ihm bekannte Mädchen, die sich bei ihm darüber beklagten, daß sie von Vender und dessen Freund belästigt würden. Barschen stellte darauf zur Rede und erklärte ihm, wenn er die Mädchen nicht in Ruhe lasse, so gebe es eine „Wucht“. Nach einigen Auseinandersetzungen verließen Barschen und seine

Freunde mit den Mädchen den Kummelplatz und gingen die Köpenicker Straße hinunter. Wender folgte ihnen unbemerkt und fiel plötzlich an der Ecke der Mantuffelstraße über Varischen her. In dem Handgemenge zog er ein Messer aus der Tasche und stieß es seinem Gegner in das Herz, so daß er blutüberströmt zu Boden sank. Seine Freunde brachten den Schwerverwundeten nach dem Krankenhaus Bethanien, wo er bald nach der Aufnahme unter den Händen des Arztes verschied. Wender ergriff die Flucht, wurde aber eingeholt, festgenommen und nach der Revierwache in der Köpenicker Straße gebracht.

Ein furchtbares Bild bot sich gestern dem Arbeiter Markstein aus der Vorhänge 34, als er in der Mittagspause von der Arbeitsstelle nach Hause kam. Markstein war mit seiner 40 Jahre alten Frau Ottilie seit fünf Jahren verheiratet und Vater von drei Kindern von 1 bis 3 Jahren. Seit dem 1. November d. J. hatte er Stellung bei den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Ackerstraße. In einem nervösen Anfälle legte gestern vormittag die Frau des Mannes vor den Augen ihrer Kinder Hand an sich. Nachdem sie die Kleinen in der Stube nebeneinander auf das Sofa gesetzt hatte, knüpfte sie sich an dem Spiegelhaken auf. Nachdem der Tod bereits eingetreten war, rief der Stuhl und der leblose Körper der Frau fiel auf die Kommode herab. Hier fand Markstein seine Frau liegen, als er zum Mittagessen nach Hause kam und ahnungslos die Stube betrat. Die Kinder sahen weinend vor der Leiche der Mutter auf dem Sofa. Ein Arzt konnte nur noch den Tod der Frau feststellen.

Durch ein Automobil wurden am gestrigen Mittwoch am Halleschen Tor zwei Personen umgestoßen und verletzt. Das Privatautomobil I B 4687, das von seinem Inhaber selbst gesteuert wurde, kam in langsamer Fahrt über das Hallesche Tor gefahren. Der Fahrer wollte nach der Friedrichstraße zu fahren, vermochte seinen Wagen jedoch nicht zu lenken, da die Steuerung plötzlich versagte. Der Kraftwagen fuhr einen Dreiradfahrer an, der bei dem Anprall zu Boden stürzte und sich Quetschungen zuzog. Dann rief das Automobil den Radfahrer Erich Ebert, der um den Velle-Alliance-Platz fahren wollte, um, so daß der junge Mann gegen die Vorderseite geschleudert wurde und einen Bruch des rechten Oberarmes davontrug. Der Kraftwagen rannte schließlich gegen einen Straßenbahnwagen, wobei das Vorderende des Wagens zertrümmert wurde. Die Insassen des Automobils blieben unverletzt.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat im Monat Februar in ihren 83 Verkaufsstellen einen Gesamtumsatz von 937 430,87 M. gehabt. — Der Umsatz im gleichen Monat des Vorjahres betrug 549 784,05 M. — Es wurde somit eine Steigerung von 71 Proz. erreicht.

Diese Umsatzsteigerung ist der beste Beweis dafür, daß die Berliner Arbeiterklasse den Beschluß des Jenaer Parteitages, wonach die Massen des Volkes zum Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß aufgefordert wurden, Rechnung trägt und ihre Pflichten als Mitglieder der Genossenschaft immer mehr und mehr erfüllt.

Die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaft erhöht gleichfalls eine fortwährende Steigerung.

So wurden in der Bäckerei im Monat Februar für 151 087 Mark Backwaren hergestellt. — Der Umsatz in der Bäckerei würde ein noch größerer sein, wenn für alle Verkaufsstellen das Brot geliefert werden könnte. Der Ausbau der Bäckerei wird in den nächsten Tagen betriebsfertig sein und dann werden die Verkaufsstellen der früheren „Aldershofer Genossenschaft“ ebenfalls mit Brot aus der eigenen Bäckerei versorgt werden. Da außerdem auf eine Steigerung in den Berliner Verkaufsstellen zu rechnen ist, wird sich dann eine bedeutende Erhöhung bemerkbar machen.

In der Kaffeerösterei wurden 30 500 Pfund Kaffee geröstet.

Weiter wurden 17 488 Flaschen Selterwasser und Brausekohlensäurefabrikate. Auch hierbei ist die Steigerung gegen den Vormonat eine recht erfreuliche zu nennen, was zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Selterwasserfabrikanten von Berlin seit einigen Wochen ihre Verkaufspreise erhöht haben. Die Konsumgenossenschaft, die seit Eröffnung ihres Betriebes den Abnehmern ihres Fabrikats quantitativ und qualitativ mehr gab als die privaten Geschäftsinhaber, erhöht ihre Verkaufspreise nicht. Ein erneuter Beweis dafür, daß da, wo Handels- und Produktionsgewinne ausgeschaltet werden, die Konsumenten den Vorteil haben.

Das Vertrauen der Mitglieder der Konsumgenossenschaft zu ihrem Unternehmen kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Sparkasseneinrichtung immer mehr benutzt wird, zurzeit sind 155 000 M. Spargelder in der Konsumgenossenschaft hinterlegt.

Die Konsumgenossenschaft wird bald ihre Betriebsanlagen wieder vergrößern müssen, wozu Baugelder gebraucht werden, und wird es eine der vornehmsten Aufgaben der organisierten Konsumenten mit sein, durch Erwerbung von Hausantwortscheinen der Geschäftsleitung Baugelder zur Verfügung zu stellen. Bisher haben die Mitglieder für 750 000 M. Hausantwortscheine erworben.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania bringt der mit prächtigen farbigen Bildern und Wandelpanoramen ausgestattete Vortrag „Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen“ Landschaften von stimmungsvoller Anmut abwechselnd mit Gebirgsgeologie aus den schönsten Partien des österreichischen Alpenlandes. Im Hörsaal findet am Freitag der dritte Vortrag über Naturdenkmalspflege statt und zwar wird Herr Dr. H. Klose sprechen über „Schutz der geologischen Naturdenkmäler“.

Bermüht wird seit Donnerstag, dem 15. Februar 1912, der 16 Jahre alte Lazarettlehrling Hermann Koch. Derselbe ist 1,60 Meter groß, schlant gewachsen, hat rotblondes Haar, graue Augen. Er ist bekleidet mit schwarzem Hosen, grauer Weste, dunkelbraunem Jackett, dunkelgrünem Lederjackett, blauweitem Wollhemd, schwarzen Schürstiefeln und blauer Sportmütze. Nachrichten über denselben nehmen H. Koch, Oberstr. 29, Quergeb. 8 Tr. in Schöneberg und sämtliche Polizeidivisionen entgegen.

Feuer auf dem Ostbahnhof. Durch mehrfachen Alarm wurden gestern Abend 6 1/2 Uhr drei Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach dem Ostbahnhof in der Straße zur Acker gerufen. Dort waren auf bisher nicht ermittelte Weise an einer Verladestelle drei große Leiterwagen mit Benzin in Brand geraten. Da in der Nähe der brennenden Wagen noch zahlreiche andere Ladungen standen, so war die Situation anfangs sehr bedrohlich. Die Feuerwehr griff das Feuer mit zwei Schlauchleitungen an und zog die gefährdeten anderen Ladungen berührt. Durch kräftiges Wassergeben konnte das Feuer auf die drei Wagen beschränkt werden. Der Eisenbahnverkehr erlitt durch den Brand keinerlei Störungen. In der näheren Umgebung des Ostbahnhofs sammelten sich während des Feuers große Menschenmengen an.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln (Nixdorf).

Zwei Beschlüsse der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sollen für die ausgesperrten Vorzeigearbeiter Sammlungen veranstaltet werden. Zu diesem Zweck sind Sammelkisten herausgegeben und bei den Delegierten der diesigen Unterkommission sowie beim Obmann, Genossen Hendrichs, Thomasstr. 26, zu haben.

Es wird an das Solidaritätsgefühl der Klassenbewußten Arbeiterklasse appelliert und erwartet, daß die Arbeitsgenossen sich an den Sammlungen zahlreich beteiligen.

Berliner Gewerkschaftskommission, Bezirk Neukölln.

Ein bedauerlicher Unfall hat sich am Dienstagabend in dem Hause Pflügerstr. 17 abgespielt. Dort war die 25jährige Frau Gunkel in der Küche ihrer Wohnung mit Waschen beschäftigt und hatte einen großen Eimer mit heißem Wasser auf die Erde gesetzt. Als sie sich für einige Minuten aus dem Raume entfernte,

kam ihr anderthalbjähriges Söhnchen Erich in die Küche und stürzte kopfüber in das heiße Wasser hinein. Das Kind erlitt furchtbare Brandwunden und wurde nach der Unfallstation in der Steinmehrsstraße gebracht, wo es einen Notverband erhielt. In hoffnungslosem Zustande wurde der Kleine E. nach dem Krankenhaus Neukölln überführt.

Schwer verletzt wurde am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 6 Uhr das 2 1/2-jährige Mädchen Martha Supp, dessen Eltern in der Hermannstr. 28 wohnen. Das Kind spielte vor dem Hause und lief plötzlich unmittelbar vor einem in schneller Fahrt herankommenden Flaschenbierwagen auf den Damm. Obwohl der Kutscher das Gefährt sofort augenblicklich zum Stehen brachte, geriet das Kind unter die Räder der Pferde und erlitt schwere Verletzungen. Die Kleine erhielt auf der Unfallstation in der Steinmehrsstraße die erste Hilfe und wurde dann nach dem Neuköllner Krankenhaus übergeführt.

### Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 17. dieses Monats, findet um 10 1/2 Uhr unter sachmännischer Leitung eine Besichtigung des Märkischen Museums statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr pünktlich vor dem Charlottenburger Bahnhof. Für Nachzügler 10 1/2 Uhr vormittags vor dem Museum am Märkischen Platz. Jedes Kind ohne Begleitung Erwachsener hat 40 Pf. Fahrgeld mitzubringen, auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an der Besichtigung teilnehmen, Kinder unter 10 Jahren sind davon ausgeschlossen. Der Vorstand.

### Röpenitz.

Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag des Magistrats wegen Verkauf von 259 Hektar Forstland an der Waldsdorfer Straße zum Preise von 2,65 M. pro Quadratmeter an die Berliner Bauingenieurgesellschaft zur Beschlußfassung vor. Nach längerer Debatte über Zweck und Ziele der Bauingenieurgesellschaft wurde beschlossen, die Sache zu verlagern und erst eine örtliche Besichtigung vorzunehmen. Dergleichen soll über den Wert des auf dem fraglichen Gelände befindlichen Baumbestandes eine Taxe aufgenommen werden. Ein weiterer Antrag des Magistrats, die Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 42 und die Zahl der unbesoldeten Stadträte von 7 auf 9 zu erhöhen, wurde angenommen. Zum Schluß wurden noch die Genossen Riecke und Rößler zu Ratsherren und der Genosse Gustav Scholz als Bürgerdeputierter in die Gewerbe-Deputation gewählt.

Die Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern für die Berliner Konsumgenossenschaft macht gute Fortschritte. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Eröffnung der ersten Verkaufsstelle in nächster Zeit erfolgen wird. Am Sonntag, den 17. März, findet eine Besichtigung der Anlagen der Genossenschaft in Nixdorf statt. Die Teilnehmer von Köpenitz treffen sich am Bahnhof Spindlersfeld. Abfahrt um 9 Uhr 19 Minuten.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Verhandlungen richtete der Vorsitzende nachträglich die vom Gemeindevorsteher Konig gegen den Beigeordneten Dr. Klamroth gebrauchte Äußerung: „Waldvogel“ Der Pferdewerk wurde auf die Dauer von fünf Jahren neu verpachtet; der Pachtzins beträgt pro Jahr 19 500 M. Die weiteren zehn Punkte der Tagesordnung wurden sehr schnell erledigt. In der Hauptsache handelte es sich diesmal um zwei Schöffenwahlen. Die Amtsperiode der Schöffen Rothe und Severin ist abgelaufen. Die Wahl fiel wieder auf den Schöffen Rothe im ersten Wahlgang mit 18 Stimmen, Genosse Taubmann erhielt 8 Stimmen. Rothe ist inoppositen der fortschrittlichen Fraktion beigetreten; er wäre sonst wohl nie gewählt worden. Die zweite Wahl gestaltete sich folgendermaßen: Hauptwahl Severin 14, Taubmann 8, Ebeling 6 Stimmen; in der Stichwahl erhielt Severin 15, Taubmann 10 Stimmen, 8 Stimmen waren ungenügend. Für unseren Genossen einzutreten schloß den Herren doch der Mut; so ließen sie ihren gegnerischen Kollegen wieder auf seinem alten Platz.

### Orig. Duxdorf.

Sein 20. Stiftungsfest feiert am Sonnabend, den 16. März, der Arbeitergesangverein Orig. Da genannter Verein sich bei allen Parteiveranstaltungen beteiligt, so werden die Genossen ersucht, das Vergnügen rege zu unterstützen.

### Zegel.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Verhandlungen verlangte Genosse Lichtenberg volle Klarheit in der Reichelischen Hypothekangelegenheit, der die Sitzung anstelle des suspendierten Bürgermeisters leitende Schöffe Herr Reichel erwiderte jedoch, daß mit seiner Mitteilung der Suspension Genüge geschehen „und es nicht richtig sei, hier heute über diese Angelegenheit zu reden“. Von bürgerlicher Seite wurde beantragt, vom Landrat einen Regierungs-Kommissar zur Leitung der Gemeindegeschäfte zu verlangen, zumal gerade jetzt über so verschiedene Gemeindeangelegenheiten mit anderen Körperschaften verhandelt und Verträge geschlossen werden sollen. Zum mindesten sei es unverständlich, wie man in einer solchen Situation ohne Bürgermeister auszukommen plane. Auch Herr Reichel in seiner doppelten Amtseigenschaft als Zegeler Schöffe und Berliner Magistratssekretär hätte gegen sich selbst ein Verbot beantragen sollen. Auch mache das Fehlen verschiedener Gemeindevorsteher den Eindruck, daß man einer Erörterung aus dem Wege gehen wolle. Herr Reichel wehrte diesen Antrag kurz ab mit der Bemerkung, daß der Gemeindevorstand noch immer in der Lage sei, seine Geschäfte selbst zu besorgen“. Ihm sprang auch noch Herr Gutstein bei, der da meinte, wenn die Affäre wirklich gefährlich wäre, würde die Behörde schon eingeschritten sein, seiner Meinung nach sei keine Gefahr vorhanden. Nachmal wurde von unseren Genossen öffentliche Verhandlung und Antwort verlangt. Herr Reichel bedauert abermals, Herr Schäfer sprach für eventuelle vertrauliche Verhandlung und damit war innerhalb weniger Minuten diese die Gemeinde in Aufregung haltende Sache für den Tag erledigt.

Sodann wurde über einen freiwilligen Beitrag von 3000 Mark an die katholische Kirchengemeinde beraten. Unsere Genossen traten für Ablehnung ein und befürworteten, diese Mittel lieber für Armenzwecke oder Vorkursus zu verwenden; mit acht gegen zwei Stimmen wurden diese 3000 Mark aus Anleihemitteln jedoch bewilligt. Der evangelischen Kirche gegenüber sei man zur Weichheit verpflichtet gewesen, hier wolle man in Rücksicht auf die katholischen Mitbürger freiwillig beisteuern zu dem Bau, der netto 37 000 Mark erfordere. — In der folgenden Beratung der neuen Begräbnisplatz-Ordnung und des Gebührentarifs wurde ein Antrag unserer Genossen u. a. auch eine beachtliche Einschränkung der Sonntagsgewerbetätigkeiten wieder ausgemergelt. Auch von bürgerlicher Seite betonte man den Arbeitercharakter Zegels, der es schwer mache, nur wochentags unter Lohnausfall und sonstigen Umständen an Leidenbegünstigten teilzunehmen. — Gegen die Einführung des besagten katholischen Religionsunterrichts an den beiden höheren Schulen (auf etwa 720 Knaben und 480 Mädchen kommen 25 resp. 19 Kinder katholischen Glaubens) stimmten nur unsere beiden Genossen, nem bürgerliche Vertreter waren dafür. Die bisher gezahlten 400 M. sind der katholischen Geistlichkeit zu wenig, deshalb ist die Gemeinde von der Regierung aufgefordert worden, hinfert diesen Unterricht obligatorisch zu machen und also auch mehr zu bezahlen. — Um einige Mark zu sparen, hat man an der höheren Mädchenschule an Stelle des bisherigen Oberlehrers eine Dozentin und eine technische Lehrerin angestellt. — Ueber die Ober-Realschule, an der ein paar neue Lehrstellen infolge Erweiterung der Schule geschaffen werden sollen, entwickelte sich eine regere Debatte, in der hauptsächlich die Anzulänglichkeit der heutigen Einrichtung betont wurde. — Im Ortstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule wird jetzt bestimmt, daß Schulgeld von auswärtigen Schülern nicht mehr erhoben wird, und

daß nicht der Wohnort, sondern der Beschäftigungsort des Schülers maßgebend sein soll. Wegen die im Statut vorgesehene Arreststrafe wandte sich Genosse Lichtenberg; ihm wurde jedoch erwidert, daß diese vom Schulleiter, nicht vom Lehrer zu verhängende Disziplinarstrafe durch Verlegung des Ministers des Innern an Stelle einer eventuellen Geldstrafe zulässig sei. Die Arreststrafe wurde denn auch gegen unsere beiden Genossen, der freie Unterricht einstimmig angenommen. — Nachdem noch schließlich ein Einspruch gegen den Bauungsplan der Gemeinde zurückgewiesen und dem Entwurf zu einem Verträge mit der Gemeinde Heiligensee betreffs Bau einer elektrischen Straßenbahn zugestimmt worden war, trat man in die vertrauliche Sitzung ein.

### Spandan.

Die Stadtverordneten waren zum 9. März d. J. zu einer besonderen Sitzung zusammenberufen. Hierüber wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung standen die Vorlagen, nämlich 1. Angebot des Architekten Heinel zu Schöneberg betr. den Kauf eines 207 Hektar großen Teiles der Stadtförst; 2. Verkauf von 2 Hektar des Stadtförstes an das Städtische und Kreisforstamt und 3. Verkauf der Kustwiesen. Der Waldverkauf wurde kurzer Hand vertagt. Dagegen beschloß die Versammlung nach etwa dreistündiger Debatte mit 32 gegen 10 Stimmen den Verkauf der Kustwiesen unter folgenden Bedingungen: Es werden für den Quadratmeter der etwa 183 000 Quadratmeter großen, der Holzhandlungsfirma Meyer Söhne gehörigen Kustwiesen 5 M. gezahlt. Die Kaufsumme würde danach 910 000 M. betragen. Außerdem wird der Firma Meyer Söhne ein Darlehen von 2 M. pro Quadratmeter Fläche der Kustwiesen — 364 000 M. gemacht, welches hypothetisch auf das der Firma gehörende Grundstück in der Roststraße eingetragen wird. Wie die hiesigen Lokalblätter zu berichten wissen, bringt man den Verkauf der Kustwiesen mit dem Bankrott des Bankiers Böttger, der sich kürzlich erschossen, in Verbindung. Dieser Bankrott hatte auch zur Folge, daß sich kürzlich der Rautermeister und Stadtrat Emil Müller erschoss. Es wird nun befürchtet, daß auch die Firma Meyer Söhne durch diesen Bankrott fallieren werde und daß dadurch eine ganze Anzahl kleinerer und größerer Gewerbetreibender in Mitleidenschaft gezogen und viele Arbeiter brotlos würden. Dieser Umstand hat wohl die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unter denen sich auch unsere Genossen befinden sollen, für den Verkauf geneigt gemacht. Vom Referenten wurde mitgeteilt, daß der Architekt Heinel sich bereit erklärt hat, die Kustwiesen zum Preise von 7 M. pro Quadratmeter mit in seinem mit der Stadt abzuschließenden Kaufvertrage des 2 000 000 Quadratmeter umfassenden Forstgeländes hineinzunehmen und daß er sich verpflichten müsse, die der Stadt durch den Verkauf der Kustwiesen entstandenen Kosten und Zinsen bis zum Tage der Auflassung des 8 Millionenprojekts zurückzuerhalten. Sobald die Auflassung von der Stadt an Heinel erfolgt ist, wird die auf dem Meherischen Grundstück eingetragene Hypothek gelöscht. Es entzieht sich der Beurteilung, welche Gründe sonst noch bei der Mehrheit für den Verkauf der Kustwiesen ausschlaggebend gewirkt haben, da die Sitzung geheim war; so viel steht aber fest, daß sich die Stadtverordneten mit dem Beschluß für den Verkauf der Kustwiesen, den man vorher schon drei- oder viermal abgelehnt hatte, auch für den Verkauf des Forstgeländes an Heinel festgelegt haben. Beschließt sich dieser Verkauf, dann sind die ganzen Berechnungen falsch und man hat der Stadt eine große Ausgabe gemacht lediglich zu dem Zweck, einigen am seidenen Faden hängenden Gewerbetreibenden aus der Kasse zu helfen. Zweifellos werden die hiesigen Parteigenossen in einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Kommunalwählerversammlung sich mit dieser Frage beschäftigen und die Gründe hören, welche unsere Genossen im Stadthaus bebracht haben, für den Verkauf der Kustwiesen zu stimmen und wie sich dieselben zu dem Verkauf des Forstgeländes stellen. Bis dahin soll über die Sache weiter nichts bemerkt werden.

## Eingegangene Druckschriften.

Die Jahre der Geschichtsreihe. Von Dr. Popitz. Heft 28 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. In bester zum Preise von 30 Pf. — in guter Ausgabe 50 Pf. — durch alle Buchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. D. Berlin SW. 68.

Wie du eine der Unigen? Ein Ratswort an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes von Luise Jitz. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. D. Berlin SW. 68. Preis 10 Pf. Diese populär geschriebene Broschüre wird bei der Agitation unter den Frauen gute Dienste leisten. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

## Witterungsübersicht vom 18. März 1912.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.	Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. d. d. g. u. n. g.
Sonneberg	772,60	2bedekt	0	Naparanda	771,80	Wolkenlos	—18				
Hamburg	770,50	2bedekt	—1	Petersburg	770,80	2bedekt	—14				
Berlin	772,50	1bedekt	—0	St. Petersburg	766,50	4bedekt	10				
Frankfurt	771,50	1bedekt	—0	Wien	768,50	1bedekt	6				
München	772,50	2wolkg	5	Paris	768,50	2bedekt	4				
Wien	772,50	1bedekt	2								

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. März 1912. Zunächst vorwiegend trübe, nachts wieder sehr kühl, am Tage wärmer bei lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

## Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 3.	am 11. 3.	Wasserstand	am 12. 3.	am 11. 3.
Remel, Elbt	605*	-7	Saale, Großk.	140	-9
Regel, Ankerburg	214*	-37	Havel, Spandau	88	-2
Weiße, Elbn	330	+10	Rahmow	108	-2
Ober, Altdor	232	-8	Spree, Spremberg	80	0
Kroffen	198	-9	Westm	100	0
Frankfurt	208	-4	Weser, Minden	208	-7
Wartbe, Schimm	186	-16	Weser, Minden	298	-16
Zandberg	164	+1	Weser, Minden	422	-23
Köbe, Verhamm	54	-16	Weser, Minden	298	-20
Eide, Zeitmer	86	-30	Weser, Minden	359	-32
Preßden	-27	-25	Weser, Minden	106	-14
Berby	274	-10	Rain, Weichsel	218	-13
Magdeburg	228	-6	Weser, Trier	173	-14

\* + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegi. — ? Eis-Klopfung.

Die Remel ist seit gestern morgen bei Schmalensingen um 8, bei Elbt um 7 cm, an den Räumungsbarmen etwas höher gefallen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, von vier Tagen — nachts — wochentags von 1/2 bis 1 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Quodam und eine Zahl auf dem Briefbogen beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erlaubt. Anfragen, denen keine Abkündigung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Ganz Teubler 11. 1. Rein. 2. Erkundigen Sie sich beim Einwohnerelement nach der Adresse. 3. Die Sie zu ermitteln, so machen Sie dem Gericht Mitteilung. 4. Ja. — 5. Die der Betreffende ist wahlberechtigt, sofern er in der Wahlrolle verzeichnet ist. Gegen deren Nichterfüllung konnte nur in der Zeit der öffentlichen Aufklärung bei dem Gemeindevorsteher Einspruch erhoben werden. — W. R. 98. 1. Für die am Ort anzuwendenden 2. Anstehende Mitteilung an die Verwaltungsverwaltung. — W. R. 98. Ihre Anfrage ist im Briefkasten vom 9. März beantwortet. — St. 41. 1. Nachmal erinnere. Eine Beschwerde — von der wir zunächst noch abwarten — ist an den ausschließlichen Richter des Amtsgerichts Charlottenburg zu richten. 2. Nach Ihrer Darstellung sind Sie versicherungspflichtig. — S. 50. Beschweren Sie sich bei der Steuer-



